

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

DIALOG GLOBAL



**50 Kommunale
Klimapartnerschaften
bis 2015**

Dokumentation
der zweiten Projektphase

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 32

Impressum

Herausgeberin:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-389
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy
Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft Nr. 32
Projektleitung: Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach

Texte: Kurt-Michael Baudach, Dr. Klaus Reuter, Moritz Schmidt.
Die Berichte der kommunalen Klimapartnerschaften wurden von den
Akteuren der beteiligten Kommunen erstellt.
Redaktion: Kurt-Michael Baudach, Moritz Schmidt.
Titelfoto: Bambú Fotografía

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Druck: Medienhaus Plump GmbH
100% Recyclingpapier, RecyMago
Bonn, Juni 2014

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015

Dokumentation der zweiten Projektphase.

Inhalt

1. Vorwort	6
2. Einleitung	7
2.1. Projektablauf	7
2.2. Aufbau der kommunalen Klimapartnerschaften	8
2.3. Erarbeitung der Handlungsprogramme	11
2.4. Umsetzung und kontinuierlicher Verbesserungsprozess	12
3. Vernetzung der beteiligten Kommunen	14
3.1. Ebenen der Vernetzung im Projekt	14
3.2. Auftaktworkshop	15
3.3. Netzwerktreffen der beteiligten Kommunen	16
3.3.1. 1. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 22. und 23. Oktober 2012 in Bonn	16
3.3.2. 2. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 6. und 7. Mai 2013 in Lahr	16
3.3.3. 3. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 11. und 12. November 2013 in Wuppertal	17
3.3.4. 4. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 10. und 11. März 2014 in Bad Breisig	18
3.3.5. Netzwerktreffen der südamerikanischen Kommunen, 25.-27. September 2013 in La Paz	18
3.3.6. Netzwerktreffen der mittelamerikanischen und karibischen Kommunen, 7.-9. Oktober 2013 in Matagalpa	19
4. Berichte der kommunalen Partnerschaften	21
4.1. Berlin – Buenos Aires	21
4.2. Bielefeld – Estelí	25
4.3. Bonn – La Paz	29
4.4. Bonn – Linares	33
4.5. Hagen – Portmore	37
4.6. Hannover – Belén de los Andaquíes	41
4.7. Jena – San Marcos	46
4.8. Köln – Corinto	51
4.9. Köln – Rio de Janeiro	55
4.10. Lahr – Alajuela	58
4.11. Nürnberg – San Carlos	62
4.12. Rhein-Kreis Neuss – Solano	66
4.13. Rhein-Sieg-Kreis – Prefeitura Municipal de Santarém	70
4.14. Wuppertal – Matagalpa	74
5. Fazit	78
6. Ausblick	82

1. Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

„It does not cost the world to save the planet“, so resümierte Prof. Ottmar Edenhofer, Vorsitzender der AG 3 des Weltklimarates, die Ergebnisse des 5. Sachstandberichts des IPCC im April 2014. Seit dem letzten Report sind die CO₂-Emissionen unvermindert angestiegen und die Länder mit geringem Einkommen schlagen derzeit den gleichen kohlenstoffintensiven Pfad ein, wie die Länder mit hohem Einkommen. Wenn das 2°-Ziel noch erreicht werden soll, müssen nach Einschätzung des Weltklimarates Mitte des 21. Jahrhunderts negative CO₂-Emissionen erreicht werden.

Städte sind für einen Großteil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich und gleichzeitig im höchsten Maße anfällig für die Folgen des Klimawandels, da sich hier vulnerable Bevölkerungsgruppen und Infrastrukturen konzentrieren.

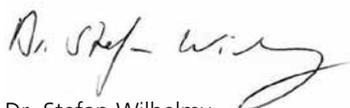
Städte sind ebenso wie Landkreise, Distrikte und Gemeinden aber auch – gerade aufgrund dieser Situation – seit längerer Zeit auf den Gebieten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel sehr aktiv, haben sich ambitionierte Ziele gesetzt und teilweise auch schon beachtliche Fortschritte erzielt. Die Bedeutung der Beiträge der lokalen Regierungsebene findet zunehmend auch auf internationaler Ebene Anerkennung. So fand etwa auf der letzten Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention COP 19 in Warschau ein eigener „Cities Day“ statt, der offiziell vom UN-Sekretariat der Konvention und der Präsidentschaft der Konferenz unterstützt wurde und u. a. einen Dialog auf höchster Ebene zwischen Ministern und Bürgermeistern beinhaltete. Zusätzlich wurde ein spezifischer Beschluss¹ zur Förderung des Austausches von Erfahrungen der städtischen und subnationalen Ebene formuliert.

Dieser Realität stellt sich auch das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, das seitens der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW)

2011 gestartet wurde, um die Expertise der Kommunen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels für die Bewältigung der beschriebenen globalen Herausforderungen zu nutzen. Nach der Pilotphase des Projektes, an der sich neun Partnerschaften deutscher Kommunen mit Kommunen aus Ghana, Südafrika und Tansania beteiligten², erarbeiteten in der 2. Phase des Projektes 14 weitere Klimapartnerschaften von Kommunen aus Lateinamerika und der Karibik mit ihren deutschen Partnern Handlungsprogramme mit wirksamen Maßnahmen gegen den globalen Klimawandel.

Die Kreativität und innovativen Lösungspfade, die von den Klimapartnerschaften aus neun Ländern beschritten worden sind, sind ermutigend und werden getragen von dem gemeinsamen Willen, die inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen anzugehen.

Unser Dank gilt deshalb insbesondere den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Landräten der teilnehmenden Kommunen für ihre politische Unterstützung des Prozesses, den Mitarbeitenden der Verwaltungen für ihr kompetentes, engagiertes und lösungsorientiertes Handeln und den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich ebenfalls mit Engagement und Expertise für innovative Projekte und Maßnahmen eingebracht haben. Es war uns eine Freude mitzuverfolgen, mit welcher Begeisterung der fachliche und menschliche Austausch stattfand, trotz mancher kultureller Unterschiede und Sprachbarrieren.



Dr. Stefan Wilhelmy
Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt



Dr. Klaus Reuter
Geschäftsführer der LAG 21 NRW

¹ Decision 1 CP19, paragraph 5b)

² Die Ergebnisse der Pilotphase sind in der Schriftenreihe der SKEW Dialog Global im Heft Nr. 29 dokumentiert.

2. Einleitung

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ will aufbauend auf den umfangreichen Erfahrungen und der Expertise der Kommunen zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel die Partnerschaften deutscher Kommunen mit Kommunen im Globalen Süden auf diesen Gebieten stärken.

Dazu erarbeiten die kommunalen Partnerschaften jeweils in einem Zeitraum von 1,5 Jahren gemeinsame Handlungsprogramme mit Zielen, konkreten Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Durch die Erarbeitung der Handlungsprogramme wird der Grundstein für eine langfristige, konstruktive und systematische Zusammenarbeit der Partnerstädte in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung gelegt. Eine Klimapartnerschaft kann auf einer bestehenden Städtepartnerschaft aufbauen und dieser eine neue Dimension hinzufügen. Sie kann aber auch von zwei interessierten Kommunen als Themenpartnerschaft ganz neu gegründet werden.

Im Zentrum des Projektes steht der fachliche Austausch unter kommunalen Experten, v. a. im Rahmen von gegenseitigen Entsendungen. Zur Vernetzung unter den teilnehmenden Kommunen finden regelmäßige Treffen statt. Neben der finanziellen Unterstützung begleiten die SKEW der Engagement Global und die LAG 21 NRW die Partnerschaften mit fachlicher und methodischer Beratung. Das Projekt wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt und von den kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland – Deutscher Städtetag (mit zwei eigenen Präsidiumsbeschlüssen), Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag – offiziell unterstützt.

Mit dieser Publikation wird die 2. Projektphase des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ dokumentiert und die zentralen Arbeitsergebnisse der Partnerschaften zwischen deutschen und lateinamerikanischen sowie karibischen Kommunen dargestellt.

Die folgenden Unterkapitel der Einleitung werden die organisatorischen und inhaltlichen Bausteine des Projektes

erläutern. Dieser grundlegende Aufbau des Projektes hat sich während der Pilotphase mit deutschen und afrikanischen Kommunen bewährt und wird auch für die noch folgenden Projektphasen einen strukturierten und zielgerichteten Projektablauf sicherstellen.

Das zweite Kapitel dieser Dokumentation wird sich im besonderen Maße der Vernetzung der Partnerkommunen untereinander widmen. Das Projekt strebt eine Vernetzung der beteiligten Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen an. Die in diesem Rahmen angebotenen und geförderten Kommunikationsforen werden zunächst im Allgemeinen vorgestellt. Davon ausgehend erfolgt eine kurze Zusammenfassung der zentralen Veranstaltungen des Projektes, nämlich des Auftaktworkshops in Costa Rica sowie der vier Netzwerktreffen der deutschen und der jeweiligen Netzwerktreffen der mittelamerikanischen/karibischen und südamerikanischen Kommunen.

Das dritte Kapitel beinhaltet die Berichte der einzelnen Klimapartnerschaften mit Aussagen zu den Hintergründen der Partnerschaften, der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme sowie zu den jeweiligen Schwerpunkten der Handlungsprogramme. Abgeschlossen wird diese Dokumentation mit einem Fazit der zweiten Projektphase sowie mit einem Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit der nun etablierten Klimapartnerschaften.

2.1. Projektablauf

Das Ziel der kommunalen Klimapartnerschaften ist die Erstellung und sukzessive Umsetzung eines gemeinsamen Handlungsprogramms zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, welches ausgehend von abstrakten Oberzielen eine schrittweise Konkretisierung hin zu anwendungsbezogenen Maßnahmen mit einer differenzierten Ressourcenplanung und Indikatoren zum Monitoring der Zielerreichung beinhaltet.

Das Handlungsprogramm wird von den jeweiligen Klimapartnerschaften innerhalb von eineinhalb Jahren

entwickelt, wobei die Kommunen während dieser Zeit eine intensive Beratung, Betreuung und Förderung des bilateralen Austausches seitens der SKEW und der LAG 21 NRW erfahren. Nach dieser intensiven Erarbeitungsphase erfolgt die eigenverantwortliche und langfristige Umsetzung und kontinuierliche Verbesserung des Handlungsprogramms. Gemäß dem von den projektdurchführenden Organisationen entwickelten methodischen Leitfaden erfolgt dieser Projektablauf in drei groben Schritten:

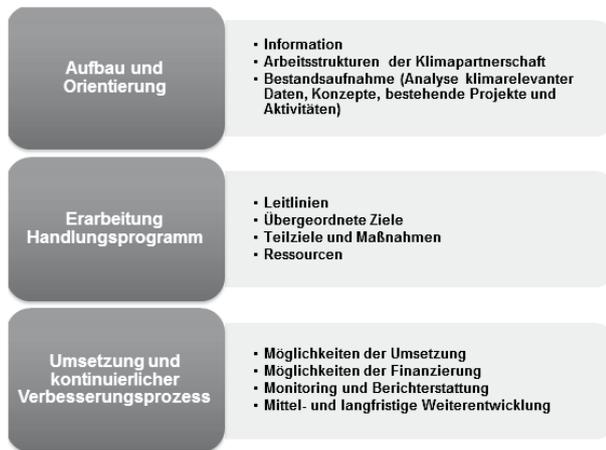


Abbildung 1: Arbeitsschritte der Zusammenarbeit in der Klimapartnerschaft
LAG 21 NRW/SKEW

Der erste Schritt dient dem Aufbau und der Orientierung und ist dadurch gekennzeichnet, dass hier die organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen für die Klimapartnerschaft gelegt werden. Er beginnt nach der Projektzusage beider Partner mit dem 1. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen und endet etwa nach einem halben Jahr, nach Bildung der Arbeitsstrukturen der Klimapartnerschaft und erfolgter Bestandsaufnahme zu den relevanten Informationen und Daten. Als Meilensteine beinhaltet dieser Arbeitsschritt den internationalen Auftaktworkshop und die erste Entsendungsphase.

Mit dem zweiten Netzwerktreffen der deutschen Kommunen beginnt die Erarbeitung des Handlungsprogramms, während der die Schwerpunktthemen, Ziele, Maßnahmen und Ressourcen für die Klimapartnerschaft zwischen den Partnern abgestimmt werden. Während dieses Arbeitsschrittes

finden bis zu zwei Entsendungen der Partner statt. Er endet mit der Fertigstellung der Handlungsprogramme und ihrer Vorstellung auf dem zweiten internationalen Workshop.

Der letzte Schritt ist der Beginn der Umsetzung des Handlungsprogramms und der Start des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses. Dazu sollte die sukzessive Implementierung des Handlungsprogramms in den kommunalen Strukturen und evtl. eine politische Beschlussfassung zum Programm am Anfang stehen. Gemäß einer Priorisierung und verfügbarer Mittel erfolgt während dieses Arbeitsschrittes die schrittweise Umsetzung der Maßnahmen des Handlungsprogramms. Dafür sind i. d. R. neben den eigenen Ressourcen der Partnerschaft externe Mittel erforderlich, so dass Fragen der Finanzierung von Projekten einen wichtigen Raum einnehmen. Außerdem werden Möglichkeiten des Monitorings angesprochen.

2.2. Aufbau der kommunalen Klimapartnerschaften

Die beschriebenen drei Schritte zur Erarbeitung und Umsetzung des Handlungsprogramms beinhalten diverse Teilschritte, die nun genauer erläutert werden.

Der Aufbau der Klimapartnerschaften umfasst die Information der projektrelevanten Akteure, die Begründung der notwendigen Arbeitsstrukturen und den gegenseitigen Austausch sowie die Analyse vorhandener klimarelevanter Daten, Informationen und bereits bestehender Konzepte und Aktivitäten.

Neben der Kontaktaufnahme und dem gegenseitigen Kennenlernen der Klimapartner wird unter dem Punkt „**Information**“ die Weitergabe aller Informationen zum Ablauf der Klimapartnerschaft, wie ihren Hintergründen und Vorteilen, an die unterschiedlichen Akteure in der Kommune (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, allgemeine Öffentlichkeit) über differenzierte Informationswege (Presse, Internet, Präsentationen, Informationsveranstaltungen) verstanden. Ziel ist es, in den jeweiligen Partnerschaftskommunen eine dauerhafte Unterstützung für die Etablierung einer

Klimapartnerschaft sowie ein gemeinsames Verständnis für die Problemlage und die neue strategische Vorgehensweise zu entwickeln. Zudem soll ein breites Akteurspektrum zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden.

Mit der Festlegung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für die Aufgaben im Rahmen einer Klimapartnerschaft werden die **Arbeitsstrukturen** eingerichtet. Diese Arbeitsstrukturen dienen der politischen Verankerung der Klimapartnerschaft und dem Aufbau einer transparenten, tragfähigen und funktionalen Organisation, bestehend aus wesentlichen Akteuren der Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Die Arbeitsstrukturen der kommunalen Klimapartnerschaft definieren klare Zuständigkeiten und intendieren eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung, die frühzeitige Integration der politischen Vertreter sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure. Um die Kommunikation zu erleichtern, müssen die zentralen Ansprechpartner sowohl innerhalb der eigenen Kommune als auch für die Partnerkommune eindeutig benannt sein. Gleichzeitig ist es wichtig, weitere Akteure innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung einzubeziehen und ihre Rollen klar zu definieren. Ziel dieses partizipatorischen Ansatzes ist es, dass das Handlungsprogramm für die Klimapartnerschaft auf einer verbindlichen Grundlage entwickelt und langfristig umgesetzt werden kann.

Um dies zu gewährleisten, sollen die Arbeitsstrukturen folgende Instanzen beinhalten:



Abbildung 2: Arbeitsstrukturen der Klimapartnerschaft
Quelle: LAG 21 NRW/SKEW

Die Steuerungsgruppe ist die Instanz zur Erarbeitung der Ziele und Maßnahmen des Handlungsprogramms. Um Doppelstrukturen durch die Begründung der Klimapartnerschaft zu vermeiden, können bestehende und bereits etablierte Partizipationsgremien innerhalb der Kommune für ihre Arbeit genutzt werden. Die Steuerungsgruppe trifft sich im Laufe des Prozesses auf Einladung des Koordinators zu mindestens vier Sitzungen, die mit den wichtigsten Aktivitäten des Projekts (Auftaktworkshop, Entsendungen) synchronisiert sind.

Das verwaltungsinterne Kernteam unterstützt die Koordination bei der Organisation und Begleitung des Einführungs- und Umsetzungsprozesses. Darüber hinaus bereitet es die inhaltliche Arbeit der Steuerungsgruppe vor. Das Kernteam besteht i. d. R. aus zwei bis drei Personen. Es sollte fachbereichsübergreifend (z. B. Planung, Umwelt, Internationales, Lokale Agenda 21, Wirtschaft, Soziales, Verkehr etc.) zusammengesetzt sein und somit eine Integration unterschiedlicher Herangehensweisen und Lösungsansätze ermöglichen.

Die Koordination ist die Schlüsselfunktion innerhalb der Arbeitsstrukturen. Sie übernimmt die Aufgabe, den Einführungs- und Umsetzungsprozess organisatorisch zu steuern. Die Koordination ist die zentrale Kontaktstelle für alle Beteiligten und Interessierten und zugleich für die Ergebnissicherung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Die Koordinatoren der jeweiligen Kommunen sind gleichsam das Bindeglied in dem bilateralen Prozess und gewährleisten den Informationsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Partnerkommunen.

In der Bestandsaufnahme wird die aktuelle Situation hinsichtlich Klimaschutz und Klimaanpassung auf beiden Seiten erfasst, beschrieben und bewertet. Dazu erfolgt unter den Partnern ein intensiver Austausch von Informationen über ihre jeweiligen Konzepte, Erfahrungen, Projekte und Aktivitäten. Ziel der Bestandsaufnahme ist die vertiefte Auseinandersetzung der Kommunen mit ihren gegenwärtigen IST-Zuständen sowie mit den IST-Zuständen ihrer Partnerkommunen, um auf dieser Grundlage thematische

Schwerpunkte für die gemeinsame Entwicklung des Handlungsprogramms zur Unterstützung einer nachhaltigen Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik zu definieren.

Die Bestandsaufnahme (baseline-review) erfolgt in drei wesentlichen Schritten:

- Analyse qualitativer und quantitativer Informationen
- SWOT-Analyse
- Festsetzung von Handlungsschwerpunkten und Oberzielen

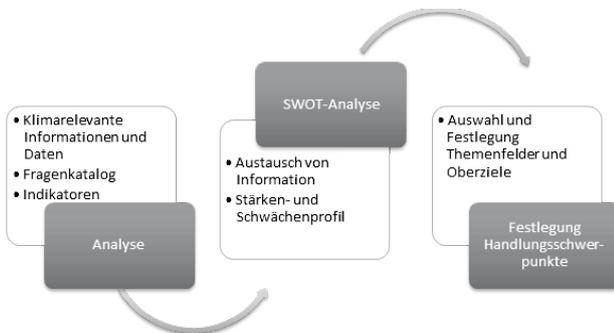


Abbildung 3: Ablauf Bestandsaufnahme
LAG 21 NRW/SKEW

Die Analyse qualitativer und quantitativer Informationen und Daten erfolgt anhand wichtiger Dokumente und relevanter Beschlüsse, die innerhalb der Partnerkommunen identifiziert und gegenseitig ausgetauscht werden. Hierzu können bereits bestehende Strategien wie lokale, regionale und nationale Klimaschutz- oder Klimaanpassungskonzepte, Stadtentwicklungskonzepte oder Natur- und Umweltpläne zählen. Zudem kann für die Analyse ein qualitativer Fragenkatalog herangezogen werden, der im Leitfaden enthalten ist.

Die Auswertung der quantitativen und qualitativen Informationen und Daten erfolgt mit Hilfe einer SWOT-Analyse [engl. Akronym für strengths, weaknesses, opportunities und threats; deutsch: Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken]. Hierbei wird durch eine Beurteilung der Stärken und Schwächen der IST-Zustand von den erwarteten Bedingungen [Chancen und Risiken] getrennt. Ferner werden die

Stärken anhand der Risiken und die Schwächen anhand der Chancen überprüft.

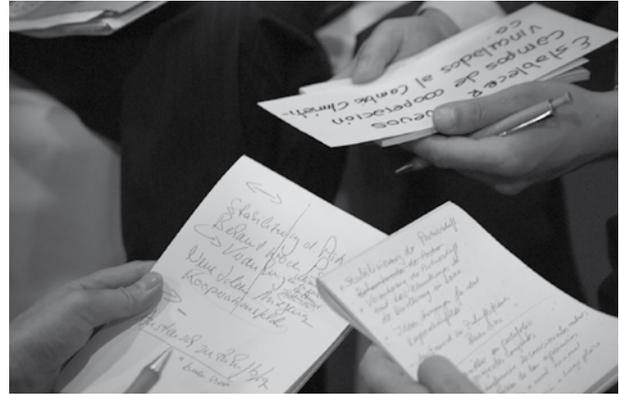


Abbildung 4: Fachlicher Austausch (Foto: Carla Hernández)

Durch die Gegenüberstellung der Ergebnisse der SWOT-Analysen für beide Partnerkommunen können inhaltliche Schwerpunkte und Oberziele für das Handlungsprogramm identifiziert werden, z. B., wo beide Kommunen Erfahrungen aufweisen, die für den Austausch genutzt werden können, oder wo eine Kommune mit ihren Stärken einem Bedarf der anderen Kommune entspricht. Auf der Grundlage dieser Festlegung entsteht im weiteren Prozess das gemeinsame Handlungsprogramm für die zukünftigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen der Klimapartnerschaft. Die Fokussierung auf die vorrangigen Probleme und Fragestellungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung in den beiden Kommunen dient dazu, den Umfang inhaltlich auf ein handhabbares Maß zu begrenzen. Dies ist die erste gemeinsame Entscheidung der Klimapartner, die die inhaltliche Ausrichtung des nachfolgenden Prozesses vorgibt.

2.3. Erarbeitung der Handlungsprogramme

Grundsätzliche Zielsetzung des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ist die Erarbeitung eines fundierten Handlungsprogramms zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung zwischen den Klimapartnerkommunen.

Das Handlungsprogramm wird dabei in einem partizipativen Prozess in den eingerichteten Steuerungsgruppen und Kernteams bearbeitet und innerhalb der Kommunen und zwischen den Partnern über die Koordinatoren kontinuierlich abgestimmt. Dabei basiert es auf den Ergebnissen der vorhergehenden Bestandsaufnahme und den generellen Leitlinien der Partner.

Gekennzeichnet ist das Handlungsprogramm durch seinen hierarchischen Aufbau, wobei es zu einer stetigen Konkretisierung von eher abstrakten Oberzielen bis hin zu handlungsorientierten Maßnahmen kommt. Die Oberziele werden als Output der Bestandsaufnahme formuliert. Sie bilden die Grundlage für die Erarbeitung der Ziele und Maßnahmen und spiegeln die dort identifizierten Arbeitsfelder und Projekte wider. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen sollten dabei so ausgewählt werden, dass sie spezifisch auf die Situation in den Partnerkommunen angepasst sind, die Umsetzung messbar ist, sie von den Akteuren akzeptiert werden, einer realistischen Planung unterliegen sowie in ihrer Umsetzung terminiert sind.

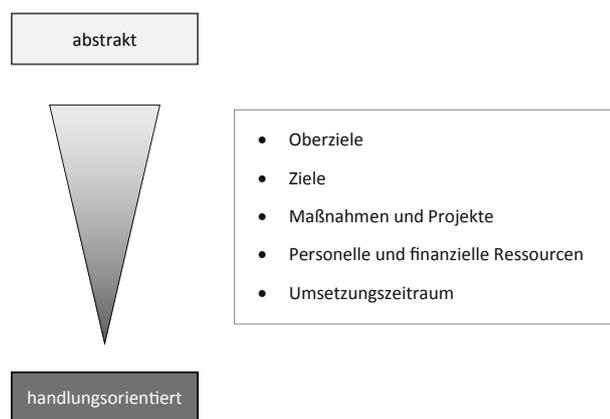


Abbildung 5: Erarbeitung des Handlungsprogramms
LAG 21 NRW

Die inhaltlichen Schwerpunktthemen und Ziele der bilateralen Handlungsprogramme zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind dabei so heterogen wie die Partnerschaften selbst. Im Bereich des Klimaschutzes können Zielsetzungen der Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung formuliert werden. Zudem können Fragen einer klimagerechten Land-/Forstwirtschaft, zur Reduzierung der Entwaldung, zum Aufbau eines Mobilitätsmanagements oder auch eines nachhaltigen Abfallmanagements zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen angesprochen werden. Hinsichtlich der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind Ziele zum Umgang mit einer klimabedingten Boden-erosion, zum Meeresspiegelanstieg und Küstenschutz, zur Aufforstung, dem Wasserhaushalt oder auch dem Erhalt der biologischen Vielfalt vorstellbar.

Ferner ergibt sich über die Handlungsprogramme die Möglichkeit, Ziele zu übergeordneten Strategien zu verankern, wie beispielsweise zu einer umfassenden Bildungsarbeit oder auch der Erweiterung der Daten- und Informationsgrundlage zum Klimawandel durch entsprechende Studien.

Als handhabbares, umsetzungsorientiertes Instrument sollen im Handlungsprogramm sowohl Maßnahmen, die von den beiden Partnerkommunen eigenständig umgesetzt werden können, als auch Maßnahmen, für die die Unterstützung Dritter wie z. B. von Partnerschaftsvereinen, privaten Investoren oder Geberorganisationen notwendig ist, aufgenommen werden. Damit können von ihm ausgehend Projekte unterschiedlicher Größe entwickelt werden. Da es sich um ein gemeinsames Handlungsprogramm handelt, beziehen sich seine Ziele und Maßnahmen auf beide Partnerkommunen. Für die beiden beteiligten Kommunen werden jeweils unterschiedliche Maßnahmen identifiziert, die dann gemeinsam und durch Nutzung der jeweiligen spezifischen kommunalen Ressourcen im Rahmen der Klimapartnerschaft umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden zur Messung der erreichten Ergebnisse und Wirkungen mit qualitativen und quantitativen Indikatoren hinterlegt.

Als Präambel und als langfristige Orientierung werden dem Handlungsprogramm Leitlinien vorangestellt. Sie beschreiben die allgemeinen, strategischen Ziele, welche die Kommunen mit dem Aufbau der Klimapartnerschaft verfolgen. Damit sind sie rahmengebend für die gemeinsame Arbeit und beschreiben einen Zustand, der in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreicht sein soll. Auf diese Weise stärken sie die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit. Diese gemeinsame Vision wird dann durch das Handlungsprogramm konkretisiert und operationalisiert.

2.4. Umsetzung und kontinuierlicher Verbesserungsprozess

Das gemeinsame Handlungsprogramm zu Klimaschutz und Klimaanpassung bildet die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft. Die darin festgehaltenen Schwerpunkte der Klimapartnerschaft basieren auf einer fundierten Kenntnis der Situation in den beiden Partnerkommunen. Den darin gemeinsam formulierten Zielen liegen abgestimmte und realistische Maßnahmen zur Zielerreichung zugrunde. Mit der Fertigstellung der Handlungsprogramme endet der begleitete Arbeitsprozess der einzelnen Partnerschaften seitens der SKEW und der LAG 21 NRW. Eine punktuelle Beratung sowie unterschiedliche Formate der Begleitung und Information des Netzwerks werden allerdings weiterhin angeboten.

Der letzte und sich stetig wiederholende Arbeitsschritt der Klimapartnerschaft liegt im Verantwortungsbereich der beiden beteiligten Kommunen und beginnt nach dem internationalen Workshop zur Präsentation der Handlungsprogramme. Es werden gemeinsam Möglichkeiten zur Umsetzung der Maßnahmen sondiert und das Handlungsprogramm selbst wird einer kontinuierlichen Verbesserung unterzogen.

Durch die Festlegung von Laufzeit und Beginn der einzelnen Maßnahmen sollte bereits während der Erstellung der Handlungsprogramme ein grober Zeitrahmen gesteckt worden sein, der auch die Prioritäten der Klimapartnerschaft

widerspiegelt. Es empfiehlt sich sowohl Maßnahmen mit einem überschaubaren zeitlichen und finanziellen Rahmen umzusetzen, um schnell Erfolge der Partnerschaftsarbeit nachzuweisen, als auch Projekte von strategischer Bedeutung anzugehen, um eine mittel- und langfristige Zielerreichung zu gewährleisten.

Die Maßnahmen des Handlungsprogramms können dann je nach Art und Umfang mit den in beiden Kommunen direkt verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen unterschiedlicher Akteure oder über die Akquisition externer Mittel durchgeführt werden. Für die Formulierung von Förderanträgen stellen das Handlungsprogramm an sich als Ergebnis eines strukturierten Reflexions- und Planungsprozesses sowie die etablierten Arbeits- und Kommunikationsstrukturen eine sehr gute Grundlage dar.

Aufgrund ihres mittel- bis langfristigen Zeithorizonts können die Handlungsprogramme nicht statisch sein, sondern müssen aktiv weiterentwickelt und angepasst werden. Deshalb sollten Erfolg und Misserfolg der vereinbarten Ziele sowie der Umsetzung der Maßnahmen einer regelmäßigen Überprüfung im Rahmen eines systematischen Monitorings unterliegen. Hierfür werden die Indikatoren herangezogen. Die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungsgruppen diskutiert, notwendige Änderungen der gemeinsamen Planung identifiziert und unter den beiden Partnern abgestimmt. Anhand dieser angepassten Planung wird mit der Umsetzung des Handlungsprogramms fortgefahren. Insgesamt entspricht das Vorgehen einem sich periodisch wiederholenden Zyklus, der die Bearbeitungsschritte

- Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms (Plan)
- Umsetzung der im Handlungsprogramm dokumentierten Maßnahmen und Projekte (Do)
- Monitoring (Check) sowie
- Weiterentwicklung und Anpassung des Handlungsprogramms (Act)

umfasst (s. Abbildung 6).

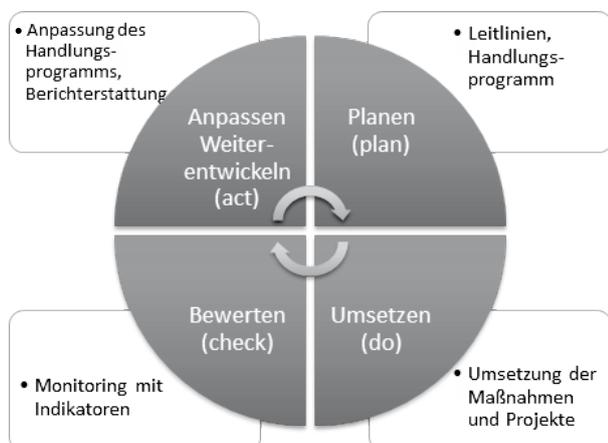


Abbildung 6: Der kontinuierliche Verbesserungsprozess, eingebettet im PDCA-Zyklus

LAG 21 NRW

Ein Klimapartnerschaftsbericht, der die Umsetzung und Weiterentwicklung des Handlungsprogramms in kontinuierlichen Abständen beschreibt, stellt hierzu eine wichtige Grundlage dar. Ferner dient der Bericht als Instrument der Information gegenüber den politischen Gremien sowie interessierten Akteuren innerhalb der jeweiligen Kommunen. Aus inhaltlicher Sicht und zur Optimierung des Arbeitsprozesses erscheint es sinnvoll, ihn mit der allgemeinen Berichterstattung der Kommune zu den Themenfeldern Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu verknüpfen.

3. Vernetzung der beteiligten Kommunen

3.1. Ebenen der Vernetzung im Projekt

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ermöglicht die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch der an den einzelnen Projektphasen beteiligten Kommunen untereinander. Damit soll die Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Gestaltung des Prozesses befruchtet werden. Dabei können drei verschiedene Ebenen des Austauschs unterschieden werden (s. Abb. 7).

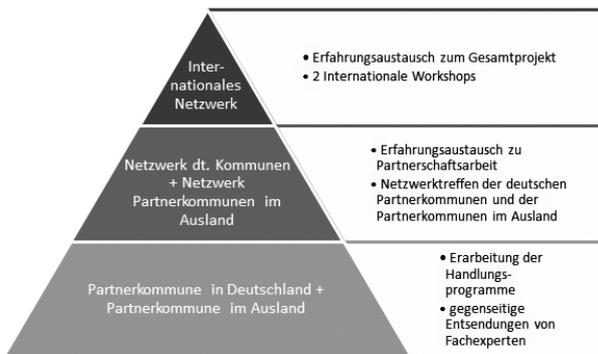


Abbildung 7: Ebenen der Vernetzung im Projekt
LAG 21 NRW

Im Mittelpunkt steht die direkte bilaterale Zusammenarbeit zwischen den zwei an der kommunalen Klimapartnerschaft beteiligten Kommunen. Der Austausch wird durch die wechselseitige Entsendung von kommunalen Fachexperten sowie die Kommunikation per E-Mail, Telefonkonferenzen etc. ermöglicht. Die Kommunen entscheiden dabei selbst über den Ort sowie die beteiligten Akteure der jeweiligen Entsendung. Im Zeitraum der 2. Projektphase von November 2012 bis Juni 2014 fanden zwei bis drei solcher Fachexpertenreisen pro Klimapartnerschaft statt. Diese wurden organisatorisch und inhaltlich von der SKEW und der LAG 21 NRW begleitet. In Deutschland wurden die Delegationsbesuche zudem durch die Moderation von Workshops, v. a. zur Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Erfahrungen, Potenziale und Herausforderungen der beiden Partnerkommunen auf ausgewählten Themengebieten unterstützt.

Die zweite Ebene des Austauschs bildet die Vernetzung der deutschen Kommunen sowie der lateinamerikanischen und karibischen Kommunen untereinander. Dazu finden Netzwerktreffen statt, zu denen die Koordinatorinnen und Koordinatoren und zwei Mitglieder der Kernteams aus den Kommunen eingeladen werden. Hauptziel dieser Netzwerktreffen ist der Austausch zu den Erfahrungen der Arbeit in den einzelnen Klimapartnerschaften. Die beteiligten Akteure berichten dabei über den aktuellen Sachstand ihrer jeweiligen Klimapartnerschaft, erhalten Feedback von den anderen Netzwerkmitgliedern sowie von den Mitarbeitern der SKEW und der LAG 21 NRW und planen die nächsten Schritte. Zusätzlich erhalten sie fachliche Inputs und vertiefte Informationen zum Projektablauf sowie zu komplementären Unterstützungsangeboten für kommunale Partnerschaften. Gerade die Diversität der an dieser Projektphase beteiligten Klimapartnerschaften prägte den Austausch im Rahmen dieser Netzwerktreffen. Neue Partnerschaften konnten von den Erfahrungen bereits etablierter Partnerschaften profitieren. Bestehende Städtepartnerschaften bekamen durch die Erweiterung der Zusammenarbeit um das Themenfeld Klimawandel neue Anregungen. Insgesamt fanden innerhalb der 2. Phase vier Netzwerktreffen der beteiligten deutschen Kommunen sowie je ein Netzwerktreffen der beteiligten südamerikanischen und mittelamerikanischen/karibischen Kommunen statt.

Zu Beginn und zum Abschluss der gemeinsamen Arbeit an den Handlungsprogrammen wurden jeweils internationale Workshops durchgeführt, an denen Vertreterinnen und Vertreter aller 26 beteiligten Kommunen teilnahmen. Dieses internationale Netzwerk aller Kommunen bildet die dritte Ebene der Vernetzung. Im Vordergrund stand dabei der Erfahrungsaustausch zum Gesamtprojekt. Ziel des Auftaktworkshops war es, insbesondere ein gemeinsames Verständnis vom Projektaufbau und -ablauf zu entwickeln und den fachlichen Austausch unter den Partnern zu initiieren. Der zweite internationale Workshop zum Abschluss der Phase diente der Präsentation der Handlungsprogramme sowie der Diskussion über die zukünftige Zusammenarbeit innerhalb der Klimapartnerschaften und auf der Ebene des internationalen Netzwerks.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse des Auftaktworkshops sowie der einzelnen Netzwerktreffen zusammenfassend dargestellt

3.2. Auftaktworkshop

In La Fortuna, Costa Rica, wurde vom 26.-28. November 2012 durch die Internationale Auftaktkonferenz der Startpunkt für die 2. Phase des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ gesetzt. An der Konferenz nahmen nahezu 100 kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft aus acht verschiedenen Ländern Lateinamerikas und der Karibik sowie aus Deutschland teil. Eröffnet wurde die Konferenz in einem feierlichen Akt durch den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Costa Rica, Herrn Dr. Ernst Martens, der gleich zu Beginn hervorhob, dass durch das Projekt der interkulturelle und fachliche Dialog zwischen deutschen und lateinamerikanischen Kommunen verstärkt werden könne und die Klimapartnerschaften eine neue Dimension der Zusammenarbeit eröffnen können. Nachfolgend skizzierte Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die Entstehungsgeschichte des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, das mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW entwickelt wurde, um bei der Bewältigung des Klimawandels insbesondere auf die Expertise und die internationale Zusammenarbeit der Kommunen zu setzen. Grußworte sprachen zudem für die lateinamerikanischen Städte der Oberbürgermeister von Alajuela, Costa Rica, Roberto Thompson, und als Vertreterin des Deutschen Städtetags, Sabine Drees.

Gekennzeichnet war das dreitägige Programm der Konferenz durch zahlreiche kommunalspezifische Hintergrundinformationen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, die sowohl von externen Experten, Vertretern der Kommunen Rio de Janeiro, Brasilien, und Lahr, Deutschland, und der SKEW sowie der LAG 21 NRW vorgestellt werden konnten. Weiterhin wurde den Teilnehmenden der inhaltliche und organisatorische Projektrahmen vorgestellt

und der Leitfaden zur Erarbeitung der bilateralen Handlungsprogramme dezidiert erläutert.



Abbildung 8: Gruppenbild der Teilnehmer des internationalen Auftaktworkshops in La Fortuna, Costa Rica (Foto: Carla Hernández)

Intensive Gruppenarbeitsphasen zwischen den jeweiligen Klimapartnerschaften trugen nachfolgend zur Klärung der Arbeitsstrukturen und Kommunikationsmechanismen bei und führten zu einem gemeinsamen Verständnis der ortspezifischen Akteurskonstellation. Weiterhin tauschten die teilnehmenden Städte qualitative und quantitative Daten und Informationen zur Ausgangssituation in ihren Kommunen aus und klärten hierdurch schon erste Schwerpunktthemen der künftigen Zusammenarbeit.

Umrahmt wurden die Arbeitsphasen durch zwei Fachexkursionen, die von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Costa Rica im Auftrag der SKEW organisiert wurden. So konnte ein innovatives Unternehmen zur Biodiesel-Herstellung aus Fett- und Ölresten vorgestellt werden sowie ein durch Frauen in Selbstinitiative entstandenes Kleinunternehmen, das Wertstoffe sammelt und recycelt.

Der Workshop war getragen von der Freude am Austausch, dem Interesse am Kennenlernen der Situation und Erfahrungen der Partner sowie vom starken Willen der Teilnehmenden durch ihre bilateralen Kooperationen einen effektiven und wirkungsvollen Beitrag zum Umgang mit dem globalen Klimawandel zu leisten. Dieses Bekenntnis wurde zudem in einer Feierstunde durch die Unterzeichnung der Klimapartnerschaftsurkunden (MoU) bekräftigt,

die jeweils von den einzelnen Kommunen und der SKEW vereinbart wurden und Grundlage für die finanzielle Unterstützung des Vorhabens aus Mitteln des BMZ sind.

3.3. Netzwerktreffen der beteiligten Kommunen

3.3.1. 1. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 22. und 23. Oktober 2012 in Bonn

Nachdem kurz nach dem Aufruf zur Teilnahme am Projekt die interessierten Kommunen auf einem Workshop im Mai 2012 eine inhaltliche Einführung und erste Informationen zum Projekt erhalten hatten, vereinte dieses Netzwerktreffen zum ersten Mal Vertreter der Kommunen, die ihre Projektteilnahme gemeinsam mit ihren lateinamerikanischen Partnern bestätigt hatten sowie auch einiger Kommunen, die dies in naher Zukunft beabsichtigten. Ziel war es, dass alle teilnehmenden Akteure ein gemeinsames Projektverständnis entwickeln. Dabei wurden mit der SKEW und der LAG 21 NRW sowohl die Leistungen des Projektträgers als auch die Erwartungen an die Kommunen diskutiert. Außerdem diente das Treffen auch der Vorbereitung des anstehenden internationalen Auftaktworkshops in La Fortuna, Costa Rica.

Dazu gab es mehrere Vorträge seitens der projektdurchführenden Organisationen mit der Gelegenheit, offene Fragen zu klären. Ergänzend berichtete Herr Stefan Wagner von der Bundesstadt Bonn über die Erfahrungen der Stadt als Teilnehmer der Pilotphase des Projektes gemeinsam mit der Stadt Cape Coast in Ghana, was mit großem Interesse aufgenommen wurde. Im Rahmen einer Vorstellungsrunde erhielten die Teilnehmenden erste grundlegende Informationen über die anwesenden deutschen Kommunen, ihre Partnerkommunen und die Vorgeschichte der Klimapartnerschaften. In zwei Gruppenarbeiten konnten die Teilnehmenden sich dann vertieft über die Ausgangssituation der Partnerschaften sowie die nächsten Schritte austauschen. Dabei ging es v. a. um die Arbeitsstrukturen,

die Bestandsaufnahme und die Informationsarbeit. Diese Möglichkeit wurde sehr intensiv wahrgenommen. Es zeigte sich, dass auch zu diesem frühen Zeitpunkt schon einige Aktivitäten durchgeführt worden waren bzw. teilweise bereits konkrete Vorstellungen bestanden. Angesichts der Zusammensetzung der vertretenen Kommunen war der Austausch zwischen solchen mit langjährigen Partnerschaftsbeziehungen und denen, die gerade neue Klimapartnerschaften begründeten, von besonderem Interesse. Schon bei diesem Netzwerktreffen wurde deutlich, dass zivilgesellschaftliche Akteure wie Städtepartnerschaftsvereine und andere NROs in vielen Partnerschaften eine sehr wichtige Rolle einnehmen und die Kommunalverwaltungen in vielen Bereichen unterstützen.

3.3.2. 2. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 6. und 7. Mai 2013 in Lahr

Das zweite Netzwerktreffen der deutschen Kommunen war geprägt von den in den vorausgegangenen Monaten durchgeführten Entsendungen bei einem Teil der anwesenden Kommunen. Aus diesem Grund stand der Austausch über die gemachten Erfahrungen sowie zu den während der Konsultationen erzielten Ergebnissen im Vordergrund. In drei Arbeitsgruppen haben sich die Kommunen weiterhin über die unterschiedlichen Aspekte des ersten groben Arbeitsschrittes „Aufbau und Orientierung“ ausgetauscht. Dabei standen die Etablierung der jeweiligen Arbeitsstrukturen und die diesbezüglichen Besonderheiten der Kommunen sowie ihr Einsatz der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Ergänzend dazu wurde durch einen externen Input vom Institut für soziale Innovation die Frage nach der Einbindung von Migrantenorganisationen in der kommunalen Entwicklungspolitik thematisiert. Hinsichtlich der Arbeitsstrukturen bestanden zu diesem Zeitpunkt bereits in praktisch allen Kommunen Kernteams, die sich regelmäßig mit der Klimapartnerschaft befassten. Teilweise waren auch erweiterte Steuerungsgruppen eingerichtet bzw. das Thema in bestehende Gruppen eingebracht worden.

In einer zweiten Arbeitsgruppenphase wurden auf der Grundlage des Aufbaus und der ersten Orientierung die nächsten Schritte der Kommunen zur Erstellung des gemeinsamen Handlungsprogramms vorgestellt und diskutiert. Hierbei haben sich die Akteure über bereits mit den Partnern festgelegte oder sich in Erwägung befindliche Leitlinien, Schwerpunktthemen und Oberziele ausgetauscht.



Abbildung 9: Vortrag zur Einbindung von Migrantenorganisationen auf dem 2. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen
(Foto: Benjamin Lange)

Neben diesem direkten Austausch wurden die Kommunen auch über ergänzende Angebote seitens der SKEW und der LAG 21 NRW informiert. So wurde mit dem neuen Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NAKOPA) Kommunen erstmals die Möglichkeit gegeben, gemeinsam mit ihren Partnern Anträge auf finanzielle Unterstützung für entwicklungspolitische Projekte zu stellen.

Seitens der LAG 21 NRW wurde das ergänzende bildungspolitische Angebot des „Planspiels Südsicht“ vorgestellt. Für die Zielgruppe von Jugend-/Schülergruppen wird dabei ein spielerischer Perspektivwechsel vollzogen, bei dem sich die Jugendlichen in die Situation von Menschen in einer vom Klimawandel stark betroffenen Kommune des Globalen Südens hineinversetzen und gemeinsam in einem demokratischen Entscheidungsprozess Lösungsszenarien entwerfen.

Weiterhin haben Vertreter der gastgebenden Stadt Lahr einen Überblick über ihre vielfältigen Aktivitäten zur

Information und Sensibilisierung für den Klimaschutz sowie über die Entwicklung der Städtepartnerschaft mit Alajuela in Costa Rica gegeben.

3.3.3. 3. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 11. und 12. November 2013 in Wuppertal

Auch beim dritten Netzwerktreffen der deutschen Kommunen stand der Austausch über den aktuellen Stand der Erstellung der gemeinsamen Handlungsprogramme im Vordergrund. Dazu gab es gegenseitige Vorstellungen innerhalb von Arbeitsgruppen anhand von vorgegebenen Leitfragen. Dabei wurde deutlich, dass die unterschiedlichen Klimapartnerschaften ein sehr diverses Themenspektrum in den Fokus ihrer Arbeit gerückt haben, u. a. regenerative Energien, Energieeffizienz, nachhaltiger Kaffeeanbau, Bildung, Aufforstung, Küstenschutz, Öffentlichkeitsarbeit oder nachhaltiger Konsum. Als Herausforderungen wurden insbesondere die Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Kommunikation sowie die Formulierung von konkreten Maßnahmen in den deutschen Kommunen benannt.

Auch bei diesem Netzwerktreffen wurden die kommunalen Akteure über unterstützende Angebote für ihre Klimapartnerschaft informiert. So wurde in einem Vortrag die Möglichkeit der Personalentsendung über die Programme ASA-Kommunal und „Thematisch Flexible Maßnahmen mit integrierten Fachkräften“ (TFM) dargestellt. In einer anderen Präsentation wurde über mögliche Förderlinien und Budgets der Europäischen Union informiert, die im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaften als weiteres Instrument zur Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen dienen können. Ein weiterer Fachvortrag zielte auf die Vermittlung von Wissen zur wirkungsorientierten Planung von Entwicklungsprojekten ab, welches im Rahmen einer kurzen Gruppenarbeit exemplarisch von den kommunalen Akteuren eingesetzt wurde. Externe Projekterfahrungen wurden seitens des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie mit einer Vorstellung des Projektes WISIONS eingebracht, welches den Einsatz regenerativer Energien in sich entwickelnden Regionen fokussiert. Auch wurden im

Rahmen einer Fachexkursion die Junior-Uni Wuppertal und das Projekt Lebensader Wupper vorgestellt.

3.3.4. 4. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, 10. und 11. März 2014 in Bad Breisig

Das vierte Netzwerktreffen der deutschen Kommunen stand ganz im Zeichen der ersten Handlungsprogrammwürfe. So erhielten die Akteure die Möglichkeit, sich in mehreren Runden die Entwürfe der anderen Kommunen vorstellen zu lassen und diese anschließend zu diskutieren. Dabei zeigte sich ein teilweise schon sehr fortgeschrittener Stand der Planungen. Einige Partnerschaften waren zudem schon dabei, erste gemeinsame Projekte umzusetzen, die durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Rahmen des Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa), der Klimafazilität oder auch von ASA-Kommunal unterstützt werden konnten.



Abbildung 10: Austausch zu Entwürfen der Handlungsprogramme auf dem 4. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen (Foto: Moritz Schmidt)

Aufgrund der Rückmeldungen vom dritten Netzwerktreffen, bei dem die Formulierung von Maßnahmen in den deutschen Kommunen als besondere Herausforderung identifiziert wurde, fand hierzu ein eigener Austausch in Kleingruppen statt. Dabei konnten die Akteure eine Vielzahl von Möglichkeiten benennen und gemeinsam diskutieren, welche Maßnahmen im Rahmen der Klimapartnerschaft auch in den deutschen Kommunen formuliert werden

könnten. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Sensibilisierung der Bevölkerung und auf der Bildungsarbeit.

Zur Unterstützung bei der Umsetzung der Handlungsprogramme wurde das Angebot des Senior Experten Service vorgestellt.

Das vierte Netzwerktreffen war das letzte vor der Fertigstellung der Handlungsprogramme und dem internationalen Workshop zu ihrer Vorstellung. Aus diesem Grund wurden die anstehende Berichterstattung und die Vorbereitung des Workshops besprochen. Mit dem internationalen Workshop kommt die intensive Zusammenarbeit zwischen SKEW/LAG 21 NRW und den im Projekt beteiligten Kommunen zum Abschluss. Von allen Seiten wurde aber das Interesse geäußert, den Austausch weiter fortzusetzen. Die Teilnehmenden vereinbarten, einmal im Jahr ein Netzwerktreffen durchzuführen und einen jährlichen Newsletter mit Neuigkeiten aus den Klimapartnerschaften einzurichten.

3.3.5. Netzwerktreffen der südamerikanischen Kommunen, 25.-27. September 2013 in La Paz

Aufgrund der regionalen Besonderheiten und Möglichkeiten der Vernetzung auch über das Projektende hinaus hatte sich die Projektleitung entschlossen, die Gruppe der am Projekt teilnehmenden lateinamerikanischen und karibischen Kommunen aufzuteilen und ein Netzwerktreffen in Südamerika und eines in Mittelamerika/Karibik zu organisieren.

Das Netzwerktreffen der sieben südamerikanischen Kommunen fand ungefähr zur Hälfte der Laufzeit der Projektphase statt. Insofern gab es schon sichtbare Fortschritte im Prozess der Erarbeitung gemeinsamer Handlungsprogramme mit den Partnerkommunen aus Deutschland, etablierte Arbeitsstrukturen und konkrete Vorstellungen hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte der Handlungsprogramme. Ziel war es daher v. a., sich über diese Fortschritte und auch die Herausforderungen im Prozess auszutauschen und die nächsten Schritte in den Klimapartnerschaften zu planen.

Dazu erhielten die Kommunalvertreter seitens der Projektkoordination vertiefende Informationen über den aktuellen Stand des Projektes, die Methodik der Erarbeitung der Handlungsprogramme und kommende Aktivitäten des Projekts.



Abbildung 11: Teilnehmer des Netzwerktreffens der südamerikanischen Kommunen als „Zebras für einen Tag“ (Foto: Bambú Fotografía)

Am zweiten Tag hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, erfolgreiche Projekte der Stadt La Paz vor Ort kennenzulernen. Sie besuchten ein kürzlich umfassend saniertes Stadtviertel sowie die Mülldeponie der Stadt, die aufgrund ihrer hohen technischen Standards als Modell für Bolivien und darüber hinaus betrachtet wird. Außerdem informierten sie sich über das Frühwarnsystem gegen Überschwemmungen und Erdbeben und lernten das Verkehrs-erziehungsprojekt der Zebras ganz aus der Nähe kennen, indem sie selber in die „Haut“ eines Zebras schlüpften und auf den Straßen von La Paz unterwegs waren. Anschließend zeigten sie sich von den Inhalten der Exkursion beeindruckt, sowohl von der extremen Topografie der Stadt La Paz und den damit verbundenen Herausforderungen als auch von

dem Einsatz, der Herzlichkeit und der positiven Einstellung der Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen, die als Zebras Tag für Tag dazu beitragen, dass sich Autofahrer und Fußgänger mit mehr Respekt begegnen und die Verkehrsregeln einhalten. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zur innerstädtischen Mobilitätssicherheit.

Abgerundet wurde das Programm des Netzwerktreffens durch Fachvorträge über internationale Programme und Netzwerke in Südamerika zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Zum Abschluss stellten die Kommunalvertreter heraus, dass sie durch den Erfahrungsaustausch neue Erkenntnisse und Ideen für die Fortführung der Arbeit in ihren Klimapartnerschaften mitnahmen. Für die Projektträger war es von großer Bedeutung, die Sicht der Südpartner auf den bisherigen Prozess und seine Ergebnisse sowie ihre Anregungen für die weitere Projektsteuerung aufzunehmen.

3.3.6. Netzwerktreffen der mittelamerikanischen und karibischen Kommunen, 7.-9. Oktober 2013 in Matagalpa

Die sechs mittelamerikanischen und die karibische Kommune versammelten sich nur knapp zwei Wochen nach dem Netzwerktreffen in Südamerika. Auch hier stand naturgemäß der Austausch untereinander und mit den Projektträgern zum aktuellen Stand bei der Erarbeitung der Handlungsprogramme, zu Erfolgen und Herausforderungen im Prozess sowie die Planung der nächsten Schritte im Vordergrund. Die Kommunalvertreter konnten über ähnlich große Fortschritte in ihren Klimapartnerschaften berichten wie ihre Pendanten auf der Veranstaltung in La Paz.

Neben den Gruppenarbeitsphasen und den Inputs seitens der Projektträger gaben Fachvorträge seitens der GIZ Nicaragua und der GIZ Costa Rica weitere Einblicke in die Möglichkeiten der kommunalen Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Herausforderungen bei der Integration der lokalen Ebene in nationale Strategien. Roberto García vom kommunalen Spitzenverband Nicaraguas AMUNIC

präsentierte nationale Strategien gegen den Klimawandel und die Rolle der Kommunen darin. Dabei wurden die partizipative Erarbeitung und Umsetzung der Strategien sowie die enge Zusammenarbeit zwischen nationaler und kommunaler Ebene hervorgehoben. Anschließend wurde der Erfahrungsaustausch der Städte abgerundet durch einen Bericht der Vertreter aus San Marcos in Nicaragua über die dortigen Projekte zu Klimaschutz und Klimaanpassung, zum Beispiel zur Biogasgewinnung aus organischen Abfällen und zur Energieversorgung ländlicher Haushalte mittels einfacher Photovoltaik-Systeme.



Abbildung 12: Planung der nächsten Schritte auf dem Netzwerktreffen der mittelamerikanischen und karibischen Kommunen
(Foto: Stadt Matagalpa)

Während einer Exkursion am zweiten Tag informierten sich die Teilnehmenden über Projekte zu Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Matagalpa. Dabei wurden unter anderem die an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet errichteten Komponenten des lokalen Frühwarnsystems für Hochwasser sowie deren Funktionsweise demonstriert. Anwohner hochwassergefährdeter Zonen berichteten über den direkten Nutzen und die Bedeutung dieses Frühwarnsystems, bei dessen Implementierung sie eine wichtige Rolle gespielt haben. Abgerundet wurde die Exkursion durch den Besuch zweier Kaffeefarmen in der Region, wo die Aufbereitung von Produktionsabwässern sowie die energetische Nutzung der anfallenden Biomasse thematisiert wurden.

Die Teilnehmenden des Netzwerktreffens nutzten intensiv die Möglichkeit, an den Erfahrungen der weiteren Kommunen teilzuhaben und sich untereinander zu vernetzen. Sie

drückten abschließend den Wunsch aus, diese Vernetzung auch über den Projektzeitraum hinaus aufrechtzuerhalten. Mit neuen Anregungen konnten sie sich danach der Weiterentwicklung der gemeinsamen Handlungsprogramme mit ihren deutschen Partnern widmen.

4. Berichte der kommunalen Partnerschaften

In diesem Kapitel werden die einzelnen Klimapartnerschaften mit ihren Charakteristika, Hintergründen, den wichtigsten Schritten zur Erarbeitung der Handlungsprogramme und den zentralen Schwerpunktthemen und Maßnahmen derselben vorgestellt. Die Texte sind von den Akteuren aus den beteiligten Kommunen erstellt worden. Die SKEW und die LAG 21 NRW haben z. T. Anregungen zu punktuellen Ergänzungen oder Anpassungen gegeben und die Beiträge leicht redaktionell bearbeitet, verantworten aber nicht die Inhalte.

4.1. Berlin – Buenos Aires

	Berlin, Deutschland	Buenos Aires, Argentinien
Einwohnerzahl	3,5 Mio.	3 Mio.
Fläche	892 km ²	202 km ²
Siedlungsdichte	ca. 3800 Einwohner/km ²	ca. 15.000 Einwohner/km ²
Klimazone	gemäßigte Klimazone am Übergang zum kontinentalen Klima	gemäßigte Klimazone am Übergang zum subtropischen Klima
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Extremwetterereignisse • Hitze- und Trockenperioden im Sommer • mildere und nasse Winter • Starkregen und Stürme 	<ul style="list-style-type: none"> • extrem starke Hitzeperioden im Sommer • Starkregen mit Überschwemmungen

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Berlin und Buenos Aires sind die Hauptstädte und gleichzeitig die größten Städte ihrer jeweiligen Länder sowie Sitz der nationalen Regierungen. Beide Metropolen sind seit 1994 städtepartnerschaftlich verbunden.

Im Jahre 2012 sind Berlin und Buenos Aires im Rahmen des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ eine Klimapartnerschaft eingegangen. Sie dient dem Austausch von guten Beispielen zur Förderung von nachhaltigem Energiemanagement, Energieeinsparungen, Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien.

Auf der Basis der geltenden Bestimmungen und diesbezüglichen Aktivitäten wurde zunächst eine Bestandsaufnahme der Energiesituation in beiden Städten durchgeführt. In Buenos Aires wurden in den vergangenen Jahren gesetzliche Bestimmungen erlassen, die die Verringerung der Treibhausgase um 30 Prozent bis 2030 zum Ziel haben (Referenzjahr 2008). Das Gesetz Nr. 2802 von 2008 befasst sich mit der sinnvollen und effizienten Nutzung von Energie, das Gesetz Nr. 3246 von 2009 mit der Reduzierung des Energieverbrauchs, speziell im öffentlichen Sektor. In Berlin sind die rechtlichen Vorschriften im Berliner Energiespargesetz (BEnSpG) von 1990, im Landesenergieprogramm 2006-2010, im Klimaschutzpolitischen Arbeitsprogramm

2008 und im Landesenergiekonzept 2020 „Energie für Berlin“ festgeschrieben. Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutrale Stadt zu sein. Am 14. März 2014 wurde die Machbarkeitsstudie hierzu vorgelegt.

In Buenos Aires wurden einige Aspekte festgestellt, die bei der Umsetzung des Handlungsprogramms zu berücksichtigen sind:

- niedrige Energiekosten infolge hoher Subventionen, die Einsparungen finanziell unattraktiv machen;
- Auslastung der Kapazität der Energieerzeugung und -verteilung wegen mangelnder Investitionen;
- Fehlen von politischen Maßnahmen zum Anreiz für den Einsatz von alternativen Energien.

In beiden Städten ergeben sich Hindernisse durch:

- Desinteresse und Unkenntnis der Bevölkerung insgesamt in Bezug auf Energieeffizienz;
- hohen Energieverbrauch durch neue Technologien und elektronische Geräte;
- mangelnden Anreiz für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zum Energiesparen;
- mangelndes Verantwortungsgefühl bei Mitarbeitern öffentlicher Einrichtungen, Fehlen von Informationen über Energieverbrauch und -kosten in öffentlichen Gebäuden

Beide Städte sind der Auffassung, dass der öffentliche Sektor in verantwortungsvoller Weise Verbrauchs-, Effizienz- und Nachhaltigkeitsstandards einhalten muss, um als Vorbild für die anderen Sektoren zu fungieren. Ein hoher Anteil des Verbrauchs entfällt auf Gebäude. In Buenos Aires stammen mehr als zwei Drittel der gesamten vom öffentlichen Sektor erzeugten CO₂-Emissionen von öffentlichen Gebäuden.

Die Regierungen von Berlin und Buenos Aires sind sich der Notwendigkeit bewusst, künftig weitere Maßnahmen umzusetzen, die die sinnvolle, effiziente Nutzung von Energie und die Verminderung der Kontaminationswerte zum

Ziel haben. Sie messen der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel große Bedeutung bei.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms

Die Zusammenarbeit in der Klimapartnerschaft erfolgt in beiden Städten durch

(a) Regierungen, (b) Fachagenturen, (c) Zivilgesellschaft und (d) Industrie.

a) Die Zusammenarbeit auf Regierungsebene wird in Berlin durch das Referat für Auslandsangelegenheiten der Senatskanzlei und in Buenos Aires durch die Generaldirektion für internationale Beziehungen und Kooperation koordiniert. Beide Regierungen haben außerdem verschiedene Fachverwaltungen einbezogen: in Berlin die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Umwelt sowie für Wirtschaft, Technologie und Forschung/Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ), in Buenos Aires die Ministerien für Umwelt und öffentlichen Raum, Bildung, Modernisierung sowie Finanzen.

b) Für die technischen Aspekte der Zusammenarbeit wurden Fachagenturen des Energiebereichs hinzugezogen: die Berliner Energieagentur GmbH (BEA) und die Umweltschutzagentur der Stadt Buenos Aires (APRA).

c) Nach der Aufstellung der operativen Strukturen und der Identifizierung des Bildungssektors als Schwerpunkt für die Einführung neuer Konzepte für den Energieverbrauch wurden zwei erfahrene Akteure der Zivilgesellschaft involviert: das Unabhängige Institut für Umweltfragen e. V. (UfU) in Berlin und die Fundación Manos Verdes in Buenos Aires.

d) Das Klimapartnerschaftsprojekt wurde schließlich Vertretern der Industrie vorgestellt, um festzustellen, welche Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Unternehmen besteht. Der Kontakt erfolgt über die Deutsch-Argentinische Industrie- und Handelskammer (AHK).

Die genannten Akteure nahmen an den Entsendungen teil, in deren Verlauf sie die Hauptschwerpunkte der Kooperation definierten:

1. Entsendung (Berlin, 21.-27. April 2013): Fachgespräche und -besuche verschafften einen Überblick über die ökonomischen Gegebenheiten des Energiesektors in Berlin, über öffentliche und private Akteure und neue Technologien. Ein Forum mit Energiebeauftragten aus Berliner Bezirken und Landesbetrieben vermittelte einen Einblick in die Situation des Energiemanagements. Anhand der gewonnenen Erkenntnisse wurde ein Entwurf des Handlungsprogramms gefertigt. Der Energiesektor, speziell in Bezug auf öffentliche Gebäude, wurde als Schwerpunkt festgelegt.



Abbildung 13: Workshop im Zentrum für Umweltinformation und -ausbildung, Buenos Aires, März 2014 (Foto: Stadt Buenos Aires)

2. Entsendung (Buenos Aires, 13.-20. Oktober 2013): In Arbeitstreffen wurden die Gegebenheiten des Energiesektors in Buenos Aires, die angewandten Technologien und aktuelle städtische Projekte vorgestellt. Im Vorfeld wurde ein Projekt für Energiemanagement im öffentlichen Bildungssektor von Buenos Aires entwickelt, für das im Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NaKoPa) ein Finanzierungsantrag gestellt wurde. Nach Bewilligung des Antrags wurde mit der Umsetzung des Projekts begonnen.

3. Entsendung (Buenos Aires, 25.-31. März 2014): Vertreter beider Städte haben gemeinsam die Dokumentation für das Handlungsprogramm erarbeitet. Ferner wurde ein Workshop zur Umweltbildung durchgeführt. Die Direktoren der

Energieagenturen und die Stadtoberhäupter von Berlin und Buenos Aires haben ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Oberstes Ziel ist die Sicherung der urbanen Lebensqualität durch die Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Dies ist bereits in dem 2011 für Berlin beschlossenen Planwerk „Stadtentwicklungsplan Klima“ festgehalten. Dazu gehören, so der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller, u. a. dass wir „Fortschritte machen bei der Energieeffizienz unserer Gebäude und unserer Verkehrssysteme bei gleichzeitiger Steigerung des Nutzungsgrades erneuerbarer Energien.“ Deshalb sei es wichtig, im Rahmen internationaler Städtebündnisse „intelligente“ Lösungen zu finden, die es ermöglichen und erleichtern, gemeinsame Ziele zu erreichen (Quelle: Springer für Professionals, 11/2013).

Das übergeordnete Ziel des Handlungsprogramms ist die Verbesserung des Energiemanagements, die in vier Handlungsbereiche oder sektorale Ziele untergliedert ist. Sie sind für die Planung im Energiebereich in beiden Partnerstädten äußerst wichtig. In jedem der Punkte sind verschiedene Maßnahmen als notwendige Schritte zur Erreichung des globalen Ziels aufgeführt.

1) Verbesserung des Energiemanagements im öffentlichen Sektor: Maßnahmen in Zusammenhang mit der Schaffung der Person des Energiebeauftragten in Buenos Aires sowie dessen Ausbildung sind unabdingbar dafür, dass es einen Verantwortlichen gibt, der den Energieverbrauch in jedem Gebäude konstatiert und im alltäglichen Ablauf in den Gebäuden für Einsparungen sorgt. Nur wenn es einen Verantwortlichen gibt, kann langfristig eine Energiepolitik etabliert werden. Anzustreben ist der Aufbau von Netzwerken zwischen Energieverantwortlichen öffentlicher Gebäude sowie zwischen Energieverantwortlichen beider Partnerstädte.

Zudem besteht eine der großen Herausforderungen für die Umsetzung von Energiespar- und -effizienzmaßnahmen

darin, dass es in Bezug auf Energieverbrauch und -kosten keine transparenten Daten und Informationen gibt. Ohne diese Angaben ist es jedoch nicht möglich, konkrete Energiemanagementprojekte zu verwirklichen. Für Buenos Aires ist es deshalb wichtig, neben der Schaffung des Energiebeauftragten die Schaffung transparenter Information und die Entwicklung von Instrumenten zu erlangen. Beide Maßnahmen haben hohe Priorität, ihre Umsetzung wird seitens der Stadtregierung institutionell unterstützt.



Abbildung 14: Workshop des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) zur Energiebildung für Vertreter des städtischen Bildungsministeriums von Buenos Aires (Foto: Stadt Buenos Aires)

2) Förderung eines nachhaltigen Energiemanagement im Bildungssektor: Die öffentlichen Schulen machen etwa die Hälfte der gesamten öffentlichen Gebäude der Stadt Buenos Aires aus. Die Energiesparmaßnahmen im Bildungsbereich haben infolgedessen eine starke Wirkung auf den gesamten Energieverbrauch. Deshalb sollen Maßnahmen zur besseren Energieeffizienz, Einführung erneuerbarer Energien und Förderung des nachhaltigen Bauens von Bildungseinrichtungen durchgeführt werden. Außerdem ist hervorzuheben, dass Verhaltensmaßnahmen äußerst relevant sind, wenn es um die Optimierung von Energieverbrauch geht. Der Bildungssektor ist ein wichtiger Multiplikator in Bezug auf Verhaltenspotenzial. Folglich sind Aufklärungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Dozenten, Schüler und andere Akteure des Bildungssystems notwendig. Derzeit wird das NaKoPa-Projekt zur Unterstützung eines nachhaltigen Energiemanagement in Bildungseinrichtungen in Buenos Aires mit einer Bildungskomponente in beiden Partnerstädten umgesetzt. Es beinhaltet die Einrichtung eines

Energielabors, Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien, Ausbildungs-Workshops und Energiebildungsmaßnahmen in Buenos Aires und Berlin.

3) Förderung erneuerbarer Energien: Es werden zwei Maßnahmen von besonderer Bedeutung aufgestellt. Die Teilnahme Berlins an dem International Solar Cities Congress, der in diesem Jahr in Buenos Aires veranstaltet wird, stellt eine wichtige Unterstützung dieser Initiative dar, bei der sich Buenos Aires erstmals als Promoter für Fragen in Zusammenhang mit Energieeffizienz, sinnvoller Energienutzung und dem Einsatz von erneuerbaren Energien präsentiert.

Außerdem ist die Einführung von solarthermischen Kollektoren im sozialen Wohnungsbau für die Regierung von Buenos Aires in Anbetracht der bezüglich der Warmwasserversorgung schwierigen Situation der Sozialwohnungen eine Maßnahme von hoher Priorität. In den Wohnungen werden derzeit hochriskante Methoden angewandt, um Warmwasser zu erzeugen; die Solarthermie ist eine machbare, effektive Lösung des Problems. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden diese Maßnahmen im kleinen Umfang in Buenos Aires durchgeführt. Es ist jedoch äußerst wichtig, diese Maßnahmen in größerem Maßstab zu forcieren, um die erforderlichen Wirkungen zu gewährleisten.

4) Bewusstseinsbildung der Bevölkerung für eine verantwortungsvolle Energienutzung: Zusätzlich dazu, dass die Arbeit mit dem öffentlichen Sektor als Vorbild für die anderen Sektoren herangezogen wird, ist es für beide Städte wichtig, die Gesamtbevölkerung einzubeziehen. Die Entwicklung von Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen in Kommunikationsmedien kann deshalb in der Bevölkerung Aufmerksamkeit und Interesse wecken, was Verhaltensmaßnahmen hin zu einem verantwortungsvollen Energieverbrauch zur Folge hat.

4.2. Bielefeld – Estelí

	Bielefeld, Deutschland	Estelí, Nicaragua
Einwohnerzahl	328.000	115.900
Fläche	258 km ²	796 km ²
Siedlungsdichte	1.270 EW/km ²	146 EW/km ²
Klimazone	gemäßigte mitteleuropäische Zone	Der Verwaltungsbezirk Estelí teilt sich in zwei Klimazonen auf. Das Stadtgebiet von Estelí im nordwestlichen Bereich des Verwaltungsbezirks liegt auf einer Höhe zwischen 850 – 1.000 m ü. NN, die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt 20 Grad C. Die zweite Klimazone umfasst die Höhenzüge um Estelí mit Höhen zwischen 1000 - 1450 m ü. NN und einem jährlichen Temperaturmittel von 19,5 Grad C.
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme von Extremwetterereignissen (Starkregen, Stürme) führen zu deutlich mehr Überschwemmungen in gefährdeten Lagen, insbesondere einige Siedlungsbereiche sind davon betroffen und erfordern schnelle Lösungen • Entwicklung von Hitzeinseln im Innenstadtbereich verändern die Lebensbedingungen • Schwächung von heimischen Pflanzen- und Tierarten durch eine Verschiebung der Vegetationszeiten • Einwanderung nicht heimischer Tier- und Pflanzenarten und Verdrängung empfindlicher Arten 	<ul style="list-style-type: none"> • Die durchschnittliche Jahrestemperatur hat sich in den zurückliegenden Jahren im Verwaltungsbezirk Estelí bis zu 1,6 Grad C erhöht. Generell muss festgestellt werden, dass die Wettererscheinungen extremer geworden sind was sich zunehmend auf die landwirtschaftliche Produktion auswirkt. • Tropische Gewitterstürme nehmen zu und führen zu starken Bodenerosionen • Starkregenfälle und anhaltenden Trockenperioden zerstören immer öfter Teile der Ernte • Die Wetterextreme lassen Quellen versiegen • Wettersensible Pflanzen wie beispielsweise Orchideen sind im Biosphärenreservat Miraflores Moropotente zunehmend vom Aussterben bedroht

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Provinzhauptstadt Estelí liegt im Norden Nicaraguas an der Panamericana, etwa 148 Kilometer von der Hauptstadt Managua entfernt. Mit ca. 100.000 Einwohnern ist Estelí das wirtschaftliche Zentrum im Norden des Landes. Neben der traditionell starken Landwirtschaft ist es vor allem die Tabakindustrie, die zunehmend die Landschaft, aber auch das Stadtbild prägt. In über 30 Tabakfabriken werden „Puros“ gerollt, Zigarren, die aufgrund ihrer hohen Qualität mittlerweile weltweit vertrieben werden. Etwa 25.000 Menschen sind allein in der Tabakindustrie tätig.

Bielefeld und Estelí sind seit vielen Jahrzehnten partnerschaftlich verbunden, seit 1984 auf Initiative des Welthaus Bielefeld e. V. zunächst als Patenschaft, 1995 wurde diese in eine offizielle Partnerschaft umgewandelt. Anfang der 1980er-Jahre waren es vor allem junge Menschen die nach dem Sieg der sandinistischen Revolution Estelí im Rahmen von Arbeitsbrigaden besuchten. Unterstützt von Bielefelder Bürgerinnen und Bürger konnte das Welthaus Bielefeld in den weiteren Jahren zahlreiche Projekte im vom Krieg gezeichneten Estelí verwirklichen. Dazu gehörte der Aufbau einer flächendeckenden Trinkwasserversorgung und der Bau einer Kläranlage. Mit dem Hurrikan Mitch, der 1998 Teile der Stadt Estelí zerstörte, rückte das Thema Klimawandel immer stärker in den Mittelpunkt der Städtepartnerschaft. Eines der damaligen Großprojekte war die Renaturalisierung des Rio Estelí.

Mit dem im Jahr 2010 angelaufenen Projekt „Initiative 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“ rückte der Klimaschutz ganz nach oben auf die Agenda der Städtepartnerschaft. Jugendgruppen in Estelí und Bielefeld widmeten sich dem Thema Klimawandel, dabei wurde über erneuerbare Energien und nachhaltige Abfallkonzepte diskutiert. Ein Pilotprojekt zur Mülltrennung wurde von einer Frauengruppe ins Leben gerufen, Studenten gründeten eine Umweltgruppe, die öffentlich Filme über Umweltschutz und Müllvermeidung in den Wohngebieten Estelís zeigten. Vereinbart wurde ebenfalls eine Kooperation zwischen der FH Bielefeld und der Universität FAREM

in Estelí, um zukünftig zum Thema erneuerbare Energien zusammenzuarbeiten.

Bielefeld ist als eine der ersten Kommunen 1991 dem internationalen Klimabündnis beigetreten, hat 1994 das erste Energiekonzept veröffentlicht und die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten eingerichtet, 1996 erschien die erste CO₂ Bilanz. Als Pilotkommune im European Energy Award (2001) und mit der Erarbeitung eines Handlungsprogramms Klimaschutz (2008) werden regelmäßig umfangreiche Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und strukturiert.

Bielefeld ist sich bewusst, dass auch Kommunen eine globale Verantwortung tragen, der Rat der Stadt hat deshalb 2006 beschlossen, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beziehen und unterzeichnete 2007 die Millenniumserklärung des deutschen Städtetages.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Die Entscheidung zur Teilnahme an dem Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ wurde von Estelí und Bielefeld im Sommer 2012 gefällt. Als wichtige Partner wurden die beiden Kommunalvertretungen, das Städtepartnerschaftsbüro in Estelí und das Welthaus Bielefeld e. V. festgelegt, sowie die Universität FAREM in Estelí und die Fachhochschule Bielefeld, die beide einen Studiengang „regenerative Energien“ anbieten und unmittelbar vorher eine Kooperation geschlossen hatten. Das Welthaus Bielefeld e. V. nutzte die Möglichkeit einen Förderantrag beim BMZ für ein Projekt zum Ausbau regenerativer Energien in Estelí zu stellen.

Im Vorfeld der Auftaktkonferenz in Costa Rica erfolgte der erste Delegationsbesuch in Estelí mit je einer Person von der Stadt, dem Welthaus Bielefeld e. V. und der FH Bielefeld. Während dieses Aufenthalts wurden unterschiedliche Bereiche besichtigt und erste Ideen für Projekte entwickelt, wie z. B., das Biosphärenreservat Miraflor, das zu Estelí gehört und in dem das Ausbauprogramm für erneuerbare Energien gestartet wurde. Zusätzlich wird in Miraflor von rund 400 Kleinbauern, die sich in Kaffeekooperativen

zusammengeschlossen haben, sehr hochwertiger, zum großen Teil fairtrade-zertifizierter, Kaffee angebaut. Es wurde vereinbart, dass eine Bielefelder Kaffeerösterei Kaffee direkt importiert und nun seit Anfang 2013 als „Bielefeld Kaffee“ vermarktet.



Abbildung 15: Erste Arbeitsergebnisse des Projektteams beim Auftaktworkshop in Costa Rica (© Stefan Jankowiak)

Im Juli 2013 erfolgte der Gegenbesuch der Delegation aus Estelí in Bielefeld. Durch die Kooperation der FH Bielefeld und der FAREM in Estelí konnten direkt konkrete Vorhaben zum Austausch von Studierenden und gemeinsame inhaltliche Projekte entwickelt werden.

Ein Besuch auf dem Wertstoffhof der Stadt Bielefeld gab viele Anregungen, wie zum einen Abfallströme sortiert werden können, aber auch speziell, wie die Altölsammlung in Estelí organisiert werden kann. Die Abfallproblematik bildete in unterschiedlichen Vorträgen und Informationsveranstaltungen einen breiten Schwerpunkt des Austausches. Zusätzlich wurden Gewässerrenaturierungsmaßnahmen vorgestellt. Den Abschluss bildete ein Fest bei der Kaffeerösterei, die den „Bielefeld Kaffee“ vermarktet.

Im Oktober 2013 fand in Matagalpa ein Treffen der sieben mittelamerikanischen und karibischen Kommunen, die am Projekt der Klimapartnerschaften teilnehmen, statt, bei dem die Städte, unter ihnen auch Estelí, ihre Projekte vorstellten und zusammen weiterentwickelten.

Zur Stärkung der Kooperation der Hochschulen und zur Unterstützung der Arbeiten im Ausbauprojekt „Erneuerbare

Energien für Miraflores“, wurde die Möglichkeit genutzt, dass mit ASA Kommunal zwei Studentinnen für drei Monate in Bielefeld in Zusammenarbeit mit zwei Studenten der FH Bielefeld für einen Siedlungsbereich die komplette Planung für die Versorgung mit erneuerbarer Energien zunächst in Bielefeld theoretisch erarbeiten und in einer zweiten Phase im Herbst 2014 vor Ort umsetzen. Im Rahmen einer Telefonkonferenz im Januar 2014 und eines Delegationsbesuchs aus Estelí in Bielefeld im April 2014 wurden die Themenfelder des Handlungsprogramms weiter konkretisiert.

Das nun erarbeitete gemeinsame Handlungsprogramm wird die Grundlage für weitere Projekte im Bereich Klimaschutz in den nächsten Jahren sein.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Ziele aus dem Handlungsprogramm sind:

- Ausbau erneuerbarer Energien
- Boden- und Grundwasserschutz
- Verbesserung der Anbaubedingungen für Kaffee und Stärkung fairer Handelsbeziehungen
- Hochwasserschutz

Ausbau erneuerbarer Energien

In dem weitgehend nicht elektrifizierten Biosphärenreservat Miraflores-Moropotente leben ca. 700 Familien auf einer Fläche von 250 Quadratkilometern. Nun sollen gezielt erneuerbare Energieträger wie Sonnen-, Wasser- und Windenergie eingeführt werden. Das Projekt hat ein Volumen von 800.000 Euro. Finanziert aus Mitteln der Klimafazilität des BMZ, der Stiftung Biohaus für Umwelt und Gerechtigkeit und dem Welthaus Bielefeld sollen bis 2016 380 Familien mit Energie versorgt werden, außerdem landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitsposten. Ein Ziel des Projektes ist es, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen ohne einen erhöhten Ausstoß an CO₂. Weiterhin will das Projekt neben seinem Pilotcharakter dazu beitragen, den energiepolitischen Diskurs über Einspeisevergütungen in Nicaragua zu stärken. So werden verschiedene regionale

Akteure, die im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv sind, mitarbeiten. Hervorzuheben sind dabei vor allem die Technischen Hochschulen in Estelí, die den Prozess kontinuierlich begleiten. So arbeiten sie seit Ende 2013 an Studien zur Sonneneinstrahlung und zu Windpotenzialen im Department Estelí und sind aktuell kurz davor, eine Studie zur Energienachfrage im Projektgebiet abzuschließen. Teile dieser Erhebungen wurden in Zusammenarbeit mit Studierenden der FH Bielefeld ausgewertet und analysiert. Die Technischen Hochschulen in Estelí und Bielefeld arbeiten ebenfalls in einem Pilotprojekt zusammen, das die Elektrifizierung eines Dorfes in Miraflores, basierend auf Photovoltaik-Modulen, vorsieht.



Abbildung 16: Energiebedarfserhebung in Miraflores
(Foto: Stefan Jankowiak)

Boden- und Grundwasserschutz

Handlungsbedarf gibt es in Estelí bei der Entsorgung von Altöl. Tausende von Litern werden jährlich nicht umweltgerecht entsorgt. Aktuell werden Tankstellen und Autowerkstätten in Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Estelí befragt, um die anfallende Altölmenge zu beziffern. Ziel ist es, ein Altölsammelsystem im Stadtgebiet von Estelí einzurichten sowie Kontrollmechanismen zu schaffen, die dafür sorgen, dass das anfallende Altöl die Umwelt nicht weiter belastet.

Verbesserung der Anbaubedingungen für Kaffee

In den mittleren Lagen wird der Kaffeeanbau in Estelí zunehmend schwieriger, weil durch Abholzung für Brennstoff die schattenspendenden Bäume fehlen und der Boden durch Erosion kontinuierlich Nährstoffe verliert. Durch ein

Wiederaufforstungsprogramm, verbunden mit der Verbesserung der Bodenstruktur soll dieser Trend umgekehrt werden. Gemeinsam mit der Nutzung der Pergamin-Abfälle des Kaffeeanbaus als alternativer Brennstoff in Brikettform, einem Programm für den Einbau von effizienten Kochöfen und entsprechenden Bildungsprogrammen soll erreicht werden, dass weniger Holz zum Kochen geschlagen wird.

Renaturierungsmaßnahmen zum Hochwasserschutz

Der Hurrikan Mitch hat im Jahre 1998 den Rio Estelí in einen reißenden Fluss verwandelt. Die Zerstörungen im Stadtgebiet von Estelí waren damals immens. In der Folge wurden Deiche angelegt, um bei Starkregen die Wassermassen kurzfristig aus der Stadt herauszuführen. Was allerdings nach wie vor fehlt, sind Freiflächen, die weiteres Wasser aufnehmen könnten. Außerdem erinnert der Flusslauf im Innenstadtbereich mit seinen unbewachsenen Deichen eher an eine Mondlandschaft. Ziel ist es nun, die Ufer durch Anpflanzungen zu renaturieren, die Deiche dadurch zu festigen und darüber hinaus Flächen und Biotope zu schaffen, die weiteres Regenwasser aufnehmen können. Dadurch würde am Fluss ein Grüngürtel entstehen, der von der Bevölkerung auch für Freizeitaktivitäten genutzt werden könnte. Das Stadtplanungsamt in Estelí hat mit der Projektplanung begonnen um u. a. den Finanzrahmen als Grundlage für eine weitere Konkretisierung des Projektes zu bestimmen.

4.3. Bonn – La Paz

	Bonn, Deutschland	Nuestra Señora de La Paz, Bolivien
Einwohnerzahl	ca. 320.000	840.207
Fläche	141,2 km ²	2.012 km ² : 180 km ² städtisch, 1.832 km ² ländlich
Siedlungsdichte	2.266 Einwohner/km ²	417,6 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Die Schlucht von La Paz liegt vollständig in der subhumiden Zone mit Steppenvegetation und Durchschnittstemperaturen zwischen 0 ° bis 20 °C
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperatur • Zunahme von Starkregenereignissen • Zunahme von extremen Hitzetagen mit negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner 	<ul style="list-style-type: none"> • Starkregenfälle, verbunden mit Überschwemmungen und Erdbeben (werden voraussichtlich zunehmen) • längere Trockenperioden • unzureichende Wasserversorgung

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Bonn, ehemals deutsche Bundeshauptstadt, ist heute die deutsche Stadt der Vereinten Nationen. 18 Organisationen der Vereinten Nationen, darunter das Klimasekretariat, arbeiten in Bonn. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie zahlreiche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und in der Entwicklungspolitik tätige Nichtregierungsorganisationen haben ihren Sitz in Bonn.

Bonns Oberbürgermeister ist Stellvertretender Vorsitzender des Weltklimarats der Bürgermeister (WMCCC) und setzt sich dafür ein, dass die Stimme der lokalen Ebene im Kampf gegen den Klimawandel auch auf der globalen Ebene Gehör findet. Die Stadt Bonn arbeitet an der Entwicklung effizienter Maßnahmen zur Reduzierung der lokalen CO₂-Emissionen, sie ist aber auch aktiv dabei, die globalen Interdependenzen der Aktivitäten auf der nördlichen Hemisphäre mit ihren unmittelbaren Auswirkungen

für Länder anderer Kontinente aufzuzeigen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat in Bonn eine lange Tradition: Bereits 1999 verabschiedete der Stadtrat ein Konzept für internationale Beziehungen, das auch heute noch als Grundlage für die Zusammenarbeit mit Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern dient und zugleich einen Beitrag der lokalen Ebene zur Erreichung der UN Millenniums-Entwicklungsziele darstellt.

La Paz befindet sich im Nordwesten Boliviens und liegt 3.625 Meter über dem Meeresspiegel. Die Stadt teilt sich in insgesamt sieben städtische Großbezirke sowie in zwei ländliche Großbezirke. Im Jahre 2008 brachte die autonome Verwaltung von La Paz (GAMPL) eine kommunale Strategie zum Klimawandel auf den Weg. Hauptziel ist es, eine Politik zu formulieren und zu verbreiten, die auf die Beteiligung der Gesellschaft und aller weiteren betroffenen Sektoren abzielt. Dabei sollen Maßnahmen zur Reduzierung des Klimawandels wie auch zur Anpassung daran einbezogen werden.

Anfang 2014 war der partizipatorische Prozess zur Entwicklung der umfassenden Strategie „La Paz 2040“ abgeschlossen. In diesem langfristig angelegten Plan fand die Entwicklungsleitlinie einer nachhaltigen und umweltgerechten Kommune Berücksichtigung, insbesondere mit den beiden Komponenten ökologisches Gleichgewicht und Klimawandel. Die autonome Kommunalverwaltung in La Paz hat zur Einbindung beider Komponenten folgende Maßnahmen geplant: eine Erhebung der öffentlichen und städtischen CO₂-Bilanz sowie eine Reduzierung dieses sog. CO₂-Fußabdrucks.

La Paz und Bonn sind seit 1997 partnerschaftlich verbunden. Im Rahmen dieser Städtepartnerschaft haben die beiden Städte Kooperationsprojekte entwickelt, unter anderem im Kulturbereich, zum Jugend- und Schulaustausch und zu Umweltthemen. Die Projektpartnerschaft wird auf der zivilgesellschaftlichen Ebene durch den Verein Bonn-La Paz unterstützt.

Derzeit arbeiten beide Städte in dem von der EU finanzierten Projekt „2 Grad mehr – na und?“ zusammen, das vom Lateinamerikazentrum umgesetzt wird. Das Projekt zielt auf eine Darstellung der gegenseitigen Interdependenzen zwischen den Bürgern Bonns und La Paz durch ihre Konsummuster und Lebensstile in Bezug auf den Klimawandel ab.

Die Bereitschaft beider Städte, gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen, ermöglichte einen Austauschprozess im Rahmen dieser kommunalen Klimapartnerschaft.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Bei der Stadt Bonn wird das Programm durch das Amt für Internationales und Globale Nachhaltigkeit koordiniert. Des Weiteren sind das Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda – Leitstelle Klimaschutz, die Abteilung für Abwasser sowie die Stadtwerke Bonn in ihrer Funktion als Abfallverwertungsunternehmen eingebunden. Von Anfang an waren der Verein Bonn-La Paz sowie der Iberoclub als zivilgesellschaftliche Akteure stark in den Prozess eingebunden und stellten jeweils ein Mitglied für die Kerngruppe.

Der Kerngruppe wurde ein beratendes Gremium zur Seite gestellt – bestehend aus einer Arbeitsgruppe der Stadt Bonn, welche ressortübergreifend mit Nachhaltigkeitsthemen befasst ist. Die teilnehmenden Vereine richteten jeweils eigene Arbeitsgruppen ein, welche die Klimapartnerschaft aktiv unterstützen.

In La Paz wird das Programm durch die Leiterin des Amts für Internationale Angelegenheiten und Zusammenarbeit (Directora de Relaciones Internacionales y Cooperación) koordiniert. Der thematische Schwerpunkt wird vom Leiter des Umweltamtes (Director de Gestión Ambiental, Oficialía de Planificación para el Desarrollo) festgelegt.



Abbildung 17: Besichtigung der Abfallsortierungsanlage der Stadt La Paz (Foto: Stadt La Paz)

2012 nahmen beide Partnerkommunen am ersten internationalen Workshop des Projekts „50 kommunale Klimapartnerschaften“ in Costa Rica teil. Hier tauschten die Städte Informationen aus hinsichtlich der jeweiligen Ausgangspunkte, gemeinsamer Interessen, der jeweiligen Umweltproblematiken und der lokalen Akteure im Bereich des Umweltschutzes.

Anschließend fand im Mai 2013 ein Fachbesuch eines Teams aus La Paz in Bonn statt. Im Rahmen dieses Besuches wurden Informationen und – in Interviews mit verschiedenen Experten – Eindrücke gesammelt und schließlich drei gemeinsame Interessensgebiete festgelegt: Festmüll, Energie und klimabezogene Umweltbildung.

Im September 2013 fand in La Paz ein Treffen des Netzwerks der südamerikanischen Städte statt. Der Informationsaustausch zu den verschiedenen Partnerschaften und die Kommentare der Teilnehmer führten zu einer klareren Definition der Ziele und zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich der einzelnen Phasen der gemeinsamen Handlungsprogramme.

Alle Zusammenkünfte waren sehr positiv, konstruktiv und dienten dem gegenseitigen Informationsaustausch. Die Zahl der einbezogenen Akteure nahm stetig zu – mit Teilnehmern aus Zivilgesellschaft, Universitäten und Fachleuten aus den Bereichen Umweltbildung und Abfallwirtschaft.

Ein letzter Austausch zwischen beiden Städten fand im März 2014 in La Paz statt. Die deutsche Delegation lernte das derzeitige Abfallwirtschaftssystem und die Anlagen vor Ort kennen und besuchte die Deponie in Alpacoma. Darüber hinaus wurden verschiedene städtische Projekte vorgestellt („CulturaCiudana“). Hier konnte die Bonner Delegation einen Eindruck gewinnen, wie weit das Pilotprogramm zur Umweltbildung in den sogenannten „Barrios de Verdad“ schon fortgeschritten war, welches auf der Basis des Austauschs über die „Bonner Klimabotschafter“ entwickelt wurde. Im Rahmen des Besuchs wurden verschiedene weitere Projekte in La Paz vorgestellt; außerdem wurde die Entwicklung des gemeinsamen Handlungsprogramms abgeschlossen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Hauptanliegen des Klimahandlungsprogramms der Städte Bonn und La Paz ist es, gemeinsam CO₂-Emissionen zu reduzieren und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels voranzutreiben. Ein großes Handlungsfeld betrifft die Einführung eines integrierten Managements von Festmüll in La Paz. Dies beinhaltet insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wertstoffsammlung und des Recyclings von Wertstoffen.

Ein weiteres großes gemeinsames Handlungsfeld ist Umweltbildung mit einem Schwerpunkt auf Bildungsprogrammen für Kinder im Grundschulalter. Hier wird ein

ganzheitlicher Ansatz angestrebt, um eine nachhaltige Veränderung von gesellschaftlichen Verhaltensweisen zu erwirken.

Ein drittes Handlungsfeld bezieht sich schließlich auf den Austausch zu unterschiedlichen Konzepten und Perspektiven im Hinblick auf eine Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität.

Die Abfallwirtschaft rückte bereits im Rahmen des Austauschs während des ersten Besuchs einer Delegation aus La Paz in Bonn als hauptsächliches Handlungsfeld in den Mittelpunkt. Auf der Grundlage der umfassenden Strategie „La Paz 2040“ plant die Stadt La Paz die Durchführung eines Programms zur integrierten Abfallwirtschaft zur Verbesserung der CO₂-Bilanz in der Kommune. Hauptziel ist die Verwertung von Materialien mit Recyclingpotenzial. Hier könnten grüne Arbeitsplätze entstehen, aber auch die Nutzungsdauer der Deponie „Nuevo Jardin de Alpacoma“ verlängert werden, welche derzeit nur etwa weitere zehn Jahre beträgt. Die Deponie benötigt ein hochentwickeltes Bewirtschaftungssystem, um das Sickerwasser auf der Deponie zu kontrollieren, eine Situation, die in hoch gelegenen Regionen wie in La Paz besondere Herausforderungen birgt. Bislang wird der Müll der Stadt La Paz vornehmlich auf der Deponie gelagert. Recycling spielt derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Ende 2013 wurde jedoch eine neue kleine Anlage zur Trennung von Wertstoffen eingeweiht. Es ist geplant, diese Anlage zu erweitern, es müssen jedoch auch mehr wiederverwertbare Abfälle gesammelt werden.

Aus diesem Grunde ist eine Verbesserung des Wertstoffsammelsystems geplant. La Paz kann hier teilweise auf die in Bonn gemachten Erfahrungen bei der Einführung eines Wertstoffsammelsystems zurückgreifen. Ein Pilotprojekt für die Wertstoffsammlung sollte zunächst realisiert werden, bevor die Ausweitung des Systems auf das gesamte Stadtgebiet erfolgt. Teil des Prozesses wird auch die Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich Mülltrennung und Müllvermeidung sein, um die Wertstofftrennung zu erleichtern.

Ein weiteres Handlungsfeld im Bereich der Abfallbewirtschaftung betrifft die Einführung eines Recyclingsystems. Dies führt zu einer Verminderung der Abfallmenge. Organische Abfälle, wie etwa Schlachthausabfälle, könnten weiterverwertet werden – etwa in einer Biodieselanlage als Teil eines Programms zur alternativen Energiegewinnung. Schwer wiederverwertbare Abfälle wie Gummireifen und Bauschutt könnten innerhalb neuer Produktionsprozesse Wiederverwendung finden.



Abbildung 18: Arbeit mit den neuen Bildungsmaterialien
(Foto: Claudio Zettel)

Ein zweites großes Handlungsfeld betrifft die Umweltbildung. Hier entstand eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit rund um das Bildungsprogramm der „Klimabotschafter“, welches in Bonn von einer Stiftung durchgeführt wird. Erste Teile der Bildungsmaterialien wurden bereits übersetzt und haben Eingang in ein Pilotprojekt gefunden, welches in vier Stadtteilen von La Paz durchgeführt wird. Eine Erweiterung des Programms kann durch die Verbindung mit dem sog. Zebraprogramm, das von der Stadt La Paz organisiert wird, erreicht werden. Junge Leute verkleiden sich als Zebras und leisten gemeinnützige Arbeit innerhalb der Kommune, indem sie etwa den Verkehr regeln oder kleineren Kindern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Innerhalb des Zebraprogramms wurden nun Umweltgruppen für Grundschulkin- der eingerichtet. Nach einem erfolgreichen Start, bei dem der Bonner Löwe „Bonni“ nach La Paz gebracht wurde, ist die Übersetzung und Anpassung weiterer Materialien geplant sowie eine Ausweitung des Programms.

Das dritte gemeinsame Handlungsfeld entwickelte sich aus dem Interesse der Bonner Partner an den alten und teils wiederbelebten Vorstellungen eines würdigen Lebens in Bolivien heraus. Weitere Anregungen ergaben sich durch das „Felicidadprogramm“, organisiert von der „Cultura Ciudadana“ innerhalb der Stadtverwaltung, mit vielen interessanten Ansätzen hinsichtlich unterschiedlicher Haltungen zum Leben, zum Wohlstand und zur Wertschätzung der Umwelt. Die Stadt La Paz entwickelte ein sehr beeindruckendes Aktionsprogramm – als Investition in die soziale Infrastruktur und zum Wohle ihrer Bürger. Geplant sind der weitere Austausch zum „Felicidadprogramm“ sowie seine Vorstellung in Bonn.

4.4. Bonn – Linares

	Bonn, Deutschland	Linares, Chile
Einwohnerzahl	Ca. 320.000	ca. 87.661
Fläche	141,2 km ²	1.465,78 km ² , 150m über dem Meeresspiegel
Siedlungsdichte	2.266 Einwohner/km ²	60 Einwohner/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	mediterran, mit längeren Trockenzeiten
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperatur • Zunahme von Starkregenereignissen • Zunahme von extremen Hitzetagen mit negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner 	<ul style="list-style-type: none"> • Trockenzeiten • extreme Starkregenfälle und extreme Temperaturen • wirtschaftliche Einbußen beim Ackerbau

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Bonn und ihr Engagement auf den Gebieten des Klimaschutzes und der Entwicklungszusammenarbeit wurden bereits im vorhergehenden Kapitel 4.3 dargestellt.

Seit 2011 führt die Stadt Linares in Chile mit Unterstützung des chilenischen Umweltministeriums ein Pilotprojekt zur Einführung einer Umweltstrategie durch. Ziel ist, für die Stadt eine Umweltzertifizierung zu erreichen. Die Zertifizierung basiert auf freiwilliger Beteiligung und beinhaltet einen ganzheitlichen Ansatz beim Umweltmanagement, unter anderem im Hinblick auf Infrastruktur, Personalmanagement sowie auf das Management interner und externer Prozesse, bei denen es um Umweltthemen geht.

Das Gesamtziel besteht darin, eine kommunale Strategie für folgende Bereiche zu entwickeln: 1. Abfallbewirtschaftung, 2. Naturressourcenmanagement, 3. Umwelthygiene (sanitäre Entsorgung), Bildung und Sensibilisierung für Umweltbelange. Die Strategie wird Schritt für Schritt umgesetzt. Die Zielvorgaben sind in Übereinstimmung mit den Zielen der kommunalen Klimapartnerschaft formuliert.

Die Klimapartnerschaft zwischen Linares und Bonn begann Ende 2011. Sie wurde über bestehende Kontakte des in Bonn ansässigen Vereins „Iberoclub“ initiiert, der bereits langjährige Kontakte zur Universität von Talca hatte. Neben der Zusammenarbeit der beiden Städte basiert die Klimapartnerschaft auch auf einer engen Zusammenarbeit mit anderen Partnern in beiden Ländern. In Deutschland ist der Iberoclub involviert, in Chile sind es die SEREMI und die Universität Talca.

Derzeit arbeiten die Stadt Bonn und die Universität Talca in dem von der EU finanzierten Projekt „2 Grad mehr – na und?“ zusammen, das vom Lateinamerikazentrum umgesetzt wird.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Bei der Stadt Bonn wird das Programm durch das Amt für Internationales und Globale Nachhaltigkeit koordiniert. Des Weiteren sind das Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda – Leitstelle Klimaschutz, die Abteilung für Abwasser sowie die Stadtwerke Bonn in ihrer Funktion als Abfallverwertungsunternehmen eingebunden. Von Anfang

an war der Iberoclub als zivilgesellschaftlicher Akteur stark in den Prozess eingebunden und war durch ein Mitglied in der Kerngruppe vertreten. Der Kerngruppe wurde ein beratendes Gremium zur Seite gestellt – bestehend aus einer Arbeitsgruppe der Stadt Bonn, welche ressortübergreifend mit Nachhaltigkeitsthemen befasst ist.

Auf chilenischer Seite wird das kommunale Klimapartnerschaftsprogramm vom Amt für lokale wirtschaftliche Entwicklung der Stadtverwaltung Linares koordiniert. Außerdem sind die Universität Talca und die regionale Vertretung des Umweltministeriums (Secretaria Ministerial de Medio Ambiente) mit eingebunden. Diese drei Institutionen bilden das zentrale Team der Partnerschaft und haben an allen Veranstaltungen teilgenommen. Die Partnerschaft erwies sich auch für die chilenischen Partner als sehr fruchtbar, insbesondere, weil alle Institutionen einen ähnlichen Auftrag haben, nämlich, Informationsmaterial zu erstellen und zu verbreiten. In dieser Hinsicht war jedes Treffen und jeder Austausch – national und international – äußerst hilfreich, um mehr über die Partnerstädte und Programme zu erfahren. Beide Partner erhielten dadurch Unterstützung bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Handlungsprogramms.

2012 nahmen beide Partnerkommunen am ersten internationalen Workshop des Projekts „50 kommunale Klimapartnerschaften“ in Costa Rica teil. Hier tauschten die Städte erste Informationen aus hinsichtlich der jeweiligen Ausgangspunkte, gemeinsamer Interessen, der jeweiligen Umweltproblematiken und der lokalen Akteure im Bereich des Umweltschutzes.

Anschließend fand im Mai 2013 ein Fachbesuch eines Teams aus Linares in Bonn statt. Im Rahmen dieses Besuchs wurden vier gemeinsame Interessensgebiete festgelegt: Umweltbildung, Energie, Wasser und Luftreinhaltung.

Ein letzter Austausch zwischen beiden Städten fand im April 2014 in Linares statt. Die deutsche Delegation hatte Gelegenheit, sich einen ersten Eindruck von der Umweltverwaltung auf regionaler und kommunaler Ebene im Gebiet

Linares zu verschaffen. Sie konnte sich mit einigen der dringendsten Probleme im Hinblick auf den Klimawandel in Linares vertraut machen, wie beispielsweise Emissionen durch Heizen und Wasserknappheit. Andererseits wurde der beeindruckende Nachhaltigkeitsbericht der Universität vorgestellt. Auch die jüngsten Bemühungen, das Radwegenetz auszuweiten, wurden präsentiert, ebenso die Entwicklung von Umweltbildungsmaßnahmen an Schulen, die allerdings noch nicht Teil des Lehrplans sind.



Abbildung 19: Besuch der Kläranlage Salierweg in Bonn
(Foto: Verena Schwarte, Bundesstadt Bonn)

Des Weiteren ergänzten beide Teams den gemeinsamen Handlungsplan mit weiteren Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und definierten konkrete Schritte, wie beispielsweise Austauschprogramme – unter anderem im Juli 2014 einen Austausch in Bonn.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das Klima-Handlungsprogramm zwischen Bonn und Linares konzentriert sich auf vier Hauptbereiche: Umweltbildung, Energie, Wasser und saubere Luft. Hinzu kommen weitere Maßnahmen in den Bereichen Abfallbewirtschaftung und Mobilität.

Im Bereich Umweltbildung und -sensibilisierung werden hauptsächlich zwei Zielgruppen angesprochen: Schüler verschiedener Altersgruppen und die kommunale Verwaltung selbst. Bei beiden Gruppen ist die Miteinbeziehung von Umweltthemen bisher nicht selbstverständlich und in den laufenden Prozessen nicht fest verankert.

Energie und saubere Luft sind eng miteinander verbundene Themen. Ineffizientes Heizen und Verkehr beeinträchtigen die Luftqualität. Durch verschiedene Maßnahmen wird daher ein Schwerpunkt auf diese beiden Themen gelegt.

Wasser ist ein wichtiges Thema und im Gebiet um Linares entscheidend für die Agrarproduktion und das Ökosystem. Um die verschiedenen Optionen zur Wassernutzung und –bewirtschaftung zu untersuchen, wird ein Runder Tisch, bei dem die einzelnen betroffenen Akteure zusammenkommen, als Meilenstein für weitere politische Maßnahmen in diesem Bereich ins Auge gefasst.



Abbildung 20: Der Schutz von Wassereinzugsgebieten in Linares ist eines der priorisierten Handlungsfelder der Klimapartnerschaft mit Bonn (Foto: Claudio Zettel)

Im Hinblick auf Umweltbildung liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf der Arbeit mit Lehrern. In Linares trafen sich Lehrer, die Interesse an Umweltbildung hatten, und riefen eine selbstorganisierte Arbeitsgruppe ins Leben, die mit der Gründung von Umweltinitiativen in Schulen begann. Diese Gruppe motivierter Lehrer sollte unterstützt werden – einerseits, indem ihnen dabei geholfen wird, eine ständige Arbeitsgruppe zu bilden, andererseits über Weiterbildungsmöglichkeiten, damit sie Probleme des Klimawandels in ihren Unterricht an der Schule einbringen können. Bisher ist Umweltbildung nicht Teil der Lehrpläne an den Schulen. Deshalb müssen auch Lerneinheiten und Lehrmethoden sowie Lehrmaterial entwickelt werden. Das „Bonni und Bo“-Konzept, das in Bonn genutzt wird, soll als Grundlage für die Entwicklung von Lehrmaterial für Grundschüler dienen. Das Material, das für das „2 Grad mehr“-Projekt

entwickelt wurde, kann als Grundlage zur Erarbeitung von Lehrmaterial für weiterführende Schulen benutzt werden.

Um die Beachtung von Umweltkriterien in der kommunalen Praxis zu fördern, ist geplant, Umweltkriterien als einen Aspekt der Entscheidung bei Ausschreibungsverfahren einzuführen.

Bei den Partnern in Chile wird besonders darauf geachtet, die Benutzung von Plastikbeuteln zu verringern. Mit dem „Explora“-Programm, das von der Universität durchgeführt wird, verfügt man über ein Instrument, das wissenschaftliche Arbeit mit den lokalen Gemeinschaften der Umgebung verbindet. Im Rahmen des „Explora“-Programms sollte eine Kampagne für die Benutzung von wiederverwendbaren Beuteln initiiert werden, um weniger feste Plastikabfälle zu produzieren.

Als erster Schritt zur Verbesserung der Luftqualität sollten die finanziellen Mittel für den Betrieb einer bereits vorhandenen meteorologischen Station sichergestellt werden. Die Station kann dann den Dauerbetrieb aufnehmen, damit eine konstante Überwachung gewährleistet werden kann. Die Luftverschmutzung ist im Winter, wenn Häuser mit Holzöfen geheizt werden, besonders hoch. Durch trockenes Holz und Holzpellets kann der Ausstoß von gesundheitsschädlichen Gasen reduziert werden. In Zusammenarbeit mit der SEREMI sollte eine Informationskampagne mit verschiedenen öffentlichen Aktivitäten durchgeführt werden, um die Bevölkerung über die Möglichkeiten einer Verringerung der Luftverschmutzung im Hinblick auf Heizemissionen aufzuklären.

Eine bessere Energieeffizienz bei Gebäuden ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des gemeinsamen Handlungsprogramms. Dadurch werden die Kosten gesenkt, und die Luftqualität wird verbessert. Mit der Einführung von Energieeffizienz-Maßnahmen sollte bei öffentlichen Gebäuden begonnen werden. Man kann davon ausgehen, dass Hausmeistern bei öffentlichen Gebäuden eine besonders wichtige Rolle für die Verringerung des Energieverbrauchs zukommt. Die drei chilenischen Partner werden daher mit

einer Ausbildung für Hausmeister beginnen, gefolgt von einem Wettbewerb, damit persönliche Anreize geschaffen werden, öffentliche Gebäude energieeffizient zu bewirtschaften. Auf der Grundlage weiterer Exkursionen zu ähnlichen Projekten in Bonn sollen Leitlinien für energieeffizientes Bauen entwickelt werden. Es ist geplant, diese auf öffentliche Gebäude anzuwenden. Zusätzlich sollen sie als Informationsgrundlage für Treffen mit Stadtteilvertretern dienen, die als Multiplikatoren fungieren. Langfristig ist der Bau eines Modelldorfes geplant; das hängt jedoch davon ab, ob ein Investor gefunden werden kann.

Als dritter Bereich zur Reduzierung von CO₂-Emissionen soll die Mobilität in der Stadt in Angriff genommen werden. Beide Städte haben individuell Initiativen zur Verringerung der CO₂-Emissionen ergriffen; beide haben mit dem Aufbau eines Radwegenetzes begonnen, um den nichtmotorisierten Verkehr zu fördern. Diese Netze sollten ausgebaut werden. Insbesondere in Linares stehen die Chancen gut, dass externe Finanzierung für diesen Ausbau gewonnen werden kann.

Wenn man die ländlichen Gebiete der Kommune Linares betrachtet, sollte dem Achibueno Canyon besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Achibueno ist ein Flusseinzugs- und Naherholungsgebiet. Zwischen verschiedenen Gruppen bestehen Interessenskonflikte im Hinblick auf die künftige Nutzung des Gebiets. Ein Runder Tisch, der von der SEREMI und der Universität Talca moderiert wird, kann die beteiligten Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen zusammenbringen. Langfristiges Ziel eines solchen Prozesses ist, einen Landnutzungsplan für das Schluchtgebiet zu entwickeln. Dieser könnte eine von breiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte, ausgewogene Verantwortung für dieses schützenswerte Ökosystem gewährleisten.

4.5. Hagen – Portmore

	Hagen, Deutschland	Portmore, Jamaika
Einwohnerzahl	180.000	182.000
Fläche	160 km ²	131 km ²
Siedlungsdichte	180.000 EW/160 km ² 1.125 EW/km ²	182.000 EW/131 km ² 1.389 EW/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Tropisch-maritimes Klima
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Pflanzen blühen zwei bis vier Wochen früher als in den letzten Jahren, Raps-/Canolafelder beispielsweise blühen dieses Jahr (2014) drei Wochen früher • Zunahme von Starkregenfällen in der Stadt und Überschwemmungen in begrenzten Gebieten • Zunahme von Hitzeperioden in der Region und im ganzen Land; anfällige Menschen sterben in diesen Zeiten früher 	<ul style="list-style-type: none"> • häufigere und stärkere Wirbelstürme (Sturmfluten, Sturmschäden) • Überflutungen im Inland und an der Küste • intensivere, länger andauernde Trockenperioden • Anstieg des Meeresspiegels • Moskitoplage

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Städte Hagen und Portmore sind seit 2012 miteinander verbunden, haben aber bereits eine aktive Freundschaft entwickelt, an der zahlreiche Institutionen und lokale zivilgesellschaftliche Initiativen beteiligt sind. Anfang 2014 sind die beiden Städte aktiv darum bemüht, eine kommunale Klimapartnerschaft zum Klimaschutz, zur Anpassung an den Klimawandel und zum Umweltschutz umzusetzen. Diese wurde auch durch Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung schriftlich fixiert. Diese Zusammenarbeit beinhaltet Aktivitäten im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung, im Energiesektor, bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung, bei der Grünflächenentwicklung, Umweltbildung und -ausbildung. Diese Themen sollen auch in Zusammenhang mit kulturellen und Jugendthemen aufgegriffen werden.

Die Stadt Portmore liegt im Südosten von St. Catherine, in Jamaika, nahe der Hauptstadt Kingston. Aufgrund ihrer geografischen Lage ist die Stadt Portmore vielfältigen

Gefahren ausgesetzt. Dazu zählen Wirbelstürme, Erdbeben, Überschwemmungen von Flüssen, Überflutungen durch das Meer und trockene Hitzeperioden. In jüngster Zeit, 2012, war Portmore stark vom Hurrikan Sandy betroffen, der fast 300 Todesopfer forderte. Dieses Ereignis könnte eine Folge des Klimawandels sein. Da Wirbelstürme besonders häufig sind, steht Portmore aufgrund des gehäuften Auftretens von Naturkatastrophen auch vor ökologischen Herausforderungen, wie beispielsweise der Zerstörung von Mangroven, Korallenriffen und Küstengebieten.

Wie Portmore wurde Hagen 2007 von einer Naturkatastrophe heimgesucht, dem Sturm Kyrill, der mehrere Waldgebiete in den Bergen zerstörte. Angesichts der Verwundbarkeit der Stadt Hagen sind Fragen des Klimaschutzes zu einem Hauptanliegen geworden – daher das Engagement der Stadt bei einer Reihe von Klimaschutzmaßnahmen.

Eine echte Partnerschaft hängt von der Bereitschaft der Öffentlichkeit ab, einen Beitrag zur Klimagerechtigkeit zu leisten und die Menschen darauf vorzubereiten, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen. Beide Städte haben erkannt, dass eine enge Zusammenarbeit erforderlich ist, um sich über bewährte Praktiken und Erfahrungen im Hinblick auf den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel auszutauschen – ein Prozess, in den die Bürger von Portmore und Hagen mit einbezogen werden.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

In dieser Anfangsphase der Partnerschaft haben beide Städte ein konkretes Handlungsprogramm zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel ausgearbeitet. Darin werden Zielvorgaben, Maßnahmen und die benötigten Ressourcen, einschließlich der finanziellen Mittel, benannt. Das Team aus Hagen hat sich mit den ökologischen Bedingungen sowie mit den administrativen und politischen Rahmenbedingungen vor Ort in Portmore vertraut gemacht. Dadurch können in Zusammenarbeit mit den Partnern der lokalen Situation angemessene Lösungen entwickelt werden.



Abbildung 21: Besuch der Delegation aus Portmore anlässlich der Eröffnung der PV-Anlage des Tierheims in Hagen
(Foto: Jens Stubbe)

Zu diesem Zweck haben die Kommunen Portmore und Hagen bereits drei Entsendungen von Fachleuten gemeinsam durchgeführt, die mit verschiedenen Treffen und Besuchen vor Ort verbunden waren. Dadurch wurde es den Vertretern beider Städte ermöglicht, sich ein klares

Bild von der Stadtplanungssituation und den ökologischen Problemen der Städte Portmore und Hagen zu machen. Ein Schlüsselerlebnis war der Hurrikan Sandy im Jahr 2012. Der Wirbelsturm ereignete sich gerade in dem Moment, als die Partnerschaft ins Leben gerufen wurde. Dadurch stellte sich die Frage, ob die Partnerschaft überhaupt auf den Weg gebracht werden konnte. Der Hurrikan führte beinahe dazu, das erste Treffen zu verschieben. Die Auswirkungen des Wirbelsturms boten beiden Kommunen eine Grundlage für den Austausch von Erfahrungen und hilfreichen Informationen über Verwaltungsstrukturen und -prozesse. Ein besonderer Schwerpunkt lag natürlich auf Fragen des Energiemanagements, genauer gesagt, auf der Einführung erneuerbarer Energien und anderer technologischer Innovationen. Das gemeinsame Ziel bestand darin, auf der Basis einer Situationsanalyse ein Maßnahmenbündel zu entwickeln und dieses anschließend als Grundlage für Finanzierungsanträge zu nutzen.

Beim Personal der Städte Portmore und Hagen und auch in der Bevölkerung kann nur ein eingeschränktes Bewusstsein zu Klimaschutz vorausgesetzt werden. Die beiden Stadtverwaltungen und der Vorsitzende des Ausschusses für Klimaschutz von Jamaika verständigten sich daher über ein Verfahren, geeignete Institutionen vor Ort, nationale und regionale Ministerien und staatliche Programme mit einzubinden. Die Partnerschaft ist in ein zivilgesellschaftliches Umfeld eingebettet: in Portmore über Kirchen, Bürgerinitiativen, kreative Künstler etc., in Hagen über die Bürgerenergiegenossenschaft, den Bürger-Solar-Verein, die Berchumer Initiative für Solare Energien (BINSE), das AllerWeltHaus, die Kreishandwerkerschaft, die europäische Schule zum Klimawandel, die Fachhochschule Südwestfalen (University of Applied Sciences), die FernUniversität Hagen etc.. Die wichtigsten Auswirkungen dieser Einbindung konnten bei den gegenseitigen Besuchen im Juli 2013 und im Februar 2014 beobachtet werden. Wir hatten mit der Schulpartnerschaft, dem Betrieb der Photovoltaikanlage und dem Ausbildungsprogramm zum Solarteuer begonnen.

Vor allem der frühere Bürgermeister von Portmore, George Lee, und nach dessen Tod der amtierende Bürgermeister

Leon Thomas haben einen großen Beitrag zur Entwicklung dieser Partnerschaft und zur Stärkung der Ziele geleistet. Mit Unterstützung des Stadtrats von Portmore – nicht nur bei der Einrichtung des ASA-Kommunal-Projekts – konnten wir auch die Bürger von Portmore mit einbeziehen, die so auf das Hauptprojekt und die Teilprojekte aufmerksam wurden.

Große Unterstützung erhielten wir auch von Dr. Conrad Douglas, dem Vorsitzenden des Klimaausschusses von Jamaika, dem deutschen Botschafter in Jamaika, Herrn Josef Beck, und nicht zuletzt von allen Bundesministerien. Für unsere künftige Arbeit und die künftigen Ziele wird auch die Einbeziehung von Frau Phillipa Ricketts-Edmund, der Koordinatorin des Katastrophenschutzes der Stadt Portmore, sehr wichtig sein, ebenso die Beteiligung lokaler Stadtplaner und des Amtes für Katastrophenschutz und Notfallmanagement.

Bei allen Treffen und Terminen, die das deutsche Team in Portmore und in der benachbarten Hauptstadt Kingston wahrnahm – beispielsweise mit verschiedenen Ministerien und bei einigen Besichtigungen vor Ort – bestätigte sich, dass wir unsere Ziele auf die richtigen Themen und Projekte ausgerichtet haben. Auch die Entsendung der Delegation aus Portmore nach Hagen verlief erfolgreich, weil alle Treffen und Besuche zu dem Handlungsprogramm passten, das wir mit unserem gemeinsamen Projekt verfolgen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Durch das Projekt haben die beiden Kommunen eine gemeinsame, langfristige Vereinbarung zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel abgeschlossen. Beide Seiten müssen übergeordnete Ziele und auch spezielle Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel verfolgen. Letztere beinhalten Bewusstseinsbildung und schulische Bildung sowie Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Kompensation. Die zentralen Bereiche für Maßnahmen sind jetzt und in Zukunft: erneuerbare Energien, Schulpartnerschaften, Katastrophenrisikomanagement, private Haushalte und kulturelle Bildung im Hinblick auf Umwelt und Klimawandel. Aufgrund des

vorgesehenen Klimafestivals können perspektivisch auch die Bereiche Verkehr und Transport sowie Wasser- und Abfallwirtschaft Eingang in das Handlungsprogramm finden, da hier vielfältige Synergien existieren.



Abbildung 22: Unterzeichnung der Vereinbarung zur Partnerschaft durch den Beigeordneten der Stadt Hagen und den Bürgermeister von Portmore (Foto:Stadt Hagen, Umweltamt)

Die „Zusammenarbeit zwischen Städten zum Klimawandel – Erfahrungen aus Kommunalen Klimapartnerschaften“ bot gerade zu Beginn ein Beispiel für ein sehr gutes Kooperationsprojekt zwischen der Stadt Hagen in Deutschland und der Stadt Portmore in Jamaika. In der Partnerschaft unserer beiden Städte wurde ein Handlungsplan mit vier zentralen Punkten erarbeitet. Drei der Aufgaben sind bereits teilweise erfüllt und inzwischen Realität geworden.

Der erste Punkt ist eine Partnerschaft zwischen zwei weiterführenden Schulen. Zweitens wurde eine Photovoltaik-Anlage gebaut, in Verbindung mit einer Informationskampagne und einer Ausbildung für Solarteure. Drittens findet ein Austauschprogramm im Rahmen von ASA-Kommunal statt, bei dem drei Experten (eine aus Jamaika und zwei Studenten aus Deutschland) zu Fragen des Klimawandels und Katastrophenmanagements zusammenarbeiten. Und schließlich wird eine breiter angelegte Sensibilisierungskampagne stattfinden. Dafür wird ein „kohlendioxidfreies“ Reggae-Festival in Jamaika organisiert werden.

Zuerst organisierten wir zusammen mit unserer Partnerstadt eine Sensibilisierungskampagne unter Beteiligung von zwei Schulen, der Portmore Community School und

dem Theodor-Heuss-Gymnasium in Hagen, einer von der Europäischen Union für Klima- und Umweltfreundlichkeit zertifizierten Schule. Nach einem Austausch von Lehrmaterialien tauschen die Schüler und Lehrer ihr Wissen virtuell über E-Mail oder Skype aus. Ein physisches Treffen bereiten sie durch einen Antrag beim deutschen entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramm ENSA vor. Eine bilaterale Vereinbarung der Schulen ist in Arbeit.

Punkt 2 des Handlungsplans war die Inbetriebnahme eines 15 Kilowatt-Sonnenkollektors auf der Berufsschule "Heart College of Construction Services" als Schulungs- und Demonstrationsobjekt. Anschließend wurde mit einem Ausbildungsprogramm zur Qualifizierung von Solarteuren in Jamaika begonnen. Ziele des Nationalen Plans für Jamaika sind die Verringerung des CO₂-Ausstoßes und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf der Insel. Beide Städte waren der Überzeugung, dass das Anbringen von Solarmodulen auf der Berufsschule die Nachhaltigkeit des Projekts fördern würde. Auch wird das Land davon profitieren, wenn es mehr ausgebildete Solarteure gibt. Die Photovoltaikanlage ist bereits installiert und produziert Strom für die Schule. Die Berufsschule beginnt gleichzeitig mit einem speziellen Ausbildungsprogramm für spezialisierte Elektriker, die Portmore und Jamaika dabei unterstützen werden, den Übergang bei der Energieversorgung auf den Weg zu bringen – weg von der extrem starken Abhängigkeit vom Öl, hin zu einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien, insbesondere Solarenergie. Durch die Photovoltaikanlage auf der Schule können jährlich bis zu 6.000 US-Dollar eingespart werden, indem Öl durch die Kraft der Sonne ersetzt wird. Dies sollte als gutes Beispiel der Nutzung erneuerbarer Technologie in Verbindung mit Sensibilisierungsprogrammen in Portmore und Hagen vorgestellt werden, damit Experten und die Öffentlichkeit dazu veranlasst werden, nachhaltige Energie stärker zu nutzen. Hagen wird Portmore außerdem dabei unterstützen, eigene Experten und Experten aus dem Ausland in besonderen Bereichen wie solargestützte Bewässerung oder geeignete Energieerzeugung hinzuzuziehen.

Mit Teil 3 des Handlungsplans ist gerade in Form eines Austauschs junger Experten aus Portmore und Hagen begonnen worden. Ab April 2014 werden drei junge Frauen aus beiden Ländern zusammen studieren und lernen, drei Monate in Hagen und anschließend drei Monate in Portmore. Der Hauptschwerpunkt wird auf Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und auf Katastrophenmanagement liegen. Sie werden sich aber auch mit anderen Fragen beschäftigen, die damit in Zusammenhang stehen, wie beispielsweise nachhaltige Stadtplanung und Energieplanung von der Effizienz zur Suffizienz. Neben den bereits existierenden Projekten wird es Aufgabe der Expertinnen sein, auch andere Projekte zu koordinieren, die vom Umweltamt der Stadt Hagen beziehungsweise von der Abteilung Katastrophenschutz und dem Planungsamt der Stadtverwaltung Portmore initiiert werden.

Teil 4 des Handlungsplans befindet sich noch im Antragsstadium: Eine breit angelegte Sensibilisierungskampagne ist geplant, unter Beteiligung von Bürgern, betroffenen Akteuren, Kirchen, NROs, Politikern etc. Beginn der Kampagne sollte ein CO₂-neutrales Reggae-Festival sein. Dabei soll eine CO₂-Kompensation durch Baumpflanzungen in einem neuen „Hagen-Portmore-Klimawandel-Park“ erfolgen. Neben den Pflanzungen wird es in dem Park auch noch andere Elemente geben, die die Erfordernisse des Klimawandels verdeutlichen: beispielsweise solarbetriebene LED-Anschauungsobjekte, mit Windkraft betriebene Bewässerungspumpen und grüne Gebäude. Insgesamt betrachtet ist die Zusammenarbeit ein gutes Beispiel, weil dabei Städte und Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kontinenten zusammengebracht werden, um gemeinsam Verantwortung im Kampf gegen die Bedrohung durch den Klimawandel zu übernehmen. Der von Portmore ausgehende Impuls wird sich hoffentlich in ganz Jamaika und der Karibik ausbreiten, wie es einige Minister der Regierung in ihren Ansprachen anerkennend formulierten, und er wird uns in Deutschland ermutigen, unseren eigenen Weg der „Energiewende“ ebenfalls weiter zu verfolgen.

4.6. Hannover – Belén de los Andaquíes

	Hannover, Deutschland	Belén de los Andaquíes, Kolumbien
Anzahl Einwohner	525.875 (Stand: 31.12.2011)	10.809
Fläche	204,14 km ²	1.191,54 km ²
Siedlungsdichte	ca. 2.565 EW/km ²	ca. 9,08 EW/km ²
Klimazone	gemäßigte Zone	verschiedene Klimazonen, da unterschiedliche Höhenlagen: von tropischem Regenwald in der Amazonasebene über gemäßigt tropisches Klima bis hin zu kalttropischem Klima in den höheren Andenregionen
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • 3 Grad mittlere Temperaturerhöhung bis zum Ende dieses Jahrhunderts • Erhöhung von Wärmebelastung und Hitzestress für die Bevölkerung, mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit und somit auf wirtschaftliche Produktivität • länger andauernde Hitzeperioden • Verschiebung der jährlichen Niederschlagsverteilung • länger anhaltende Trockenphasen mit negativen Auswirkungen für die Stadtwälder, Grünflächen und Gewässer • Austrocknung des Oberbodens, höhere Erosionsgefahr, Probleme durch Staub • Gefahr von Hochwasserereignissen durch höhere Niederschläge im Winter • Zunahme lokaler Starkregenereignisse • erhöhte Verwundbarkeit durch Sturzfluten und Überflutungen mit entsprechender Gefahr für Gebäude und Infrastruktur • Beeinträchtigung der Wasserqualität. • stärkere Schwankungen des Grundwasserspiegels • Zunahme von Sturmstärken und somit Schäden 	<ul style="list-style-type: none"> • 4 Grad mittlere Temperaturerhöhung • Reduzierung der mittleren jährlichen Niederschlagsmenge um 10-30 % • Zunahme von Überschwemmungen • lange Trockenperioden • Verlust von Arten • Verlust von Anbauflächen • Auswirkungen auf Ökosysteme in den höheren Bergregionen • Zunahme von Wasserknappheit • Verwandlung von Amazonas-Gebieten in weite Savannen

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Hannover ist als Stadt der Gärten national und international zu einem Begriff geworden. Pro Einwohner stehen insgesamt rund 107 Quadratmeter öffentlich zugängliche Grünflächen zur Verfügung. Alle Grün- und Freiflächen (einschließlich Landwirtschaftsflächen und Gewässer) machen zusammen ca. 50 Prozent der gesamten Stadtfläche aus. Doch natürlich gibt es auch Umweltbelastungen in Hannover. Diese beziehen sich in erster Linie auf einen hohen CO₂-Ausstoß, verkehrsbedingte Luftschadstoffbelastung, Lärmbelastung und schadstoffbelastete Flächen.

Gemeinsam mit der Region Hannover hat die Stadt einen „Masterplan 100 % für den Klimaschutz“ erarbeitet. Ziel ist eine Reduzierung der Treibhausgase um 95 Prozent und des Energieverbrauchs um 50 Prozent bis zum Jahr 2050 in der Region Hannover.

Belén de los Andaquíes gehört zur Amazonasregion und liegt im Westen des Departments Caquetá, am Übergang der Ostanden zum Amazonasbecken. Die starken Höhenunterschiede (zwischen 200 und 3.000 Meter) bringen große klimatische Unterschiede mit sich. Die Region ist geprägt von einer sehr hohen Artenvielfalt, gleichzeitig aber auch durch die höchste Entwaldungsrate Kolumbiens aufgrund extensiver Viehzucht, illegaler Rodungen, illegalem Bergbau und Anbau illegaler Pflanzen. Die Hälfte der Einwohner von Belén de los Andaquíes leben in ländlichen Gebieten und betreiben dort überwiegend Landwirtschaft oder Viehhaltung. In der Gemeinde herrschen Umweltprobleme durch Brandrodung, Entwaldung, fehlende Mülltrennung, verschmutzte Trinkwasserbrunnen, CO₂-Emissionen durch Mikroindustrie, Einsatz von Glyphosphaten, Viehhaltung in Wohngebieten, fehlende Sanitäreinrichtungen sowie Folgen des Koka-Anbaus vor.

Hannover ist Gründungsmitglied des Klima-Bündnisses europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre. Damit hat sich die Stadt verpflichtet – neben dem lokalen Engagement für den Klimaschutz – auch die indigenen Völker dabei zu unterstützen, die Regenwälder durch nachhaltigen Anbau

und Bewirtschaftung zu erhalten. Darüber hinaus hat sie sich mit einem Ratsbeschluss der Agenda 21 verpflichtet und 2009 die Erklärung des Deutschen Städtetages zu den Millenniumsentwicklungszielen unterzeichnet. Vor diesem Hintergrund hat die damalige Leiterin des Agenda-21-Büros der Stadt Hannover, Silvia Hesse, nach einem Produkt wie Kakao oder Kaffee gesucht, das sowohl dem Klimaschutz dient, den Regenwald erhält, die Biodiversität fördert und die Lebensbedingungen der Indigenen durch faire Handelsbedingungen verbessert. Gleichzeitig sollte auch durch dieses Produkt konkrete Informations- und Bildungsarbeit vor Ort in Hannover geleistet werden, um so auch die Beziehungen und Abhängigkeiten in der Einen Welt zu verdeutlichen.

2010 konnte Frau Hesse auf der 10. Klima-Bündnis-Konferenz in Hannover den Klimaschutzexperten Klaus Hecht als Partner für diese Idee gewinnen. Als ehemaliger CIM-Mitarbeiter in Kolumbien verfügte Herr Hecht über entsprechende Kontakte, die diesen Schritt möglich machten.

2012 reisten beide erstmalig in die Region von Belén de los Andaquíes und besuchten Kleinbauernfamilien und Indigene, die dort durch eine nachhaltige Kakao-Bewirtschaftung in Agroforstsystemen zum Erhalt des Regenwaldes und der Artenvielfalt und somit zum Klimaschutz beitragen wollen. Nach Gesprächen mit Kleinbauern, Indigenen, dem Bürgermeister, einer Medienschule sowie weiteren Einrichtungen waren beide Seiten davon überzeugt, im Rahmen einer langfristigen Partnerschaft dem Klimawandel und seinen Auswirkungen gemeinsam zu begegnen.

Da es ein Projekt ist, das aller Anstrengungen bedarf, wurde eine weitere Stadt/Region für das Projekt gesucht. Der Rhein-Kreis-Neuss konnte als Partner gewonnen werden.

Die Nachbargemeinde Solano ist eine Klimapartnerschaft mit dem Rhein-Kreis-Neuss eingegangen. In enger Kooperation sollen Maßnahmen zum Thema nachhaltige Modelle ökologischen Landbaus und Informations- und Bildungsarbeit in den vier Kommunen durchgeführt werden.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Die Federführung für die Erarbeitung des Handlungsprogramms hat das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Stadt Hannover (Projektleitung seit Oktober 2013 Marion Köther). Im Kernteam sind auch die Waldstation Eilenriede und das Schulbiologiezentrum vertreten. Außerdem ist die Projektwerkstatt Umwelt und Entwicklung e. V. Mitglied des Kernteams, da die ehemalige Leiterin des Agenda 21-Büros und Initiatorin der Klimapartnerschaft Hannover – Belén de los Andaquíes mit Eintritt in den Ruhestand nun auf Seiten des Vereins aktiv in dem Projekt mitarbeitet. Weitere wichtige Akteure sind die Wirtschaftsförderung der Stadt Hannover, die Leibniz Universität Hannover, das Klima-Bündnis, Einzelhändler sowie umwelt- und entwicklungspolitische Vereine.

Auch der Verein *aware&fair* – gerechter Handeln in der Einen Welt unterstützt das Projekt, da die Schokolade auch im EU-Projekt *aware&fair* eingebettet war.

In Belén de los Andaquíes sind der Bürgermeister, der Koordinator für Landwirtschaft sowie eine weitere Vertreterin der Gemeindeverwaltung Mitglied im Kernteam.

Wichtigster Partner ist die Medienschule Escuela Audiovisual Infantil. Darüber hinaus sind indigene Vertreter, die Nationalparkverwaltung, Promotoren sowie eine Schule in das Projekt eingebunden.

Kurz nach der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding im November 2012 fand der Auftaktworkshop in Costa Rica statt. Hier wurden von beiden Partnern bereits erste Handlungsfelder herausgearbeitet. Für Belén de los Andaquíes kristallisierten sich als wichtigste Themen Regenwaldschutz, Verbesserung von Sanitäreinrichtungen, Abfalltrennung, Recycling, Energieversorgung, CO₂-Einsparung und Bildungsarbeit heraus. Das hannoversche Team nannte Verhaltensänderung durch Bildungsarbeit als größtes Handlungsfeld für die Stadt Hannover.



Abbildung 23: Kolumbianische Delegation zu Besuch in Hannover
(Foto: Michael Fackler)

Im Juni 2013 fand die erste Entsendung nach Hannover statt. Da es eine enge Kooperation mit dem Rhein-Kreis-Neuss gibt, wurde ein gemeinsames Programm für eine Delegation aus Belén de los Andaquíes und Solano erarbeitet. Ein Highlight war für alle Beteiligten das „Schokoladenforum“ in Hannover. Hier kamen Experten, Produzenten, Hersteller und Beteiligte aus Kolumbien und Deutschland zusammen und diskutierten, wie konkreter Klimaschutz am Beispiel einer hochwertigen bio- und fair-zertifizierten Schokolade aussehen kann. Großes Interesse bei den indigenen Vertretern weckte der Besuch in der Waldstation Eilenriede. Das beiderseitige Interesse des Austausches und der Vertiefung von Wissen über die Wälder und deren Funktion zum Klimaschutz, zur Biodiversität aber auch als Lebensraum wurde auch beim Gegenbesuch in Kolumbien bekräftigt.

Die zweite Entsendung ging im August 2013 nach Kolumbien. Die Delegation aus Hannover und dem Rhein-Kreis-Neuss besuchte z. B. Bauern vor Ort, besichtigte den Anbau und die Produktion von Kakao sowie die Infrastruktur. Darüber hinaus stellte sie das Projekt beim Außenministerium, der GIZ sowie bei verschiedenen Institutionen und Einrichtungen vor, wo es von allen als sehr innovatives und für die Region wichtiges Projekt begrüßt wurde.

Der zweite Besuch in Kolumbien fand im April 2014 statt. Die Partner stimmten das Handlungsprogramm ab, besuchten Kleinbauern, Indigenen-Reservate und sprachen mit Vertretern verschiedener Ministerien über die geplanten

Aktivitäten. Durch die persönlichen Kontakte konnte die Partnerschaft weiter gefestigt werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Bélen de los Andaquíes, Solano, dem Rhein-Kreis Neuss und Hannover hat sich bei allen Besuchen als sehr effektiv herausgestellt und erhöht wesentlich die Umsetzungschancen der Programme.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Als gemeinsames Ziel streben die Partner an, am Beispiel des Kakaos sichtbar zu machen, wie durch nachhaltigen Anbau in Agroforstsystemen der Regenwald erhalten bleibt, die Biodiversität gefördert wird und gleichzeitig die Situation der Kleinbauern durch fairen Handel verbessert wird; bei vollem Einsatz für den Klimaschutz.

Beim Schokoladenforum in Hannover aber auch beim Besuch in Belén de los Andaquíes hat sich herausgestellt, dass die Kleinbauern Schulungen wünschen, um eine hochwertige Qualität des Kakaos und den Weg zu einem bio- und fair- zertifizierten Produkt sicherzustellen. Außerdem sollen entsprechende Strukturen vor Ort geschaffen werden. Diese Maßnahmen werden federführend vom Rhein-Kreis-Neuss koordiniert und von Hannover begleitet.

Diese Schritte, das Leben der beteiligten Kleinbauern und Indigenen sowie die Auswirkungen des Klimawandels werden durch Filme und Fotos dokumentiert und für die Bildungsarbeit und Bewerbung einer Stadtschokolade in Hannover und Region eingesetzt.

Um einen langfristigen Erfahrungsaustausch der Klimapartnerschaft sicher zu stellen, werden verschiedene Akteure auf verschiedenen Ebenen in Kontakt treten (u. a. Schulen, medienpädagogische Einrichtungen, Einrichtungen der Umweltbildung).

Klima- und Regenwaldschutz sowie die Förderung des fairen Handels sind wichtige Bausteine, um sowohl für die

Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) als auch im Rahmen des Klima-Bündnis konkrete Beiträge zu leisten.

Mit Hilfe der Klimapartnerschaft zeigen wir auf, welche Auswirkungen der Klimawandel jeweils vor Ort hat, beziehen das Wissen der Indigenen ein, stellen die Lebensbedingungen der Kakaobauern und ihrer Familien dar und geben Lösungsansätze, wie z. B. den fairen Handel und nachhaltiges Konsumverhalten.

Die Gemeinde Belén de los Andaquíes strebt eine Abfalltrennung und die Einrichtung einer Recyclingstation an.

Maßnahmen

Eine Ausstellung in der Waldstation Eilenriede wird über die Themen Wald in Hannover, Regenwald, Biodiversität, Klimawandel, Nutzungskonflikte und Handlungsmöglichkeiten informieren. Dabei werden auch die Menschen, die den Regenwald nachhaltig bewirtschaften mit einbezogen. Die Ausstellung wird von den beiden Kernteams aus Hannover und Belén als Wanderausstellung konzipiert, sodass sie auch anderen Einrichtungen zur Verfügung steht. Eine auf Spanisch übersetzte Version wird auch in Belén de los Andaquíes eingesetzt.

Die Medienschule Escuela Audiovisual und die Projektwerkstatt Umwelt und Entwicklung erstellen gemeinsam eine Dialog-Plattform. Beide Einrichtungen stehen im engen Kontakt und laden Film-, Foto- sowie weiteres Material über die Anbaumethoden des Kakaos, Arbeits- und Lebensbedingungen der Kleinbauern, Auswirkungen des Klimawandels, Nutzungskonflikte und laufende Projektfortschritte auf einer Webseite hoch, damit Schulen und andere Interessierte diese Informationen für ihre Bildungsarbeit nutzen können und auch direkt in Kontakt mit den Klimapartnern treten können. Die Plattform dient zugleich den Partnern als Medium, um in einem ständigen Austausch Berichte und Erfahrungen mitzuteilen.

Das Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro erarbeitet im Rahmen seiner schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit in Kooperation mit dem Kernteam Bausteine zu den

Themen Klima- und Regenwaldschutz, Fairer Handel sowie zur Vermittlung der indigenen Kulturen am Beispiel des nachhaltigen Kakaoanbaus. Darunter sind z. B. Ausstellungen, Führungen, Materialien, Workshop- und Mitmachangebote.



Abbildung 24: Kakaoanbau in Belén de los Andaquíes
(Foto: Insa C. Hagemann)

Schülerinnen und Schüler der Leibnizschule bereiten zurzeit einen Austausch mit einer Schule in Belén de los Andaquíes über E-Mail, Skype und die Dialogplattform vor.

Die Schokolade aus Kolumbien ist ein attraktives, schmackhaftes und qualitativ hochwertiges Mittel, um Menschen über die Zusammenhänge von Klimawandel und Konsumverhalten zu informieren und zum Kauf fair gehandelter und nachhaltig angebauter Produkte zu motivieren. Die Schokolade wird innerhalb der Stadtverwaltung und ihrer Eigenbetriebe wie z. B. Kantinen, Herrenhäuser Gärten und Tourist-Info vom Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro und der Wirtschaftsförderung beworben. Bei der Bewerbung außerhalb der Stadtverwaltung, wie z. B. Ökoprot-Betrieben wird die Wirtschaftsförderung vom Verein aware&fair e. V. unterstützt. Aber auch Einzelhändler und Betriebe haben bereits von sich aus Interesse bekundet, die Schokolade und die Botschaft dahinter zu verbreiten.

4.7. Jena – San Marcos

	Jena, Deutschland	San Marcos, Nicaragua
Anzahl Einwohner	106.915	32.000
Fläche	114,48 km ²	118,11 km ²
Siedlungsdichte	933,32 EW/km ²	245,69 EW/km ²
Klimazone	Jena liegt in der warmgemäßigten Klimazone Mitteleuropas. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge beträgt 587 mm pro Jahr, womit Jena zu den trockenen Standorten in Thüringen und Deutschland zählt. Die mittlere jährliche Lufttemperatur liegt bei 9,3 °C, wobei es keinen Monat mit weniger als 0 °C und mehr als 20 °C im Durchschnitt gibt.	In San Marcos gibt es zwei Arten von Klima. Zum einen tropisches Savannenklima (heiß, feucht) in Gebieten mit Hochebenen, die ca. 600 m über dem Meeresspiegel liegen und zum anderen das Klima im Tiefland, welches sich im Westen in Richtung Meer erstreckt. Die durchschnittliche Jahrestemperatur schwankt zwischen 23 und 27 °C, ebenso schwankt die durchschnittliche Regenmenge zwischen 1.200 und 1.400 mm p.a.
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme der Sommertage (Maximaltemperatur beträgt mind. 25 °C) sowie der heißen Tage (Maximaltemperatur beträgt mind. 30 °C) und so erhöhte Zahl von Tagen mit Wärmebelastung und den sich daraus ergebenden negativen Folgen für Mensch und Natur; • Abnahme der Frosttage (Minimaltemperatur liegt unter 0 °C) und Eistage (Maximaltemperatur liegt unter 0 °C); • häufigere und intensivere Wärmeinseleffekte, d. h. innerstädtische versiegelte Flächen sind überhitzungsgefährdet; • Verschlechterung der klimatischen Wasserbilanz (Differenz aus Niederschlag und potenzieller Verdunstung); 	<ul style="list-style-type: none"> • drastischer Rückgang in der Produktion von Grundnahrungsmitteln, was die Ernährungssicherheit der Gemeinde bedroht; • Verlust der Biodiversität; • Degradation der Böden; • größere Temperaturschwankungen; • Rückgang der Waldfläche durch Absenkung des Grundwasserspiegels; • zunehmende Überschwemmungen in den Siedlungsbereichen mit unzureichendem Regenwasserabflusssystem; • drastische Veränderungen des Wasserkreislaufs und dadurch bedingt Risiken in der Versorgung für die Menschen einerseits und das Vieh/Garten/Landwirtschaft andererseits

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt San Marcos befindet sich ca. 40 km von der Hauptstadt Managua entfernt. Die Innenstadt ist in 5 Stadtteile mit 23 Bezirken unterteilt, die ländliche Zone besteht aus 4 Zonen mit insgesamt 23 Gemeinden. 55 Prozent der Bevölkerung leben in der Innenstadt, 45 Prozent leben in der ländlichen Zone. Die seit Januar 2013 amtierende Bürgermeisterin versteht den Klimaschutz als wichtiges Handlungsfeld ihrer Arbeit, da der Klimawandel das Leben der Bürgerinnen und Bürger schon jetzt sehr direkt und spürbar beeinflusst. Die Stadt San Marcos lebt vor allem von der Landwirtschaft, wobei der Kaffeeanbau den wichtigsten Bereich darstellt. Ebenfalls wichtig sind der Anbau von Grundnahrungsmitteln sowie die Viehzucht. Das Klima in der Hochebene wurde bereits durch die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Flächen für den Anbau von Grundnahrungsmitteln, Feldfrüchten, die Pferdezucht sowie das Erschließen von Wohngebieten negativ beeinflusst. Besondere Herausforderungen bestehen hinsichtlich des Wasserkreislaufs, der Wiederaufforstung, der Reduzierung des Holzverbrauchs und der Abfallwirtschaft.

Die Stadt Jena liegt im Land Thüringen, besteht aus 30 Ortsteilen und zeichnet sich vor allem durch ihre vom Saaletal geprägte Topografie aus, die entsprechenden Klimaeinflüssen unterliegt. Jena ist ein Industrie- und Hightech-Standort, der aber außerhalb des urbanen Stadtzentrums über zahlreiche geschützte Grün- und Waldflächen verfügt. Im Rahmen des ExWoSt-Modellprojektes „JenKAS“ (Jenaer Klimaanpassungsstrategie) wurde untersucht, welchen Folgen und Auswirkungen des Klimawandels sich die Stadt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stellen muss. Besonders zu beachten sind nach dieser Studie künftig Fragen der zunehmenden Wärmebelastung und Trockenheit, die Gefahr von Überschwemmungen und die Bodenerosion.

Jena und San Marcos pflegen seit 1998 eine intensive und vielseitige Städtepartnerschaft. Die Zusammenarbeit zwischen dem Jenaer Eine-Welt-Haus e. V. und dem Verein APRODIM ermöglicht kontinuierliche Kontakte zwischen unseren Bürgerinnen und Bürgern, städtischen

Einrichtungen, Kindergärten und Schulen, sodass sich über die Jahre eine besondere Verbundenheit füreinander entwickelt hat. Der Umweltschutz, der nachhaltige Umgang mit Ressourcen sowie Fragen der alternativen Energiegewinnung sind schon seit langer Zeit Themen, die sich auch in verschiedenen Partnerschaftsprojekten, wie z. B. dem Bau einer kommunalen Biogasanlage, widerspiegeln.

Die Idee der „50 Kommunalen Klimapartnerschaften“, in einem Handlungsprogramm für einen längeren Zeitraum eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und zur Klimaanpassung zu entwickeln, sprach uns daher sofort an. Schließlich bietet sich damit eine hervorragende Möglichkeit, aktuell laufende wie auch künftige Projekte noch intensiver und zielgerichteter zu bearbeiten.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Für die Umsetzung des Projektes wurde in Jena eine Lenkungsgruppe gegründet, in der sich Vertreter des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt, des Bereichs des Oberbürgermeisters und des Eine-Welt-Haus-Vereins mit der konkreten Erarbeitung des Handlungsprogramms befassten. Als Steuerungsgruppe wurde der Beirat Lokale Agenda 21 bestimmt, da dort eine Vielzahl der bürgerschaftlichen Akteure aus den Bereichen Klimaschutz und Energie seit Jahren erfolgreich zusammenwirken und so eine fachlich fundierte Begleitung des Prozesses erwartet wurde.

In San Marcos wurde im Januar 2013 nach Vorgaben der Landesregierung ein Dezernat für Klima- und Umweltschutz geschaffen, dass es in dieser Form bisher nicht gab. Des Weiteren wurde durch die Regierung verfügt, dass alle Stadtverwaltungen 5 Prozent ihres Budgets für Aufgaben des Klimaschutzes bereitstellen. Damit wurde die Arbeit der neuen Stadtregierung am Projekt der „50 Kommunalen Klimapartnerschaften“ sehr erleichtert. Zur Erarbeitung des Handlungsprogramms wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, der Vertreter der Stadtverwaltung, des Stadtrates und des Vereins APRODIM angehörten.

Der Prozess der Erarbeitung des Programms begann mit der von der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ initiierten Auftaktkonferenz in Costa Rica im November 2012 und der damit verbundenen, ersten Entsendung Jenaer Experten. Hierbei wurde die Situation vor Ort in San Marcos analysiert, um die Schwerpunkte für die Arbeit in den kommenden 18 Monaten zu eruieren. Relativ schnell wurde deutlich, dass die größten Defizite im Bereich der Müllentsorgung, der Wiederaufforstung, der Revitalisierung des lokalen Wasserhaushaltes, der Art der genutzten Kochherde und der energetischen Versorgung der ländlichen Ortsteile bestehen. Es wurden vier Studien zu den Themenschwerpunkten in Auftrag gegeben, die durch die regionalen Universitäten wissenschaftlich begleitet wurden.

Im Oktober 2013 konnten wir zum ersten Mal Experten aus San Marcos in Jena begrüßen. Neben Fachgesprächen und Workshops zum Handlungsprogramm waren auch zahlreiche Besichtigungen technischer Einrichtungen Teil des Programms. Der gegenseitige persönliche Austausch brachte zahlreiche Impulse für die Arbeit beider Städte. Während San Marcos stärker vom technischen Entwicklungsstand in Jena partizipierte, konnte Jena viele Ideen für die Arbeit im Bereich der Umweltbildung und der Sensibilisierung der Bürger mitnehmen.



Abbildung 25: Akteure der Klimapartnerschaft vor dem Rathaus von San Marcos (Foto: Martin Berger)

Die dritte Entsendung fand im März 2014 statt und führte noch einmal nach San Marcos. Zum einen wurde intensiv an der finalen Fassung des Handlungsprogramms gearbeitet, zum anderen konnten die ersten Ergebnisse aus der

Umsetzung des Projektes zur Nutzung regenerativer Energien und zur Wiederaufforstung in San Marcos begutachtet werden, das seit dem Jahr 2013 im Rahmen der Fazilität „Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Wald- und Biodiversitätserhalt“ vom BMZ gefördert wird.

An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei der SKEW für die Möglichkeiten des gemeinsamen Austauschs mit den anderen beteiligten Nord- und Südkommunen im Rahmen der Netzwerktreffen bedanken. Auch diese Veranstaltungen waren wichtige Bausteine für das Gelingen des Projektes.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das von den Städten Jena und San Marcos entwickelte Handlungsprogramm resultiert nicht nur aus den örtlichen Gegebenheiten, sondern wurde auch von nationalen Regelungen geprägt.

Als Antwort auf den globalen Klimawandel, der auch Nicaragua in weiten Teilen betrifft, hat die nicaraguanische Regierung für 2013 das „Jahr des Wandels“ ausgerufen. In diesem Zusammenhang wurden auf nationaler Ebene Klimaschutzziele definiert, die ihre Wirkung bis in die Kommunen entfalten. Im Aktionsplan für die kommenden 5 Jahre wurden folgende Hauptziele definiert:

- Umwelterziehung auf allen Ebenen
- Umweltschutz und Ressourcenschonung
- Erhalt, Wiederherstellung und Anlage von Wasserreservoirs
- Anpassung an Klimaveränderung und Klimaschutz
- Nachhaltiger Umgang mit der Erde und ihren Rohstoffen

Ebenfalls im Jahr 2013 erfolgte in der Stadt Jena die Diskussion um ein neues Leitbild „Energie und Klimaschutz“ bis zum Jahr 2020. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der weiteren Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Stadt.

Für San Marcos ergab sich damit das Oberziel, die von der Regierung formulierten Vorgaben zu erfüllen, für Jena steht

an erster Stelle die Umsetzung des Leitbildes und die weitere Reduktion der CO₂-Emissionen. Unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten leiteten sich die folgenden Ziele und Handlungsfelder ab:

- Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger,
- Reduzierung des Müllaufkommens und Verbesserung der Müllentsorgung,
- Verminderung der Bodenerosion und Erhöhung des Anteils an Grünflächen durch Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern,
- Wiederherstellung des Wasserkreislaufs durch geeignete Maßnahmen,
- Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien sowie
- Bildung eines Bewusstseins für Umwelt- und Klimaschutz durch Bildungsmaßnahmen.

Da alle genannten Handlungsfelder miteinander im Zusammenhang stehen, kann hier nicht für jedes einzeln erläutert werden, wie es festgelegt worden ist.

Eines der größten Probleme in San Marcos stellt der Verbrauch an Brennholz dar. Pro Familie und Monat wird ein kompletter Baum zum Betrieb der herkömmlichen Kochherde benötigt. Dies hat – durch die Folgen der zunehmenden Abholzung – nicht nur Auswirkungen auf die Umwelt, sondern auch auf die wirtschaftliche Situation der Familien. Die Abholzung der Baumbestände um San Marcos herum hat zwei wesentliche Auswirkungen: zunehmende Bodenerosion und Absinken des Grundwasserspiegels. Beides führt zu immer größeren Problemen bei der landwirtschaftlichen Nutzung und damit auch bei der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. Daher sah sich die Verwaltung gezwungen, das Fällen von Bäumen jeglicher Art unter Strafe zu stellen. Dies wirkt sich zwar positiv auf Klima und Umwelt aus, hat aber andererseits negative Auswirkungen auf die finanzielle Situation vieler Familien, da diese jetzt gezwungen sind, für ihr Brennholz zu zahlen.

Es wurde und wird daher nach Wegen gesucht, um die Herde mit möglichst wenig oder auch gar keinem Holz zu

betreiben. Einen Weg stellen sogenannte verbesserte Herde dar, die nur noch 30 Prozent des bisherigen Brennholzes verbrauchen. Durch das Anbringen von Abzugsrohren reduzieren sie darüber hinaus auch die gesundheitliche Belastung für die Familien. Ein zweiter Weg ist die Nutzung von Herden, die mit Biogas betrieben werden. Dazu gibt es zum einen Systeme, die für die Versorgung eines Haushaltes ausgelegt sind und mit Schweinemist betrieben werden, zum anderen muss die bereits in San Marcos bestehende Biogas-Anlage sukzessive ausgebaut werden. Auf dem Gelände der Biogasanlage befindet sich ebenfalls die städtische Baumschule. Um die Bodenerosion wieder zu reduzieren und den Familien einen wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen, setzt San Marcos auf sogenannte Agroforst-Systeme aus Kaffeesträuchern, Obstgehölzen und Laubbäumen. Auch in Jena ist die Erweiterung der innerstädtischen Grünflächen ein großes Thema. Um diese aber nicht nur grün, sondern auch für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu gestalten, gibt es erste Urban-Gardening-Projekte.



Abbildung 26: Kit zur grundlegenden Stromversorgung mit Solar-energie in San Marcos (Foto: Martin Berger)

Vor allem in den ländlichen Ortsteilen gibt es weder eine Wasser- noch eine Stromversorgung. Zur Verbesserung der Lebenssituation wurde hier bereits mit der Installation von Solarpanelen begonnen, die am Abend für ca. drei Stunden über Energiesparlampen Licht spenden. Zum Schutz der Umwelt kommen ausschließlich erneuerbare Energien zum Einsatz. Die Versorgung mit Wasser stellt ein dringenderes Problem dar, da sich Teile von San Marcos in einer Trockenzone befinden. Das Bohren von Brunnen wird durch den niedrigen Grundwasserspiegel schwierig. Daher ist es auch so wichtig, den Wasserkreislauf mit geeigneten Maßnahmen wieder zu reaktivieren.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die Müllproblematik, insbesondere die Verschmutzung der Natur durch Plastikmüll. Sowohl für die Mülltrennung als auch die -entsorgung und die -verwertung werden wir in den kommenden Jahren gemeinsam geeignete Lösungen finden.

Um den Erfolg der geplanten Maßnahmen sicherzustellen, ist es wichtig, durch geeignete Schulungen, Kampagnen und Unterrichtseinheiten das Bewusstsein der Menschen schon von klein auf für den Schutz der Umwelt und des Klimas zu sensibilisieren. Das gilt für beide Kommunen gleichermaßen, auch wenn die Ausgangssituationen durchaus differenziert sind.

Wir freuen uns, mit dem gemeinsamen Handlungsprogramm einen Rahmen definiert zu haben, der die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit zum Schutz von Klima und Umwelt und damit zum Wohl der Menschen in unseren Städten bildet.

4.8. Köln – Corinto

	Köln, Deutschland	Corinto, Nicaragua
Einwohnerzahl	1.044.555 (Stand: 31.12.2012)	18.138 CENSO INEC 2005
Fläche	405,17 km ² (Stand: 31.12.2012)	70 km ²
Siedlungsdichte	2.578 EW/km ² (Stand: 31.12.2012)	259 EW/km ²
Klimazone	Übergangszone vom gemäßigten Seeklima zum Kontinentalklima	tropisches, trockenes Klima
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Die Auswirkungen für Köln sind dieselben, denen ganz NRW unterliegt: • Zunahme von heißen Tagen und Tropennächten, • Abnahme von Frost- und Eistagen, • Zunahme der Niederschläge mit Verschiebung in die Wintermonate, inklusive erhöhter Hochwassergefahr. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Auswirkungen für Corinto bestehen v. a. im Anstieg des Meeresspiegels, der zu einer erhöhten Erosion der Küsten im westlichen Teil und zu Überschwemmungen im östlichen Teil führt. • Absinken der Wasserspiegel in den Trinkwasserbrunnen als Folge der jährlich ansteigenden Temperaturzyklen • Erhöhung der Temperatur des Meeres, die Probleme für die Subsistenz der kleinen Fischer verursacht, weil die Fische frischeres Wasser in größerer Tiefe suchen • Verringerung der marinen Arten aufgrund der hohen und variablen Temperaturen und dem geringen Waldbedeckungsgrad, was die Entwicklung des Ökosystems Mangrove beeinträchtigt.

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Köln als die bevölkerungsreichste Stadt Nordrhein-Westfalens und viertgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland mit Einwohnern aus über 180 Nationen will seinem Ruf als internationale Stadt, die auch international Verantwortung übernimmt, gerecht werden. Neben wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen weltweit und den persönlichen Verbindungen seiner Einwohnerinnen und Einwohner in viele Länder und Nationen pflegt Köln international 22

Städtepartnerschaften, darunter auch die Partnerschaft zu Corinto/El Realejo. Im Bewusstsein, dass viele globale Probleme, so auch der Klimawandel, ihre Ursachen gerade auch im urbanen Leben haben und unter anderem dort auch Lösungsmöglichkeiten zu suchen sind, bekennt sich Köln zum Klimaschutz und hat ein Klimaschutzkonzept erstellt. Zudem wird der Klimawandel auch das Leben in Köln beeinflussen, daher ist Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ein bedeutsames Thema.

Die Stadt Corinto ist unmittelbar an der Pazifikküste Nicaraguas gelegen und gehört zu den Städten, die im Fall von Tornados, Hurrikans oder Tsunamis extrem gefährdet sind. Jedes Jahr sind ca. 500 Familien von Überschwemmungen bedroht. Aufgrund von starker Meeresströmung und vermehrten sintflutartigen Regenfällen in Folge des Klimawandels ist die Küste Corintos in zunehmender Geschwindigkeit starker Erosion ausgesetzt. So verliert die Stadt zur Zeit jährlich ca. 150.000 Kubikmeter an Land im Küstenbereich. Küstenbewohner verloren in den vergangenen Jahren ihre Häuser und ihr Land mit allen sozialen Folgen. Daher sind die Anpassung an den Klimawandel, der Schutz der Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels und Klimaschutz die vorrangigen Themen in der Kommunalpolitik Corintos. Gemeinsam mit der Nachbarstadt El Realejo, die ebenfalls Teil der Städtepartnerschaft und auch an der Klimapartnerschaft beteiligt ist, soll das Müllproblem gelöst werden. Die Müllhalde von Corinto liegt derzeit zwischen den Mangroven und einem Wohngebiet, was im Falle einer Überschwemmung ein erhöhtes Risiko bedeutet. Zusätzlich zu den Risiken, die mit der globalen Erwärmung einhergehen, sind die Grundwasserleiter gefährdet, aus denen die Städte Corinto und El Realejo ihr Wasser beziehen, weshalb Risikobegrenzungs- und Anpassungspläne zu entwickeln sind.

Da zwischen den Städten seit mehr als 25 Jahren eine vertrauensvolle Partnerschaft und ein intensiver Austausch bestehen, lag es nahe, die Themen Klimawandel und Klimaschutz zum Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit zu machen. Die Klimapartnerschaft unterstützt diesen Prozess ganz wesentlich.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Der Austausch zwischen den Partnerkommunen im Rahmen der Klimapartnerschaft fand wesentlich im Workshop in Costa Rica und während dreier gegenseitiger Besuche statt, aber auch in vielfältigen Mail- und Skypekontakten.

In Costa Rica wurden bereits die wesentlichen Schwerpunktthemen der Klimapartnerschaft benannt: Küstenschutz,

Mangrovenschutz, Behebung von Problemen bei der Trinkwasserversorgung und eine Verbesserung der Müllsituation.

Den Auftakt der gegenseitigen Besuche bildete die Reise von Bürgermeister Absalón Martínez mit seinen technischen Experten Richard Martínez sowie Hector Romero im März 2013 nach Köln (erste Entsendung). Die Delegation lernte verschiedene Institutionen in Köln aus den Bereichen Energie, Abfall, Mobilität, Bürgerbeteiligung, Katastrophenschutz und Hochwasserschutz kennen. Vor allem aber präsentierte die Delegation in einer öffentlichen Veranstaltung und mehreren internen Diskussionsrunden die Situation in Corinto und machte deutlich, wie dringend der Küstenschutz in dieser Küstenstadt ist.



Abbildung 27: Der Kölner Oberbürgermeister Roters informiert sich mit Vertretern des Städtepartnerschaftsvereins vor Ort über die Problematik der Küstenerosion in Corinto (Foto: Stadt Köln)

Ein zweiter wichtiger Besuch war die Reise von Kölns Oberbürgermeister nach Corinto/El Realejo mit Vertretern des Städtepartnerschaftsvereins, der Katholischen Kirche in Köln und der Stadtverwaltung anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft im August 2013. Was die Delegation aus Corinto im März in Präsentationen und Vorträgen dargestellt hatte, lernte der Kölner Oberbürgermeister mit seiner Delegation nun persönlich und direkt kennen. Das Programm, das die Städte Corinto und El Realejo zusammengestellt hatten, bot neben repräsentativen Festakten zum 25-jährigen Jubiläum ausgiebig die Möglichkeit, die Probleme der Küstenerosion, der Zerstörung der Mangrovenwälder, der unzureichenden Trinkwasserversorgung und der Müllkippen in Augenschein

zu nehmen. So waren die Themen der Klimapartnerschaft auch die Themen, die der Kölner Delegation intensiv und eindrücklich nahegebracht wurden. Während dieser Reise wurde bereits ein Projektantrag zum Katastrophenschutz in Corinto gemeinsam erarbeitet und ein weiterer Projektantrag zum Küstenschutz geplant. Gerade auch diese gemeinsame, sehr konkrete Arbeit hat die Partner einander nahegebracht und das Bewusstsein in Köln für die Situation in Corinto/El Realejo sehr geschärft.

Das Handlungsprogramm wurde mit diesem Bewusstsein in Köln entworfen und mit Corinto/El Realejo abgestimmt, sowohl per Mailkontakt als auch durch den Besuch der Klimaschutzbeauftragten der Stadt Köln gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern des Städtepartnerschaftsvereins Köln-Corinto e.V. im April 2014.

Insgesamt war nicht nur das Engagement der jeweiligen Stadtverwaltungen und Amtsträger wesentlich, sondern vor allem der Einsatz des Städtepartnerschaftsvereins Köln-Corinto e. V., dessen Vorstand auch die Koordination der Klimapartnerschaft für die Stadt Köln übernommen hat. Ohne dieses zivilgesellschaftliche Engagement wäre die Klimapartnerschaft nicht zustande gekommen und auch nicht durchführbar gewesen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Die wichtigsten Oberziele und damit Haupthandlungsfelder sind, wie oben schon beschrieben, der Schutz der Küste vor Corinto, der Schutz der Mangroven, die Trinkwasserversorgung und die Verbesserung des Abfallmanagements. Der Küstenschutz wurde von Corinto immer wieder als ganz prioritär und dringend herausgestellt (s. o.). Daher wird er – was den finanziellen und zeitlichen Aufwand in den nächsten vier Jahren angeht – der Hauptschwerpunkt sein. Zum Küstenschutz gehört auch ganz wesentlich der Schutz der Mangroven, deren Abholzung dringend gestoppt werden muss. Ein weiteres wesentliches Handlungsfeld liegt in einer Verbesserung des Abfallmanagements, da das derzeitige Management die Natur schädigt und im Falle einer Überflutung eine zusätzliche massive Gefährdung für die

Bevölkerung darstellt. Die Verbesserung der Wasserversorgung ist für die Entwicklung der Kommune von wesentlicher Bedeutung, was wir bei der Suche nach einer passenden Lösung unbedingt berücksichtigen sollten. Zu diesen vier Schwerpunkten kommen hinzu der Katastrophenschutz für die Bevölkerung und die CO₂-Ausstoß-Reduzierung sowohl in Köln als auch in Corinto.



Abbildung 28: Küstenerosion in Corinto
(Foto: Karl Lichtenberg)

Die wichtigste Maßnahme ist – entsprechend dem wichtigsten Handlungsfeld – die Durchführung des Projektes „Schutzmaßnahmen und Reparatur des Deiches am Küstenstreifen der Hafenstadt Corinto“, das bereits vom BMZ über Engagement Global genehmigt wurde und bis Ende 2017 läuft. Mithilfe von sogenannten Geotuben soll die Erosion der Küste gestoppt und, falls möglich, sogar wieder rückgängig gemacht werden. Diese Maßnahme wurde in Kölns Partnerstadt Tel Aviv schon erfolgreich durchgeführt und es bestehen beste Umsetzungsmöglichkeiten.

Als wichtige Maßnahmen zum Haupthandlungsfeld „Schutz der Mangroven“ sollen alternative Energiequellen für die Bevölkerung von Corinto zugänglich sein (denn das Mangrovenholz wird oft als Brennholz genutzt), um die Nachfrage zu reduzieren. Ebenso sollen Ökoküchen zum Kochen angeschafft werden. Zudem sollen diejenigen, die bisher vom Abholzen und Verkauf des Mangrovenholzes in illegaler Weise leben, andere Einkommensquellen finden können. Da im o. g. Projekt auch die Ausbildung von Küstenschutzpersonal vorgesehen ist, kann hier eine alternative Einkommensquelle angeboten werden. Auch

Öffentlichkeitsarbeit ist hier wesentlich. Die Maßnahmen zum Mangrovenschutz müssen kurz-, mittel- und langfristig verfolgt werden. Sie sind für die Region so wichtig, weil sie vielen Meerestieren Lebensraum bieten und viele Menschen in Corinto von der Fischerei leben.

Zur Verbesserung des Abfallmanagements wollen Corinto und El Realejo zunächst ein neues Gebiet finden, damit die derzeitige Müllhalde, die zwischen Wohngebieten und Mangrovegebieten liegt, stillgelegt werden kann. Es ist dringend nötig, ein Gebiet zu finden, das keine zusätzliche Gefährdung im Falle von Überschwemmungen mit sich bringt. Zudem ist ein Abfallmanagement nötig, das die Umwelt weniger schädigt. Die Mülltrennung soll durch Öffentlichkeitskampagnen verbessert werden. Hier bestehen gute Umsetzungsmöglichkeiten durch das oben beschriebene Küstenschutzprojekt, in dem auch gezielte öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zum Klimaschutz allgemein vorgesehen sind.

Zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung wäre der Bau eines Versorgungsbrunnens und eines Verteilertanks erforderlich. Für die Umsetzung fehlen noch die wirtschaftlichen Mittel.

Ebenfalls Teil der Öffentlichkeitsarbeit sowohl in Corinto als auch in Köln soll es sein, die Bevölkerungen beider Städte dafür zu sensibilisieren, dass der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert werden muss um das Klima nicht weiter über alle Maßen zu gefährden. Der private Verbrauch, der ja einen Großteil des CO₂-Ausstoßes mit verursacht, soll so klimafreundlicher gestaltet werden. Die Öffentlichkeitsarbeit soll durch den Jugendzirkus in Corinto unterstützt werden, damit möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner von Corinto und El Realejo erreicht werden. Auch in Köln könnte der Schülerzirkus involviert werden, in jedem Falle wird es aber öffentliche Veranstaltungen zu dieser Thematik geben. Unterstützt wird diese Arbeit von Studierenden des Programms „International Service Learning“ der Universität zu Köln.

Für den Katastrophenschutz wird zur Zeit ein Projekt durchgeführt zur Erweiterung des Trainingsgeländes des Zirkus Colorintos zu einem Katastrophenschutzzentrum, damit Leib und Leben der Bevölkerung Corintos im Notfall geschützt werden können. Weitere Zentren sind nötig und geplant.

4.9. Köln – Rio de Janeiro

	Köln, Deutschland	Rio de Janeiro, Brasilien
Einwohnerzahl	1.044.555 (Stand: 31.12.2012)	6.320.446 (Stand 01.08.2010)
Fläche	405,17 km ² (Stand: 31.12.2012)	1.182 km ² (Stand 01.08.2010)
Siedlungsdichte	2.578 EW/km ² (Stand: 31.12.2012)	5.347 EW/km ² (Stand 01.08.2010)
Klimazone	Übergangszone vom gemäßigten Seeklima zum Kontinentalklima	Subtropische Klimazone
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Die Auswirkungen für Köln sind dieselben, denen ganz NRW unterliegt: • Zunahme von heißen Tagen und Tropennächten, • Abnahme von Frost- und Eistagen, • Zunahme der Niederschläge mit Verschiebung in die Wintermonate, inklusive erhöhter Hochwassergefahr. 	<ul style="list-style-type: none"> • Wirbelstürme und außergewöhnliche Trockenperioden im Süden und im Südosten des Landes • Gefährdung der Küstenregionen aufgrund des ansteigenden Meeresspiegels

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Köln mit ihren vielfältigen internationalen Beziehungen und ihrem Engagement für den Klimaschutz wurde bereits im vorangegangenen Unterkapitel (4.8) vorgestellt.

Nachdem die Stadt Rio de Janeiro ihre CO₂-Emissionen ermittelt hat, steht fest, dass Rio de Janeiro im Jahr 2005 11.351,7 Kilotonnen CO₂ ausgestoßen hat, wobei die Sektoren Transport/Verkehr, Abfall und Industrie zusammen 65 Prozent ihrer CO₂-Emissionen ausmachen.

Rios Ausgangslage ist aufgrund der wachsenden Einwohnerzahlen, fast 12 Millionen Menschen, die umliegenden Bereiche mit eingerechnet, nicht einfach. Auch dadurch hat sich das Abfallproblem deutlich verstärkt. Zudem war Rio geprägt von einer schrumpfenden Wirtschaft, einer Gesundheitskrise, geringem Lohn und geringem Einkommen je Haushalt, Verfall der Ausbildungsqualität, hoher Kriminalität, schlechter urbaner Infrastruktur und Umweltverschmutzung sowie zu langsamem, ineffektivem und zu teurem öffentlichen Verkehr. Gleichzeitig verhinderten eine

ineffektive kommunale Struktur und ein undurchsichtiger Verwaltungsapparat die Behebung dieser Probleme.

Nachdem die Stadt im Rahmen der Verwaltungsstruktur eine effektivere Arbeitsweise und Umstrukturierung eingeführt hat, wurde im Rahmen ihres Handlungsplanes insbesondere auch ein Umweltprogramm entwickelt, in dem unter anderem der Sektor Abfall deutlich reguliert werden soll.

Konkret strebt die Stadt eine Reduzierung der zu deponierenden Abfallmengen durch geeignete Recyclingmaßnahmen an.

Da innerhalb der letzten drei Jahre zwischen den Städten eine vertrauensvolle Partnerschaft und ein intensiver Austausch entstanden ist, lag es nahe, die Themen Klimawandel und Klimaschutz zum Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit zu machen. Die Klimapartnerschaft unterstützt diesen Prozess ganz wesentlich.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Der Austausch zwischen den Partnerkommunen im Rahmen der Klimapartnerschaft fand wesentlich während gegenseitiger Besuche statt, aber auch in vielfältigen Mailkontakten.

Nach einem Anfangsbesuch im Jahr 2012, bei dem ein erster Eindruck von der Situation in Rio de Janeiro gewonnen werden konnte und die Wünsche und Planungen der Stadt für eine Weiterentwicklung des Recyclings und der Abfallwirtschaft aufgenommen wurden, folgte ein reger schriftlicher Austausch.



Abbildung 29: Besuch der Delegationen aus Rio de Janeiro und Corinto in Köln (Foto: Benjamin Lange)

Auch 2013 besuchten die Delegationen der beiden Partnerstädte, zunächst mit dem Schwerpunkt der Abfallentsorgung, sowohl die derzeitigen Abfalldeponien in Rio de Janeiro, welche von unterschiedlicher Qualität sind, als auch die Abfallbetriebe in Köln.

Beim Besuch der Altdeponie der Stadt Rio de Janeiro wurde einmal mehr deutlich, dass die Deponietechnik auch dem aktuellen technischen Stand entspricht, weshalb Unterstützung hier nicht erforderlich ist. Wie weit das Recycling möglich ist, hängt, wirtschaftlich gesehen, davon ab, wie teuer die Deponieentgelte und die Transportaufwendungen sind. Steigen diese Kosten, könnte schon hier die Recyclingquote erhöht werden. Im Rahmen des Maßnahmenplans „Green Rio 2014“ für abfallwirtschaftliche und andere Projekte, der vom Öko-Institut Darmstadt mit der Konrad Adenauer

Stiftung erarbeitet wurde, ist, mangels Finanzierungsmöglichkeiten, wenig umgesetzt.

Nach dem Besuch der COMLURB, dem Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Rio de Janeiro, die mit den Aufgaben der Abfallbeseitigung und der Stadtreinigung beauftragt ist, erfolgte hier ein umfangreicher und förderlicher Gedankenaustausch.

Anhand der von Kölner Seite vorgetragenen Informationen über die Abfallwirtschaft in Köln wurde intensiv die Verschiedenheit der Systeme, auch der unterschiedlichen Gebührensysteme, der Notwendigkeiten, Recyclingziele und finanziell umsetzbaren Maßnahmen in Rio de Janeiro diskutiert. Hieraus ergab sich spontan ein Besuch einer brasilianischen Delegation in Köln bereits im August/ September 2013, um in Köln und Umgebung die unterschiedlichsten Anlagen zur Abfallbehandlung und -sortierung in Augenschein zu nehmen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Schwerpunktmäßig wollen Rio de Janeiro und Köln im Bereich des Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel und der Nachhaltigkeit eng zusammenarbeiten.

Die wichtigsten Oberziele und damit Haupthandlungsfelder sind folgende: ein Problembewusstsein bei den Einwohnern der Partnerstädte bezüglich des Klimawandels zu schaffen, die Verbesserung des Katastrophenmanagements in Rio de Janeiro umzusetzen und die Steigerung der Ressourceneffizienz zu fördern. Diese Hauptschwerpunkte sollen durch Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, des Know-how-Austausches, durch Verbesserung der Abfallentsorgung und durch den Einsatz neuer grüner Technologien erreicht werden.

Der Bereich Abfallwirtschaft ist in der Stadt Rio de Janeiro mit einem Anteil von ca. 21 Prozent [Stand: 2005] der zweitgrößte Emissionsverursacher. Die Stadt Rio de Janeiro hat sich, ebenso wie die Stadt Köln zum Ziel gesetzt, den Klimaschutz deutlich zu verbessern. Mittel bis langfristiges

Ziel der Stadt Rio de Janeiro ist es, die Recyclingquote mittelfristig von momentan ca. 1 Prozent auf 25 Prozent zu steigern. Gegenwärtig werden nahezu die gesamten erfassten Siedlungsabfälle deponiert.



Abbildung 30: Kampagne zur Abfallvermeidung in Rio de Janeiro
(Foto: Norbert Evermann)

In der Stadt Rio de Janeiro erfolgt bereits eine separate Erfassung und Sammlung von recycelbaren Abfällen. Da dies auf freiwilliger Basis erfolgt, ist die Recyclingmenge insgesamt noch gering, dafür aber die Qualität sehr hoch. Für die Sortierung dieses Abfallstoffstroms wird die COMLURB in naher Zukunft sechs neue Sortieranlagen errichten, wobei bereits zwei Anlagen kürzlich in Betrieb gegangen sind.

Einen wichtigen Beitrag leistet auf diesem Gebiet das gemeinsam beschlossene Kompostierungsprojekt mit finanzieller Förderung durch das BMZ. Hier soll unter realen Bedingungen im großtechnischen Maßstab gezeigt werden, wie die Menge an abzulagerndem Siedlungsabfall durch Separation und aeroben Abbau von organischer Masse deutlich reduziert und zu einem vermarktungsfähigen Kompost werden kann. Durch das Recycling wird der ansonsten abzulagernde Siedlungsabfall in seiner Masse

reduziert und dabei gleichzeitig die Bildung und Ausgasung von klimaschädlichen Treibhausgasen auf der Deponie nachhaltig vermindert.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die geplante Ausrichtung der UrbanTech in Rio de Janeiro 2015, auf der die Klimapartnerschaft und SmartCity Cologne vorgestellt werden sollen.

Bereits stattgefunden hat 2013 ein Austausch zum Thema ship to grid (Stromversorgung von Schiffen von Land während Liegezeiten), der in die gemeinsame Maßnahme der SmartCity Kooperation fällt.

Langfristig angelegt ist zudem die Maßnahme, regenerative Energien sowohl in Köln, als auch in Rio de Janeiro vermehrt einzusetzen, um so dem Ziel einer Nutzung „grüner Technologien“ bei der Energieversorgung zu entsprechen. Diese Maßnahme soll anhand des Indikators „Zunahme an regenerativer Energie“ nachgehalten werden.

Um das Oberziel der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu erfüllen, soll die CO₂-Bilanzierung als strategisches Instrument in der Stadtverwaltung genutzt werden. Hier steht die Stadt Köln in Kooperation mit der Universität zu Köln.

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit sowohl in Rio de Janeiro als auch in Köln soll es sein, die Bevölkerungen beider Städte dafür zu sensibilisieren, dass der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert werden muss, um das Klima nicht weiter über alle Maßen zu gefährden. Der private Verbrauch, der ja einen Großteil des CO₂-Ausstoßes mit verursacht, soll so klimafreundlicher gestaltet werden. Auch geht es darum, auf einen Zusammenhang von Konsumgewohnheiten, CO₂-Ausstoß und Klimawandel aufmerksam zu machen.

Als Mitverantwortliche bei der Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit werden vor allem die Städtepartnerschaftsvereine und die Universität zu Köln mit eingebunden. Es haben bereits Veranstaltungen stattgefunden. Das Bewusstsein für die Bedeutung der CO₂-Reduzierung hat, wie Stichproben zeigen, bereits zugenommen.

4.10. Lahr – Alajuela

	Lahr, Deutschland	Alajuela, Costa Rica (Stadt und Kanton)
Einwohnerzahl	rund 43.500	rund 43.000 rund 254.500 (Kanton)
Fläche	70 km ²	8,88 km ² 388,43 km ² (Kanton)
Siedlungsdichte	621 Einwohner/km ²	4.842 Einwohner/km ² 655 Einwohner/km ² (Kanton)
Klimazone	gemäßigte Zone	Subtropen (Bergklima)
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur um 1,5 °C • Zunahme von heißen Tagen und Tropennächten • Abnahme von Frost- und Eistagen • Zunahme von Starkregenereignissen • Veränderung der Vegetationszeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur um 0,6 °C • Verschiebung der Regen- und Trockenzeiten • Zunahme von unregelmäßigen Starkregenereignissen • Zunahme von ungewöhnlichen Trockenzeiten • Bedrohung der Biodiversität

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Ob in Lahr, am Rande des Schwarzwaldes in Baden-Württemberg, oder in Alajuela, im Zentraltal in Costa Rica, die Auswirkungen des Klimawandels sind messbar und für den Menschen vor Ort erlebbar. Und einige der Folgen sind ähnlich: Verschiebung der Temperatur- und Vegetationsgrenzen, Einschränkungen der biologischen Vielfalt, Bodenerosion durch Starkregenereignisse. Der Schutz des Klimas und die notwendige Anpassung an den Klimawandel müssen daher als wichtige kommunale Zukunftsaufgaben beachtet werden.

Schon vor rund 25 Jahren hat Lahr mit dem Beitritt zum Klimabündnis die ersten Schritte zu einer Energiewende unternommen. Nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ verfolgt Lahr seitdem Ziele zum Schutze des Klimas und zur nachhaltigen Sicherung der Lebensqualität. 2012 wurde für das Gebiet der Stadt Lahr ein neues, zeitgemäßes integriertes Klimaschutzkonzept unter intensiver

Bürgerbeteiligung erarbeitet. Mit dem vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen energie- und klimapolitischen Leitbild und dem Zehn-Jahre-Aktionsplan hat sich Lahr das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Pro-Kopf-Emissionen schon bis 2022 zu halbieren.

Da die Auswirkungen des Klimawandels global sind, schaut die Stadt auch über die Gemarkungsgrenzen hinaus und informiert ihre Partnerstädte Dole in Frankreich, Belleville in Kanada und Alajuela in Costa Rica, über Pläne, Projekte und Aktionen und ermuntert diese auch zu eigenen Handlungen. Vor allem die Städtepartnerschaft mit Alajuela hat dadurch einen zusätzlichen Impuls erhalten.

Alajuela berücksichtigt das nationale Klimaziel der Klimaneutralität bis 2021 in seiner lokalen Agenda in Übereinstimmung mit dem kantonalen Entwicklungsplan von 2012 zur Verringerung der Umwelt- und Klimabelastung und zum nachhaltigen Schutz von Klima und Umwelt. Dazu

dienen auch die Programme zur Verbesserung der Abwasserreinigung und der Gewässerqualität, zum Schutz des Trinkwassers, zur sicheren Ableitung des Niederschlagswassers und zum integrierten Abfallmanagement (PMGIRS).

Von ersten kulturellen Kontakten um 2001 führte der intensive freundschaftliche Austausch schon 2004 zur Gründung des Freundeskreis Alajuela – Lahr e. V. und 2006 zu einer offiziellen Städtepartnerschaft. Trotz einer Entfernung von 9.338 km werden die städtepartnerschaftlichen Kontakte seither mit vielfältigen Aktivitäten in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Wirtschaft und Umwelt lebendig gehalten. Insbesondere die engagierten Mitglieder des Freundeskreises haben dazu beigetragen, die erste Städtepartnerschaft zwischen Costa Rica und Deutschland zu einer lebendigen und in der Bevölkerung verwurzelten Freundschaft zu entwickeln.

Die schon bestehenden Überlegungen zu verstärkten Aktivitäten im Umwelt- und Klimabereich in Lahr und Alajuela konnten durch das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ verwirklicht werden. Eine Teilnahme wurde von beiden Stadtverwaltungen sowie vom Freundeskreis befürwortet und von den Gemeinderäten einstimmig beschlossen. Bei dem Besuch einer Delegation aus Alajuela im Oktober 2012 unterzeichneten beide Bürgermeister das Memorandum of Understanding mit den Zielen und Kernpunkten der Klimapartnerschaft auf Augenhöhe. Zum Beitritt erklärten die Bürgermeister beider Kommunen: „Die wichtigen Zukunftsthemen Umwelt- und Klimaschutz sowie Klimaanpassung betreffen Lahr und Alajuela, darum möchten wir zum gegenseitigen Nutzen unser Wissen und unsere Erfahrungen austauschen.“

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Um eine beständige Zusammenarbeit beider Kommunen zu gewährleisten, wurde eine feste Arbeitsstruktur festgelegt. In Lahr beteiligen sich am Projekt vor allem die Stabsstelle Umwelt unter Einbindung des städtischen Energieteams und des Bereiches Städtepartnerschaft des Hauptamtes und der Freundeskreis Alajuela – Lahr e. V. In Alajuela steuern

das Projekt das Umweltamt und das Planungsamt unter Beteiligung der Interessenvereinigung Alajuela 2015 und des Freundeskreises ASOCHA.



Abbildung 31: Treffen der Städtepartner auf dem Auftaktworkshop in La Fortuna, Costa Rica, begleitet durch den Deutschen Botschafter in Costa Rica, Dr. Ernst Martens (Foto: Stadt Lahr)

Sehr wichtig für den Erarbeitungsprozess waren die gegenseitigen Expertenentsendungen in die jeweils andere Kommune. Zwischen den Beteiligten konnte schnell eine fachliche und freundschaftliche Ebene gefunden werden. Bei den umfangreichen Besichtigungsprogrammen konnten von den Fachleuten die Problem- und Zukunftsthemen vor Ort vorgestellt und erörtert werden. Außerdem wurden die Entsendungen genutzt, um Verwaltung und Politik über den aktuellen Stand der Klimapartnerschaft zu informieren und Impulse zu setzen. In den Zeiten zwischen den Entsendungen erfolgte der Austausch zu klimabezogenen Informationen, Konzepten, Projekten und Aktivitäten über elektronische Medien. Bei der nächsten Entsendung konnten dann durch weitere Exkursionen und Besprechungen die Schwerpunktthemen eingegrenzt und vertieft werden. Von Entsendung zu Entsendung konnten die Handlungsfelder immer genauer definiert werden. Im direkten Austausch konnten Probleme, mögliche Lösungswege und auch Alternativen ausführlich betrachtet und diskutiert werden. Dies führte bei der letzten Entsendung über intensive gemeinsame Diskussionen zum Entwurf des Handlungsprogramms. In nächsten Schritt wurde das Handlungsprogramm von beiden Kommunen geprüft, angepasst und in den entsprechenden Gremien präsentiert.

Die Klimapartnerschaft hat zu einem intensiven Kontakt und einem fachlichen Austausch der Verwaltungen und wichtigen lokaler Akteure geführt. Außerdem kam es zu einer wertvollen Vernetzung der Experten und Aktiven in der Region, was zu neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit führen soll. Ein wichtige Hilfe und Stütze – vor allem bei der Vernetzung – war dabei der sehr aktive und engagierte Freundeskreis Alajuela – Lahr e. V. Und ohne die großzügige Projektförderung und die fachliche Unterstützung durch die SKEW wären die Aktivitäten nicht so weit vorangeschritten.

Alajuela und Lahr haben schon jetzt durch die thematische Zusammenarbeit von den Kenntnissen und Erfahrungen des Partners gelernt und Nutzen daraus gezogen. Das Bewusstsein für die Ziele, Aufgaben und Maßnahmen des Projektes konnte bei den Vertretern der Stadtverwaltung und den politischen Akteuren verbessert werden. Die gemeinsame Erarbeitung der Handlungsprogramme, die konkrete gegenseitige Projektentwicklung und -unterstützung sowie das Anstoßen nachhaltiger und selbsttragender Entwicklungen sind erste Schritte, die zu einer langfristigen Weiterentwicklung der Klimapartnerschaft führen sollen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Die Bundesregierung hat in ihrem Energiekonzept beschlossen, die Treibhausgasemissionen bundesweit bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Die Regierung von Costa Rica hat sich sogar das Ziel gesetzt, bis 2021 treibhausgasneutral zu werden. Diese übergeordneten Ziele müssen insbesondere auf kommunaler Ebene durch die Realisierung von Maßnahmen und Projekten umgesetzt werden. Durch ihre Vorbildfunktion sind die Kommunen zugleich ein wichtiger Multiplikator für Klimaschutzmaßnahmen im privaten und gewerblichen Bereich.

Mit dem gemeinsamen Handlungsprogramm möchten Lahr und Alajuela ihre Aktivitäten und Ziele zum Schutze des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel weiter vorantreiben und umsetzen und damit ihren Beitrag zu

einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik und zum Wohle der Bevölkerung leisten.

Für das wirkungsorientierte Handlungsprogramm wurden vier Oberziele mit mehreren Unterzielen festgelegt:

- Verbesserung des Schutzes der Wasserressourcen
- Verbesserung der Abfallsammlung und -verwertung
- Verbesserung der Lebensqualität des städtischen Raumes
- Verbesserung der Informationen zu Klimaschutz, Klimawandel und Klimaanpassung

Derzeit ist nur ein geringer Teil der Bevölkerung in Alajuela an das Abwassersystem angeschlossen und die Kläranlagen erreichen keine hohe Reinigungsleistung, was zur Verschmutzung der Flüsse und des Bodens führt. Das Ziel ist eine sichere Ableitung der Abwässer und eine hochwertige Abwasserreinigung zum Schutze der Umwelt. Zukünftig sollen eine erheblich größere Einwohneranzahl an das erweiterte Abwassernetz angeschlossen, die bestehenden Kläranlagen reaktiviert und optimiert sowie zusätzliche Kläranlagen errichtet werden.

Die zunehmenden Starkregenereignisse überlasten die bestehende Kanalisation in Alajuela. Das Ziel ist eine sichere Ableitung des Regenwassers zum Schutz der Bevölkerung, der Infrastruktur und der Umwelt. Mit Hilfe von hydrologischen Analysen sollen Risikogebiete und Lösungen für die Ableitung des anfallenden Wassers ermittelt werden. Aufbauend auf den Ergebnissen soll die Kanalisation durch Umbau und Ausbauten in ihrer Leistungsfähigkeit erweitert werden.

Das Trinkwasser von Alajuela kommt aus wenigen Quellen in einer derzeit unzureichend geschützten Umgebung. Das Ziel ist der Schutz der Trinkwasserressourcen als wichtigem Lebensmittel vor Verschmutzungen und Beeinträchtigungen. Dazu sollen zuerst die Quelleinzugsgebiete erfasst werden, um sie anschließend umfassend zu schützen und auch wieder aufzuforsten. Die Aufforstungsmaßnahme könnte die Stadt Lahr zur teilweisen Treibhausgaskompensation der geplanten umwelt- und klimafreundlichen

Landesgartenschau 2018 in Lahr nutzen. Ergänzend soll die Bevölkerung in Alajuela für den Schutz des Grund- und Trinkwassers sensibilisiert werden.



Abbildung 32: Erläuterung der mechanisch-biologischen Behandlung des Resthausmülls aus Lahr in Ringsheim (Foto: Stadt Lahr)

An einer geregelten Abfallentsorgung beteiligen sich momentan nicht alle Haushalte in Alajuela. Das Ziel ist eine umfassende Sammlung und Verwertung der Abfälle. Mit Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen soll die Bevölkerung zu einer richtigen Abfallentsorgung gelenkt werden. Darüber hinaus soll ein Methode zur zukünftigen Abfallverwertung gefunden werden, aus der ein entsprechendes Konzept für die Zukunft entwickelt wird.

Die Stadt Alajuela ist durch den Anstieg des motorisierten Verkehrs stark belastet. Ziel ist es, den Individualverkehr mit seinen Emissionen zu verringern. Dazu sollen die Verkehrsströme neu geregelt und reduziert werden. Durch die Schaffung von Parkanlagen, Spielplätzen und Fußgängerzonen soll die Aufenthaltsqualität erhöht werden.

In Lahr und Alajuela ist das Wissen über den Klimawandel und die Klimaanpassung teilweise noch nicht vorhanden. Ziel ist es, die Bevölkerung vom Wissen zum Handeln zu bringen. Zum einem sollen die Auswirkungen des Klimawandels und die notwendigen Maßnahmen zur Klimaanpassung von den Stadtverwaltungen untersucht werden. Zum anderen soll die Bevölkerung über Informationsmaterialien und Kampagnen in den Medien informiert und zu eigenen Handeln angeregt werden. Zusätzlich wird auch an die Einführung eines regelmäßigen gemeinsamen

Kurzfilm-Wettbewerbs in Deutschland und Costa Rica zu Themen des Umwelt- und Klimaschutzes gedacht.

Die Umsetzung der kurz- bis langfristigen Ziele und Maßnahmen des gemeinsamen Handlungsprogramms ist abhängig von der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen. Insbesondere bei den finanziellen Mitteln wird eine Unterstützung durch Förderprogramme notwendig sein. Erste Förderanträge wurden daher schon jetzt von der Stadt Lahr gestellt.

Daneben sind aber auch das Fachwissen und die Erfahrungen wichtig für eine erfolgreiche Planung und Umsetzung der Maßnahmen. Die Stadt Lahr wird daher den Austausch mit den Fachleuten in Alajuela fortsetzen, damit im direkten Kontakt und Dialog Wissen und Expertise ausgetauscht werden.

4.11. Nürnberg – San Carlos

	Nürnberg, Deutschland	San Carlos, Nicaragua
Einwohnerzahl	495.121	54.944, davon ca. 80 % in 85 ländlichen Siedlungen
Fläche	186,46 km ²	1.444 km ²
Siedlungsdichte	2.655 Einwohner/km ²	38 Einwohner/km ²
Klimazone	gemäßigtes mitteleuropäisches Klima	Feuchttropen
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Anzahl von extremen Hitzetagen • Erwärmung im allgemeinen • Zunahme von Trockenperioden und Starkregen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unberechenbare Trocken- und Regenzeiten; • Zunahme von extremen Wetterverhältnissen (Trockenperioden und Starkregen), • Zunahme der Überschwemmungen

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Nürnberg und San Carlos unterzeichneten bereits im November 1985 den ersten offiziellen deutsch-nicaraguanschen Städtepartnerschaftsvertrag. Im Laufe der Jahrzehnte reisten viele Bürgerinnen und Bürger in die andere Stadt. Der seit 1985 jährlich stattfindende Jugendaustausch trägt zur Kompetenzbildung unter jungen Menschen sowie ständigen Weiterentwicklung der Kontakte bei. Heute besteht ein großes Netzwerk von Kontakten: Neben der Stadtverwaltung von San Carlos, dem Hauptansprechpartner des Amtes für Internationale Beziehungen der Stadt Nürnberg, pflegt man ebenso den Kontakt etwa zur Universität Paulo Freire, zur staatlichen Trink- und Abwasserbehörde ENACAL, der katholischen Pfarrei in der Siedlung Los Chiles, zur Nichtregierungsorganisation Stiftung San Lucas, zu den Elternbeiräten in der Region Los Guatuzos u.v.a.m. Mit den Partnern, mal langjährig, mal punktuell und rein projektbezogen, werden Projekte nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch begleitet, sei es fachlich, durch Unterstützung von Freiwilligen aus Nürnberg oder durch Öffentlichkeitsarbeit. Es wurden viele Infrastrukturprojekte, wie Trinkwasserversorgung, Bau einer strategisch wichtigen Straße, Wiederaufbau des Marktgebäudes nach einer Brandkatastrophe oder der Bau einer Kläranlage gefördert, immer mit der Überlegung, dass diese Projekte allen

Menschen einen Ansatz zur besseren Gesundheitsvorsorge und zum besseren Generieren von Einkommen dienen sollen. Die ebenso geleistete regelmäßige Förderung von Bildungsarbeit und Gewaltprävention stellt die Menschen und ihre Selbstbestimmung in den Mittelpunkt.

Die Projektförderungen werden in Nürnberg für Öffentlichkeitsarbeit genutzt, wobei hier weniger die Unterstützung, als vielmehr die (entwicklungs-)politischen Zusammenhänge und Anknüpfungspunkte an Prozessen und/oder Projekten in Nürnberg in den Vordergrund gestellt werden.

Aufgrund der hervorragenden Ausgangslage und der jahrzehntelangen Kontakte war es naheliegend, sich zur Teilnahme beim Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ zu bewerben und den Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung stärker in den Fokus zu nehmen. Nicaragua steht an vierter Stelle, was Vulnerabilität beim Klimawandel betrifft. In Nicaragua betragen die jährlichen CO₂-Emissionen 2,9 Tonnen pro Kopf, in Deutschland hingegen 11,3 Tonnen, was verdeutlicht, dass in den nördlichen Ländern viel unternommen werden muss, um den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß bis 2050 auf 2 Tonnen zu reduzieren. Nürnberg und San Carlos waren in den vergangenen Jahren bereits verschiedentlich im ökologischen

Bereich gemeinsam aktiv. Insofern waren die Stadt und die Bevölkerung in San Carlos sehr offen für eine verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und nahmen den diesbezüglichen Vorschlag Nürnbergs gerne an. Und Nürnberg stellt sich der Herausforderung ebenso gerne.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

In beiden Städten waren anfangs die Vermittlung der Zielsetzung des Projekts sowie des zu erwartenden Gewinns der Zusammenarbeit durchaus eine Herausforderung. Zwar war die Bereitschaft der Zusammenarbeit bald vertraglich signalisiert, jedoch zeigte sich, dass die Erläuterung des Projektansatzes, seines Ablaufs und der Chancen für künftige Klimaprojekte einen größeren zeitlichen und inhaltlichen Einsatz als erwartet erforderlich machen. Der schriftliche Austausch in den ersten Monaten der Klimapartnerschaft war definitiv nicht ausreichend, um eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit zu legen. Hier wäre ein gesonder-tes Treffen unter den späteren Vertragspartnern noch vor Unterzeichnung des Vertrags im Hinblick auf die Kooperation wohl vorteilhaft gewesen.



Abbildung 33: Waldbesuch während der Entsendung aus San Carlos nach Nürnberg (Foto: Karin Gleixner)

In der ersten Entsendung von Experten nach San Carlos Ende November 2012 wurde mit Nachdruck daran gearbeitet. Bei der nächsten Entsendung im September 2013 – eine dreiköpfige Delegation aus San Carlos besuchte Nürnberg – konnte in einer vollen Arbeitswoche nochmals an den Grundlagen, aber auch schon an den künftigen

Schwerpunkten der Klimapartnerschaft zielgerichtet gearbeitet werden.

Für Nürnberg sehr erfreulich ist hier das Engagement einer kompetenten Steuerungsgruppe in Nürnberg zu bewerten. Das Amt für Internationale Beziehungen hatte diese ab den ersten Schritten hin zu einer Klimapartnerschaft aufgebaut. In ihr sind Vertreter vom Amt für Internationale Beziehungen, dem Hochbauamt, Abteilung Kommunales Energiemanagement, dem Umweltreferat, der Technischen Hochschule Georg Simon Ohm, dem Bund Naturschutz, dem Städtepartnerschaftsverein Nürnberg – San Carlos, dem Nürnberger Energiewendebündnis, den Ingenieuren ohne Grenzen, Regionalgruppe Nürnberg, sowie engagierte Einzelpersonen. Die Steuerungsgruppe kann gut die unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Klimapartnerschaft abdecken.

In San Carlos sind bislang in erster Linie städtische Vertreter in die Klimapartnerschaft einbezogen. Beim Expertenbesuch einer Nürnberger Delegation im Februar 2014 wurden jedoch auch Dritte, sprich ein Berufsausbildungszentrum oder die katholische Kirche, eingebunden, bei denen einzelne Projekte gut angedockt werden können.

Man kann definitiv bestätigen, dass durch die Klimapartnerschaft ganz neue Menschen zur Städtepartnerschaft mit San Carlos gestoßen sind, so, wie auch ehemals Aktive wieder einen Anknüpfungspunkt fanden. Das Engagement vieler Akteure ist enorm, was dem Thema zu schulden ist. Der Bürgermeister von San Carlos unterstrich, dass man mit Nürnberg nun an konkreten Fachthemen zusammenarbeiten könne, was für ihn mehr bedeute, als klassische Austauschreisen zu unternehmen.

Wichtigste Momente bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms waren die Delegationsbesuche, bei denen man die Themen quasi mit der Hand greifen konnte, und zwar in beiden Städten. Aber auch der Moment, in dem das Handlungsprogramm ausgefüllt vorliegt, hat durchaus Höhepunktcharakter.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Auf der Grundlage, dass San Carlos erste Öko-Stadt in Nicaragua werden will und Nürnberg im Jahr 2013 den Klimaschutzfahrplan bis 2050 zur Reduzierung der CO₂-Emissionen verabschiedet hat, wurden fünf Schwerpunkte formuliert:

1. Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, 2. Waldschutz und Wiederaufforstung, 3. Energieeffizienz, 4. Ausbau erneuerbarer Energien und 5. Bildungsarbeit.

Der Kakaoanbau bietet eine hervorragende Chance zur nachhaltigen Landwirtschaft mit gleichzeitiger Aufforstung, da die jungen Kakaopflanzen Schatten benötigen. Es wurde daher die Unterstützung eines Projekts zum verstärkten Anbau von Kakao mit entsprechender fachlicher Beratung durch die Stadt Nürnberg vereinbart. Nachdem in San Carlos das Thema Wiederaufforstung einen besonders hohen Stellenwert hat - derzeit arbeitet man an einem staatlich geförderten Programm zur Wiederaufforstung mit einer Million Bäumen – wollen die beiden Städte weiter hieran arbeiten. Bereits der Jugendaustausch im August 2014 soll erster Anlass sein, damit Nürnberger und sancarlenische Jugendliche in zwei Wohnvierteln Begrünnungsaktionen starten. Nürnberg ist von mehreren Seiten von Wald umgeben, was in San Carlos oft auf Erstaunen stößt, so wie auch das innige Verhältnis der Deutschen zum Wald. Mit vielen Gästen aus San Carlos besuchen die Nürnberger gerne ihren Wald. Der Bund Naturschutz arbeitet an einem Kinderbüchlein in spanischer Sprache, das den Kindern, Erziehern bzw. Lehrern und Eltern in San Carlos Bäume und Wälder vertraut machen könnte. Denn für viele, so meint der Umweltreferent von San Carlos, ist der Wald räumlich schon zu weit weg oder sein Wert ist den Menschen zu wenig bewusst. Zum anderen wird der Bund Naturschutz bei seinem Reichswaldfest 2014 die Schätze von Flora und Fauna Nicaraguas vorstellen und somit einigen tausend Bürgerinnen und Bürgern Nürnbergs die Gelegenheit zum Kennenlernen geben. Nur was man kennt, schützt man auch. Mit verstärkter Bildungsarbeit in Nürnberg auf verschiedenen Ebenen, vom Kindergarten bis

hin zur Hochschule und im Erwachsenenbereich, sollen die fragilen Ökosysteme Nicaraguas vorgestellt und gleichzeitig verknüpft werden mit dem Aufzeigen eines nachhaltigeren, solidarischen Lebensstils in Europa. Noch in der Phase einer Vision ist ein Nürnberg-Wald: Gelingt es den beiden Städten, einen Plan zur weitergehenden Wiederaufforstung von Grund, der meist in privater Hand ist, zu entwickeln und umzusetzen oder aber Privatgrund zum selben Zweck zu kaufen, dann könnte mit Instrumenten wie etwa Kompensationszahlungen bei Flugreisen von städtischen Mitarbeitern und Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern nach und nach ein kleiner Nürnberg-Wald entstehen.

Sehr viel konkreter ist die Bearbeitung des Handlungsfeldes Energieeffizienz. Die große Mehrheit in San Carlos kocht mit Brennholz, welches immer schwerer zu finden ist und/oder teurer wird. Das Kochen mit brennstoffsparenden Öfen schont nicht nur die Ressourcen, was oberste Priorität in San Carlos genießt, sondern schont auch die Gesundheit. Erkrankungen der Atemwege stehen auf der Liste der Krankheiten ganz oben, und betroffen sind vor allem Frauen und Kinder. Laut Tageszeitung El Nuevo Diario entspricht ein Tag in einer klassischen Küche mit traditionellem Herd dem Ausgesetztsein von 500 Zigarillos. Geplant ist die Erarbeitung einer Studie zur Erfassung der Problematik des Kochens und zur Machbarkeit des Baus von Öko-Öfen durch zwei Studenten aus beiden Städten, die über das ASA-Programm Arbeitsaufenthalte in der Partnerstadt ermöglicht bekommen können. Resultieren könnte daraus, dass entweder an einer Berufsfachschule eine Ausbildung zum Bau von Öko-Öfen angeboten wird oder aber regionale Handwerker entsprechend geschult werden, um vorerst an den wichtigsten Schulen ressourcenschonende Herde zu bauen. Mit diesem Pilotprojekt kann anschließend Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden, um die Privathaushalte nach und nach von den Vorteilen zu überzeugen. Ziel ist die komplette Konversion der traditionellen Herde.

Groß ist in San Carlos der Wunsch nach ausgebildeten Solartechnikern. Hier sind bereits Verhandlungen im Gange, um eine Ausbildung am Berufsausbildungszentrum zu etablieren. Erneuerbare Energien wurden lange nur als

Insellösungen betrachtet, da Erdöl in Nicaragua (noch) billig ist. Allerdings veränderte sich die Einstellung in den letzten Jahren und das Energieministerium geht von einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien aus. In den Regierungsplänen fehlt bisher leider die Photovoltaik – und auch auf lokaler Ebene ist sie noch sehr unterentwickelt.



Abbildung 34: Transport von Solarpanelen für Schulen in ländlichen Gebieten von San Carlos (Foto: Wolfgang Müller)

Für entlegene Schulen sind Photovoltaik-Anlagen die praktikabelste Lösung, und die Ingenieure ohne Grenzen wollen ihre bisherige Arbeit fortsetzen und weiteren Schulen in San Carlos eine solare Stromversorgung ermöglichen. Auch wäre die Installation einer großen PV-Anlage etwa auf dem Rathaus eine zukunftsweisende Handlung mit Vorbildcharakter für die ganze Stadt und wird somit diskutiert. Ziel ist der Ausbau von Solarenergie und die Existenz von 20 bis 30 ausgebildeten Solartechnikern.

Bei der so wichtigen Bildungsarbeit stehen u. a. Schulpartnerschaften, ein universitäres Fundraising-Programm in Nürnberg, San-Carlos-Aktionen im Kinderhaus Nürnberg, spezifische Radiosendungen in San Carlos und eine Ausstellung im Internationalen Haus Nürnberg auf dem Programm.

4.12. Rhein-Kreis Neuss – Solano

	Rhein-Kreis Neuss, Deutschland	Solano, Kolumbien
Einwohnerzahl	445.238	ca. 12.500
Fläche	576,43 km ²	41.563 km ²
Siedlungsdichte	772 EW/km ²	ca. 0,3 EW/km ²
Klimazone	Gemäßigte Zone	Äquatorialklima/ tropisches Wechselklima
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • mittlere Temperaturerhöhung • länger andauernde Hitzeperioden und Trockenphasen • Zunahme von Starkregen- und Hochwasserereignissen 	<ul style="list-style-type: none"> • Temperaturerhöhung • Erosion + Versteppung • Waldbrände • Zunahme von Starkregen- und Hochwasserereignissen

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Der Rhein-Kreis Neuss mit einer Größe von rd. 576 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von etwa 445.000 Einwohnern, die sich auf 8 Städte und Gemeinden verteilen, ist ein starker Wirtschafts- und Industriestandort im westlichen Teil von Nordrhein-Westfalen. Der Rhein-Kreis Neuss sichert aufgrund der Verstromung der rheinischen Braunkohle einen großen Teil der nordrhein-westfälischen und bundesdeutschen Stromversorgung. Als einer der größten CO₂-emittierenden Standorte Europas ergibt sich für den Rhein-Kreis Neuss daher eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz.

Die Partnergemeinde des Rhein-Kreises Neuss, die Gemeinde Solano, liegt im kolumbianischen Wassereinzugsgebiet des Amazonas, in der Provinz Caquetá. Auf einer Fläche von der Größe Dänemarks (rd. 41.000 Quadratkilometer) leben nur rund 12.500 Menschen, vorwiegend indigenen Ursprungs, wie z. B. die Uitoto und die Coreguaje. Die indigenen Gemeinschaften leben in sogenannten Resguardos, von denen es auf dem Gebiet der Gemeinde Solano mehr als 20 gibt. Der größte Anteil der Bevölkerung von Solano lebt im sogenannten Casco Urbano, im Hauptort am Rio Caquetá.

Das Gebiet der Gemeinde Solano weist eine biologische Vielfalt von globaler Bedeutung aber auch geologische Besonderheiten (Tafelberge) auf. Andererseits ist die Gemeinde äußerst peripher gelegen und weder an das öffentliche Straßen- noch an das Stromnetz angeschlossen. Entwaldung, unangepasste Landnutzung und auch der Drogenanbau sind nach wie vor zentrale Probleme und Herausforderungen in Solano.

Ursprünglicher Partner auf deutscher Seite für die Gemeinde Solano war die Stadt Oldenburg, die jedoch Anfang 2013 aus dem Projekt ausgestiegen ist. Als ein neuer deutscher Partner für Solano gesucht wurde, erklärte die Verwaltungsspitze des Rhein-Kreises Neuss sofort die Bereitschaft, die Klimapartnerschaft einzugehen. Neben der genannten besonderen Verantwortung für den Klimaschutz war die rund 20-jährige Erfahrung mit Projekten in Zusammenarbeit mit der Republik Kolumbien in verschiedenen Themenfeldern, wie z. B. der Wirtschaftsförderung, dem Sport und der Kultur, ein weiterer ausschlaggebender Punkt.

Die Klimapartnerschaft zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und der Gemeinde Solano kooperiert mit der Klimapartnerschaft

der Nachbargemeinde von Solano, Belén de los Andaquies, mit der Stadt Hannover. Hier ergeben sich zahlreiche Überschneidungspunkte und Kooperationsfelder.

Wir sind uns der zunehmenden Verantwortung der kommunalen Ebene und der gestiegenen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas bewusst. Als Klimapartner wollen wir mit unserem gemeinsamen Handeln zum Erreichen der globalen Klimaschutzziele, zum Schutz des Regenwaldes, zum Erhalt der Biodiversität, zu einer nachhaltigen Landnutzung und zum Erhalt der indigenen Kultur beitragen.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Wie bereits oben dargelegt, begann die Klimapartnerschaft aufgrund des „Quereinstiegs“ des Rhein-Kreises Neuss mit zeitlicher Verzögerung. Ein erster Meilenstein in der Klimapartnerschaft war die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding mit der Gemeinde Solano und mit der Engagement Global gGmbH/Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Im Zuge der bisherigen Kooperation in der Klimapartnerschaft ist es gelungen, sowohl in Solano als auch im Rhein-Kreis Neuss entsprechende Arbeitsstrukturen zu etablieren. Es haben sich Kernteams gebildet (Federführung im Rhein-Kreis Neuss: Planungsamt; Gemeinde Solano: Bürgermeister), aber auch Steuerungsgruppen, die mit Akteuren aus den jeweiligen Verwaltungen sowie externen Akteuren, z. B. aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, besetzt sind.

Auch ist es gelungen, entsprechende Kommunikationsstrukturen über die zur Verfügung stehenden Kommunikationsmedien zu etablieren.

Von entscheidender Bedeutung für die Erarbeitung des Handlungsprogrammes waren die drei durchgeführten Entsendungen. Im Juni 2013 besuchte eine kolumbianische Delegation unter der Leitung von Bürgermeister Eliseo Murillo Criollo den Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Hannover. Hier wurden sozusagen die ersten thematischen Pflöcke für die Zusammenarbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft

eingeschlagen. Darüber hinaus war das persönliche Kennenlernen der Akteure auf der jeweils anderen Seite von enormer Bedeutung. Hier konnte erstes Vertrauen aufgebaut werden.



Abbildung 35: Stv. Landrat Jürgen Steinmetz, Häuptling Timoleón Bautista Valencia und Bürgermeister Eliseo Murillo Criollo bei der Übergabe der ersten PV-Anlage (Foto: Ralf Waselowski)

Dieses Vertrauen wurde beim Gegenbesuch der deutschen Delegation unter Führung des Allgemeinen Vertreters des Landrates, Herrn Jürgen Steinmetz, im August 2013 in Solano und Belén de los Andaquies vertieft und gefestigt. Die ersten beiden Entsendungen dienten im Rahmen themenbezogener Besichtigungen und verschiedener Abstimmungstermine dazu, die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für eine Klimapartnerschaft auf der jeweils anderen Seite kennenzulernen. Darüber hinaus wurden aber schon die kommenden Handlungsfelder für die Klimapartnerschaft (Kakao, erneuerbare Energien, Wiederaufforstung und Abfallwirtschaft) festgelegt. Weiterhin wurde das Capacity Development durch die Schulungen an Solaranlagen bereits begonnen.

Wichtige Zeichen gegenüber der Bevölkerung in Solano waren die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung und die Inbetriebnahme der ersten Compact Energy Box im August 2013.

Die dritte Entsendung einer kolumbianischen Delegation in den Rhein-Kreis Neuss diente der abschließenden Verständigung und Abstimmung über das Handlungsprogramm. Durch die Beiträge des indigenen Vertreters, Häuptling

Oliver Gasca Valencia, konnten auch vermehrt Belange der Indigenen in das Handlungsprogramm einfließen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Im Rahmen der Erarbeitung des Handlungsprogrammes wurden folgende Oberziele für die Klimapartnerschaft vereinbart:

1. Entwicklung und Umsetzung einer geeigneten Strategie zum Aufbau einer Wertschöpfungskette für Kakao, zertifiziert nach Bio- und Fairhandelsrichtlinien (in Kooperation mit Hannover und Belén de los Andaquies).
2. Schrittweise Verbesserung der Stromversorgung in Solano und Senkung der Schadstoffemissionen mittels Anlagen der erneuerbaren Energien, Schwerpunkt batteriegestützte Photovoltaikanlagen ohne Netzanschluss.
3. Verbreitung von Wissen zu den Themen Klimaschutz, Regenwaldschutz und Kakaoanbau in Deutschland und Kolumbien (Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung) durch die Entwicklung effektiver Instrumente der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.
4. Liefern von Beiträgen zur Bewusstseinsbildung für den Schutz des Regenwaldes, der Gewässer und der Artenvielfalt und für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft durch Vermittlung von Grundlagenwissen und Wissenstransfer nach Solano.
5. Unterstützung der traditionellen Kultur der Indigenen

Als wichtigste Maßnahmen im Rahmen der Klimapartnerschaft werden erachtet:

- Die Installation von rund 200 Hektar Agroforstsystemen für den nachhaltigen Anbau hochwertiger endemischer Kakaosorten und der Aufbau von zwei genossenschaftlichen Kleinbauernorganisationen mit rd. 150 Familien (eine in Solano und eine in Belén de los Andaquies)

- Bio- und Fairtrade-Zertifizierung des kolumbianischen Kakaos
- Aufbau einer Wertschöpfungskette zur Weitervermarktung des zertifizierten Kakaos als hochwertige Edelschokolade in Deutschland
- Substitution klimaschädlicher Dieselgeneratoren durch die Installation von Compact Energy Boxen an zentralen Stellen in Solano sowie durch die Installation von Pico-Solar-Systemen bei Kleinbauern und Indigenen
- Wissenstransfer nach Solano in den Bereichen umweltverträgliche Abfallwirtschaft und Renaturierung/Wiederaufforstung
- Entwicklung und Installierung eines „Werkzeugkastens“ für eine effektive Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zur Bewusstseinsbildung und zur Dokumentation der Projektfortschritte in Deutschland und Kolumbien
- Capacity Development bzw. Vermittlung von Fachwissen in all den vorgenannten Bereichen zur Etablierung nachhaltiger Strukturen
- Unterstützung der Indigenen bei der Gründung einer Dachorganisation, um zur Wahrung ihrer Interessen mit einer Stimme sprechen zu können

Die Etablierung einer Wertschöpfungskette für vor Ort in Kolumbien angebauten und bio- und Fairtrade-zertifizierten Kakao wurde als zentrales Element der Klimapartnerschaft erachtet, da vor Ort in Solano aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit zur Erschließung neuer Einkommensquellen für die kleinbäuerliche und indigene Bevölkerung besteht. Die Etablierung einer derartigen Wertschöpfungskette verbessert nicht nur die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, sondern trägt auch zum Erhalt des Regenwaldes und der Biodiversität bei. Die Verbesserung der nur rudimentär vorhandenen Stromversorgung in den einzelnen Haushalten, aber auch in den Gemeinschaftsbereichen in Solano ist ein wichtiger Schritt zur Ergänzung der vorgenannten Zielsetzungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung in Solano. Gleiches gilt auch für den Bildungs- und Informationsaspekt. Die Vermittlung von Information und Wissen ist sowohl für die kolumbianische Seite als auch für die deutsche Seite ein wichtiger Schritt zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung im Hinblick

auf die global bedeutsamen Themen Klimaschutz, Schutz der Biodiversität und des Regenwaldes sowie zum Erhalt der indigenen Kultur.



Abbildung 36: Kakaoanbau in Solano (Foto: Klaus Hecht)

Der Aspekt des Capacity Development spielt in alle formulierten Oberziele hinein. Gesamtziel der Klimapartnerschaft ist es, über die Projektlaufzeit hinaus nachhaltige und dauerhafte Strukturen zu etablieren. Die Schulung von Fachkräften vor Ort spielt dabei eine zentrale Rolle. Das Vermitteln und Weitergeben von Wissen kann somit als übergreifendes „Dach“ für die Klimapartnerschaft angesehen werden.

Durch den Erhalt einer Förderung aus der BMZ-Klimafazilität besteht die grundsätzliche Möglichkeit, zahlreiche der vorgesehenen Maßnahmen vor Ort zügig umzusetzen und so Zeichen zu setzen. Die Klimapartnerschaft und das Fazilitätsprojekt weisen große Überschneidungen auf und gehen sozusagen Hand in Hand.

Über allem schwebt das generelle Ziel, eine dauerhafte und nachhaltige Partnerschaft zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und der Gemeinde Solano zu etablieren.

4.13. Rhein-Sieg-Kreis – Prefeitura Municipal de Santarém

	Rhein-Sieg-Kreis, Deutschland	Prefeitura Municipal de Santarém, Brasilien
Einwohnerzahl	ca. 600.000 Einwohner	ca.295.000 Einwohner
Fläche	1.153 km ² (19 Gemeinden)	17.500 km ²
Siedlungsdichte	520 EW/km ²	17 EW/km ²
Klimazone	gemäßigte Zone	feuchte Tropen
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme von Starkregenereignissen • Anstieg der Durchschnittstemperatur im Jahr mit negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der Bewohner der Region 	<ul style="list-style-type: none"> • Große Teile des Gemeindegebietes liegen in einer Überschwemmungsebene („Várzea“). Stärkere Schwankungen des Wasserspiegels des Amazonas können dieses Gebiet und die Stadt selber negativ beeinflussen, wie z. B. durch Zunahme von Extremwetterereignissen wie starken Überschwemmungen und längeren Trockenzeiten

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Der Rhein-Sieg-Kreis (RSK) hat bereits langjährige Erfahrung mit kommunalen Partnerschaften, insbesondere einer engen Partnerschaft mit dem Kreis Bunzlau (Polen) sowie mit Battambang und Siem Reap (Kambodscha). Der RSK ist schon länger im Bereich Klimaschutz aktiv. Im Jahr 2011 kam es bereits zu einem Kreistagsbeschluss zum Ausbau des Klimaschutzes in der Region, der einen kommunalen Beitrag zur Erreichung der Milleniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen leistet.

Der RSK arbeitet erfolgreich mit regionalen Institutionen zusammen, die darauf abzielen, soziale Strukturen zu fördern und für mehr Klimaschutz zu sensibilisieren. Aktuell wird ein von der EU gefördertes dreijähriges Bildungsprojekt „2 Grad mehr – na und? Klimaschutz auf lokaler Ebene als Bestandteil der Armutsbekämpfung“ durchgeführt, in dem der RSK als Vertragspartner der EU von der gemeinnützigen Organisation, dem Lateinamerika-Zentrum e. V. (LAZ)

in Bonn, tatkräftig unterstützt wird. Das LAZ wiederum unterstützt seit über 50 Jahren Projekte lateinamerikanischer Partnerorganisationen, u. a. auch in Santarém. Die Projekte berücksichtigen inzwischen verstärkt den Umwelt- und Klimaschutz. Das bereits vorhandene Netzwerk wird nun durch die kommunale Klimapartnerschaft für mehr Klimaschutz vertieft bzw. ausgebaut.

Santarém liegt am Amazonas und ist ein wichtiger Binnenhafen und zunehmend wichtiger Exporthafen für Holz und vor allem für Soja. Infrastruktureinrichtungen wie Hafen, Flughafen und Straßenzugänge auf dem Landwege sind vorhanden, bedürfen jedoch eines Ausbaus.

Durch den Ausbau einer Verbindungsstraße vom Süden Brasiliens aus durch das Amazonasgebiet werden ein massives Bevölkerungswachstum und eine starke Verkehr- und Transportzunahme in Santarém erwartet. Fast 80 Prozent des Bruttosozialproduktes der Region wird durch Unternehmen

aus der Agrarwirtschaft erwirtschaftet. Exportschwerpunkt der Region ist mit einem Anteil von rund 88 Prozent Europa.

Des Weiteren ist die Region geprägt von ungerechter Landverteilung und zunehmender Entwaldung. Die Stadtverwaltung und die lokalen Organisationen bemühen sich, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Entwicklungsdefizite bestehen vor allem im Sozialbereich, in der wirtschaftlichen Entwicklung, im Umwelt- und Klimaschutz, in der Mobilität und in der Infrastruktur im urbanen Zentrum.

Zielsetzungen der Klimapartnerschaft sind: die Stärkung des Bewusstseins in beiden Regionen für Ursachen und Folgen des Klimawandels, um so für den Klimaschutz zu motivieren; den Erfahrungsaustausch und die Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel zu fördern; den Transfer von Technologien und den Aufbau von Beziehungen sowie die Vernetzung von alten und neuen Akteuren des Klimaschutzes (Kommunen, Medien, Universitäten, Vereine, Wissenschaft, Forschung und die Zivilgesellschaft) voranzutreiben.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Die Entwicklung des Handlungsprogramms im Rahmen des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ erfolgte auf Seiten des Rhein-Sieg-Kreises unter der Federführung des Amtes für technischen Umweltschutz. Folgende Fachgremien wurden zunächst einbezogen: das Umweltdezernat, das Dezernat für Schule und Jugend, das Referat für Wirtschaftsförderung, das Dezernat für Planung und Bauen, die Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG) und die Geschäftsführung des Wahnbachtalsperrenverbands. Auf Seiten der Partnerkommune wurden im Wesentlichen das Umweltdezernat, das Dezernat für Infrastruktur sowie aufseiten der Zivilgesellschaft IARA und PSA Saude e Alegria in die Kooperation einbezogen.

Wichtige Momente im Prozess zur Erarbeitung des Handlungsprogramms waren die persönlichen Kontakte und Fachkräftebegegnungen im Rahmen von Delegationsreisen in die jeweilige Partnerkommune. Im Einzelnen wurden

die Delegationen vorgestellt und Klimaschutzaktivitäten in beiden Regionen analysiert und miteinander verglichen. Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Santarém hatten dabei Gelegenheit, intensive Gespräche zu führen wie auch technische Anlagen zu besichtigen.



Abbildung 37: Arbeitssitzung der Partner in Santarém
(Foto: Stadt Santarém, Umweltdezernat)

Auf Wunsch des Bürgermeisters von Santarém besuchte die brasilianische Delegation im Sommer 2013 sowohl eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage als auch eine Kompostierungsanlage. Später erfolgte ein intensiver Gedankenaustausch über mögliche Kooperationsfelder.

Im Rahmen des Besuchs eines Vertreters des LAZ im Oktober 2013 in Santarém wurden Optionen für das Handlungsprogramm diskutiert. Besichtigungen der Problemzone „Várzea“ und Gespräche mit dem Bürgermeister und allen involvierten Dezernaten der Stadtverwaltung lieferten die dazu erforderliche Grundlage.

Im Dezember 2013 besuchten Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises die Partnerkommune, um ein Bild insbesondere über die Themenbereiche kommunale Abfallwirtschaft, Klimaschutz- und -anpassung sowie über die Trinkwasserversorgung in den ländlichen Gebieten zu gewinnen. Mit diesem Ziel besichtigten die Umweltfachkräfte des Kreises sowohl die kommunale Abfallsammlung, die kommunalen Abfalldeponien, Trinkwassergewinnungsprojekte in der Umgebung der Stadt, Sojaanbauflächen (um die Überwachungsmechanismen gegen illegale Rodungen kennenzulernen) sowie die im Bau befindliche neue Abwasserbehandlungsanlage der

Stadt Santarém. Zudem ergaben sich intensive Gespräche über die Organisation einer effektiven Umweltüberwachung sowie die Möglichkeit, erste Lösungsansätze für Organisation und Aufbau einer umweltgerechten und finanzierbaren Abfallentsorgung. Diese soll schrittweise einschließlich Planung, Bau und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen unter dem Dach eines gemeinsamen Fachbeirats, der sich aus Fachleuten aus Santarém und dem Rhein-Sieg-Kreis zusammensetzt, umgesetzt werden und kurzfristig anlaufen.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Klimaschutz ist eine Aufgabe, der sich alle stellen müssen. Auch Gemeinden und deren Verwaltungsstrukturen stehen durch den fortschreitenden globalen Klimawandel weltweit vor neuen Herausforderungen. Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, da seine Emissionen in erheblicher Form zum Klimawandel beitragen.

Der Rhein-Sieg-Kreis war daher im Jahre 2012 bereit, die Voraussetzungen für eine kommunale Klimapartnerschaft zu prüfen und hat ein entsprechendes Memorandum of Understanding mit der Stadt Santarém abgeschlossen. Haupthandlungsfelder der Kooperation sind die nachhaltige Ausrichtung der kommunalen Abfallwirtschaft im Rahmen eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes für Santarém und die Sicherung von sauberem Trinkwasser. Dabei spielt die Förderung einkommenschaffender Maßnahmen eine wichtige Rolle im Handlungsprogramm. Umweltexperten und Vertreter der Zivilgesellschaft aus beiden Regionen hatten dabei Gelegenheit, ihre Vorstellungen über den Inhalt des Handlungskonzeptes vorzutragen.

Im Fokus des internationalen klimapolitischen Engagements des Rhein-Sieg-Kreises steht der Klimaschutz z. B. durch Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Bewusstseinsbildung für die weltweiten Konsequenzen der Klimaveränderung.

Der Fokus der Stadt Santarém liegt verstärkt auf der Erstellung bzw. der Vervollständigung des vorhandenen Abfallkonzeptes und der daraus resultierenden umzusetzenden

Maßnahmen als Teil eines umfassenderen kommunalen Klimaschutzplans. Daneben wird prioritär die Sicherung einer quantitativ und qualitativ ausreichenden Trinkwasserversorgung sowie der Einsatz erneuerbarer Energien in den ländlichen Regionen verfolgt.

Im Stadtgebiet von Santarém findet derzeit eine einfache Abfallsammlung statt. Hierbei werden alle in den Haushalten anfallenden Abfälle von den Einwohnern der Stadt in Plastiktüten am Straßenrand zur Abfuhr bereitgestellt. Zur Abholung der Abfälle kommen wöchentlich sowohl LKW mit Pressplattenaufbau, als auch Traktoren mit Anhänger oder Pferdefuhrwerke zum Einsatz. Eine Abfalltrennung findet derzeit durch die Müllsammler („catadores“) auf den Deponien statt. Diese sortieren PET-Flaschen, Altglas und Metall aus und verkaufen diese Wertstoffe an Zwischenhändler.



Abbildung 38: Müllsammler in Santarém
(Foto: Stadt Santarém, Umweltdezernat)

Derzeit fallen täglich etwa ca. 130 Tonnen Hausmüll mit einem organischen Anteil von 70 Prozent und ca. 1 Tonne Krankenhausabfälle an, die sämtlich auf unzureichend gesicherten Deponien abgelagert werden. Da diese Entsorgung sowohl zu Umweltbelastungen infolge des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen und der unkontrollierten Verbreitung von Umweltgiften sowie zu hygienischen Problemen in der Stadt führt und zudem eine Gefährdung der Müllsammler bei ihrer Arbeit bedeutet, hat die Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes höchste Priorität. Die Kommune ist überdies nach den bestehenden Bundesgesetzen

verpflichtet, kurzfristig ein solches Konzept vorzulegen. Es gibt für dieses Konzept bereits erste Überlegungen mit Blick auf eine Verwertung des hohen organischen Anteils im Abfall durch Kompostierung oder anaerobe Behandlung.

Die Stadt Santarém wünscht sich, dieses Konzept mit fachlicher Unterstützung durch den RSK zu erstellen. Die RSAG und der RSK haben sich bereit erklärt, die Entwicklung des Konzeptes und seine Umsetzung fachlich zu begleiten. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen stehen die Neuorganisation der Abfallsammlung mit dem Ziel der frühzeitigen Trennung von Abfall und Wertstoffen, die Nutzung des organischen Anteils durch Kompostierung und Vergärung sowie Bau und Betrieb der dazu erforderlichen Anlagen. Daneben steht die Ertüchtigung der Deponien durch angemessene technische und betriebliche Sicherungen wie gezielte Ableitung und Behandlung des kontaminierten Sickerwassers, die Erhöhung der Standsicherheit, getrennte Ablagerungsbereiche, Abdeckungen u. a.

Parallel dazu soll die Bevölkerung aufgeklärt und durch Umweltbildung sensibilisiert werden.

Zusammengefasst sollen die Förderung einer nachhaltigen Abfallpolitik und ein gut funktionierendes Abfallmanagement einen Beitrag zum Schutz des Klimas und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Santarém leisten. Für die Koordinierung aller Aktivitäten und Maßnahmen ist die Gründung eines gemeinsamen Fachbeirats vorgesehen, der aus Vertretern aus beiden Regionen besteht. Der Einsatz einer deutschsprachigen CIM-Fachkraft in Santarém soll die Kommunikation und die fachliche Begleitung vor Ort sicherstellen.

In den ländlichen Bereichen besonders in den direkten Umgebungen der Flüsse wird derzeit das Trinkwasser regelmäßig durch direkte Entnahme aus den Gewässern und mehrtägiger Zwischenspeicherung in kleinen, oft offenen Kunststoffbehältern bereitgestellt. Daraus resultieren oft Verkeimung und in der Folge gesundheitliche Gefährdungen der Nutzer. Der Bau von Tiefbrunnen zur Grundwassergewinnung, der Bau geeigneter Speicher und Leitungen sowie die Organisation

der Wasserverteilung werden derzeit im Rahmen von Pilotvorhaben verfolgt. Kooperationen werden hier insbesondere hinsichtlich der erfolgreichen Einführung von Standards zur Wassergewinnung und Wasserverteilung angestrebt.

Der Einsatz erneuerbarer Energien in ländlichen Gebieten, z. B. von Photovoltaikanlagen, Microwindkraft, Vergärungsanlagen und Kleinstwasserkraftanlagen kann insbesondere Siedlungen, die nur über unzureichende verkehrliche Anschlüsse verfügen, dabei helfen, unabhängiger von fossilen Brennstoffen (Diesel) zu werden, sozial schwächere Bürger finanziell zu entlasten und damit ein Stück weit zu sozialer Gerechtigkeit und zur wirtschaftlichen Grundsicherung beizutragen. Potenzialuntersuchungen und Pilotvorhaben zur technischen Machbarkeit sind die grundlegenden Schritte, die in Angriff genommen werden sollen.

Auch im RSK passiert etwas: Ein von der LAG 21 NRW konzipiertes „Planspiel Südsicht – Ein klimapolitischer Perspektivwechsel“ für junge Menschen wurde im Mai 2014 in der Kreisverwaltung durchgeführt. Die teilnehmenden Schüler versetzen sich in die Rolle von Parlamentariern einer fiktiven Kommune im Amazonasgebiet und lernen dabei, eine vorgegebene klimatische Problemstellung wie z. B. die Folgen und Einflüsse des Klimawandels auf die Kommunen und für Länder des Globalen Südens in einem Planspielszenario zu lösen. Weiterhin ist vorgesehen, die Öffentlichkeit im Kreis durch eine aktive PR-Begleitung des Projektes mittels Presse und Internet über die Aktivitäten im gemeinsamen Projekt zu informieren.

Die Finanzierung einzelner Maßnahmen soll vorwiegend durch Mittel der Stadt Santarém und durch andere öffentliche oder private Finanzgeber erfolgen. Zuschüsse können z. B. auch beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder bei der Europäischen Union beantragt werden.

4.14. Wuppertal – Matagalpa

	Wuppertal, Deutschland	Matagalpa, Nicaragua
Einwohnerzahl	348.976	135.000
Fläche	168,39 km ²	675 km ²
Siedlungsdichte	2.072 EW/km ²	193 EW/km ²
Klimazone	gemäßigte Zone	Subtropen mit ausgeprägtem Wechsel von Regenzeit und Trockenzeit
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Verschiebung der Jahreszeiten werden beobachtet (später Beginn des Winters) • Lokal begrenzte Starkregenereignisse werden häufiger und können zu Überschwemmungen und Bodenerosion führen • Temperaturschwankungen werden stärker (mehr Hitzetage im Sommer, weniger Frosttage im Winter) 	<ul style="list-style-type: none"> • Verschiebung der Jahreszeiten (Regen- und Trockenzeiten) haben Auswirkungen auf die Wachstumsphasen und Erntezeiten (z. B. im Kaffeeanbau) • Starkregenereignisse führen zu Überschwemmungen und in Hanglagen zu Bodenerosion • Temperaturschwankungen werden stärker (mehr Hitze zum Ende der Trockenzeit)

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Matagalpa liegt im Bergland von Nicaragua. Es ist eine mittelgroße Stadt, die in den vergangenen Jahren einen starken Bevölkerungszuwachs erlebt hat. Infolge des Zuwachses steigt der Flächenverbrauch. Die Besiedlung erstreckt sich zunehmend auch auf Berghänge und die Flussufer. Matagalpa ist wirtschaftlich durch den Kaffeeanbau geprägt. Der Kaffeeanbau ist in starkem Maße vom Klima abhängig und somit auch durch den Klimawandel betroffen. Ein weiteres Problem entsteht durch die Starkregen, die zu Hochwasser und Überschwemmungen von Siedlungen führen.

Die Stadt Wuppertal kann auf viele Jahre engagierter Arbeit im Klimaschutz zurückblicken. Seit 1991 ist sie Mitglied im Klimabündnis der europäischen Städte und setzt zahlreiche Projekte um. Energieeffizienz bei der Nutzung von Strom und Heizenergie, umweltfreundliche Mobilität und der Einsatz erneuerbarer Energien sind nur einige wichtige

Themenfelder. Ziel der Bemühungen ist die Reduzierung der CO₂-Emissionen auf ein vertretbares Maß. Zu diesem Zweck arbeitet die Stadtverwaltung zusammen mit zahlreichen gesamtstädtischen Akteuren an der Entwicklung von CO₂-Minderungskonzepten und an der Umsetzung von Maßnahmen.

Die Städte Wuppertal und Matagalpa (Nicaragua) unterhalten seit vielen Jahren (ca. 26 Jahre) eine Städtepartnerschaft. In beiden Städten engagieren sich Menschen in Institutionen und Vereinen (z. B. Städtepartnerschaftsverein, Kirchen, Feuerwehr und Stadtverwaltung) für die Partnerschaft. Bis 2012 hat sich die Partnerschaft hauptsächlich auf den kulturellen und künstlerischen Austausch und auf soziale Projekte (z. B. das Straßenkinderprojekt Las Hormiguitas) erstreckt.

Wuppertal und Matagalpa haben erkannt, dass es wichtig ist, sich für den Klimaschutz zu engagieren und gleichzeitig

Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu ergreifen. Mit Gründung der Klimapartnerschaft rücken diese Themen in den Vordergrund.

Sowohl in Matagalpa als auch in Wuppertal sind die Folgen des Klimawandels spürbar. In Wuppertal haben einige Starkregenereignisse zu großen Schäden in den betroffenen Stadtvierteln geführt. In Matagalpa führen Hochwasser im Einzugsbereich des Rio Grande de Matagalpa regelmäßig zu Überschwemmungen von Wohnvierteln und zur Gefährdung von Menschenleben.

Beide Städte sehen gerade in diesem Themenfeld vielversprechende Anknüpfungspunkte und können wechselseitig vom Fach- und Erfahrungswissen der beiden Städte profitieren.

Beschreibung des Prozesses zur Erarbeitung der Handlungsprogramme

Der Auftaktworkshop in Costa Rica und der anschließende Besuch der deutschen Delegation in Matagalpa boten die Gelegenheit, die Stadt Matagalpa und die Umweltsituation kennenzulernen. Besonders wichtig war, mit den Ansprechpartnern persönlich ins Gespräch zu kommen und so die Grundlage für den Austausch zu legen. Schon im Rahmen dieses ersten Austausches wurde deutlich, wo die wesentlichen Umweltprobleme der Stadt Matagalpa liegen und wo die Stadt Wuppertal mit ihren Erfahrungen und dem Fachwissen unterstützend tätig werden könnte. Eine SWOT-Analyse war besonders hilfreich in diesem Zusammenhang, denn sie zeigte deutlich, wo die Stärken und Schwächen der beiden Städte liegen, sie zeigte aber auch Chancen für die Zusammenarbeit auf.

In den folgenden Monaten wurden in beiden Städten Arbeitsgruppen gebildet, deren Mitglieder sich regelmäßig mit der Klimapartnerschaft beschäftigten und Vorschläge für die Zusammenarbeit entwickelten. Die Arbeitsgruppen setzen sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Umweltverwaltung, der Kooperationspartner (z. B. Ressort Vermessung und Kataster, Wuppertalverband, WSW, Wuppertal Institut, AWG und Feuerwehr) und engagierten Privatpersonen zusammen.



Abbildung 39: Arbeitstreffen im Ressort Umweltschutz der Stadt Wuppertal (Foto: Stadt Wuppertal)

Im April 2013 war eine Delegation aus Matagalpa in Wuppertal zu Besuch. Das zentrale Thema Klimaschutz wurde im Rahmen eines Workshops im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie behandelt. Gemeinsam wurde mit den Mitarbeiter/innen des Wuppertal Instituts, einem Vertreter des Klimabündnisses und der Klimaschutzbeauftragten der Stadt Wuppertal nach Möglichkeiten gesucht, wie und in welchem Umfang eine CO₂-Bilanz für Matagalpa sinnvoll ist. Auch weitere Anknüpfungspunkte im Klimaschutz wurden diskutiert. Der Besuch wurde für Gespräche mit Experten genutzt und durch mehrere Besichtigungen ergänzt. Umweltbildung, Abfallwirtschaft und der Umgang mit Abwässern waren wichtige Themen in diesem Erfahrungsaustausch.

Im Dezember 2013 reiste eine Delegation aus Wuppertal nach Matagalpa. Ein Schwerpunkt der Entsendung war es, Wuppertaler Experten aus dem Bereich Hydrologie und Topografie mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut zu machen und Grundlagen für eine langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet des vorsorgenden Hochwasserschutzes zu legen. Parallel dazu wurden die nächsten Schritte bei der Umsetzung des Nakopa-Projektes „Hochwasserrisikomanagement in Matagalpa und Umweltbildung“ vereinbart. Der Entwurf eines Handlungsprogrammes wurde vor Ort auf Umsetzbarkeit überprüft und angepasst. In den folgenden Wochen wurde der Entwurf in den Arbeitsgruppen der beiden Partnerstädte abgestimmt.

Die dritte Entsendung im März (in Matagalpa) war davon geprägt, alle Projektvorschläge zu konkretisieren und realistische Angaben und Voraussetzungen für die Umsetzung zu vereinbaren. Die Entsendungen waren wichtig, um die handelnden Personen vor Ort und die Arbeitsstrukturen kennenzulernen. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine realistische Einschätzung der Projektumsetzung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Beschreibung der zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Im Vordergrund der Klimapartnerschaft steht das Bemühen, einen Anstieg der globalen CO₂-Emissionen zu vermindern. Beide Städte sind sich darüber bewusst, dass die Maßnahmen auf diesem Weg in beiden Städten aufgrund der industriellen Entwicklung sehr unterschiedlich aussehen werden. Die Stadt Wuppertal und ihre Partner werden ihre Bemühungen um den Klimaschutz fortführen und auch weiterhin die Bürgerinnen und Bürger zu klimafreundlichem Handeln motivieren. Gleichzeitig soll vermieden werden, dass die Entwicklung in Matagalpa zu einem Anstieg der Emissionen führt. Dazu ist es notwendig, sich im Rahmen einer Analyse über den Stand der CO₂-Emissionen klar zu werden. Die Folgen des Klimawandels sind in beiden Städten spürbar. Daher liegt hier der zweite Schwerpunkt des Handlungsprogramms. Klimabelastungen können auch durch verantwortlichen Umgang mit Ressourcen vermieden werden. Deshalb wird hier ein weiteres Aufgabenfeld gesehen.

Die Umweltbildung ist ein weiteres themenübergreifendes Handlungsfeld, um die gemeinsamen Projekte und Aktionen in geeigneter Weise zu kommunizieren und möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu motivieren.

Klimaschutzmaßnahmen in beiden Städten umsetzen:

Die Stadt Wuppertal wird ihre Anstrengungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen fortsetzen und zu diesem Zweck auch die Bevölkerung zu klimafreundlichem Handeln im Alltag motivieren.

Die Stadt Matagalpa wird erstmals eine CO₂-Bilanz erstellen, um die wesentlichen Bereiche zu identifizieren, die für den Klimaschutz relevant sind. Daraus soll ein Klimaschutzkonzept abgeleitet werden. Die beiden Städte sind sich dabei sehr bewusst, dass das Niveau der CO₂-Emissionen sehr unterschiedlich ist und daher auch das Klimaschutzkonzept sehr unterschiedlich aussehen wird. An dieser Stelle sollen zwei Beispiele genannt werden: Die Stadt Matagalpa möchte beispielsweise die Nutzung von Energiesparlampen fortführen. „Bäume für Matagalpa“ ist ein zentrales gemeinsames Projekt im Themenfeld Klimaschutz um CO₂-Emissionen aus Flugreisen durch Aufforstung in Matagalpa auszugleichen.

Anpassung an den Klimawandel optimieren:

Der Klimawandel macht sich in Matagalpa deutlich bemerkbar. Der Wechsel der Jahreszeiten (Regenzeit und Trockenzeit) verschiebt sich, was langfristig Auswirkungen auf die Landwirtschaft, insbesondere den Kaffeeanbau, haben wird. Hinzu kommt, dass die Niederschläge anders verteilt auftreten. Immer häufiger treten kurze, lokal begrenzte heftige Niederschläge auf, die zu lokalen Schäden (Bodenerosion in Hanglagen) und zu Überschwemmungen führen können. Zusätzlich wird beobachtet, dass es ausgeprägtere Hitzeperioden während der Trockenzeit gibt.

Zentrales Projekt in diesem Themenfeld ist der Aufbau eines verbesserten Frühwarnsystems, das die Wasserstände und die Regenmengen in den sensiblen Gebieten registriert und die Vorwarnzeit für Hochwasser deutlich verlängert. Zusätzlich werden Schulungen in den ländlichen Gebieten durchgeführt, Baumschulen eingerichtet und Aufforstungen in den Landgemeinden durchgeführt. Dadurch sollen Menschen sich des Wertes der Wälder für den Hochwasserschutz bewusst werden.

Umweltbelastungen reduzieren und Ressourceneffizienz optimieren:

Aufgrund der geänderten Klimaverhältnisse entstehen weitere Probleme in der Landwirtschaft. Die Kaffeepflanzen zeigen verstärkt Krankheitssymptome (Pilzkrankungen). Darauf muss mit geänderten Anbauverfahren reagiert

werden. Je nach Klimabedingungen (Temperatur und Feuchtigkeit) und Höhenlage müssen andere Maßnahmen ergriffen werden (z. B. ausreichend Schattenbäume, bessere Nährstoffversorgung oder andere geeignete Maßnahmen), die den Einsatz von Pestiziden möglichst überflüssig machen.



Abbildung 40: Hochwassergefährdete Häuser am Rio Grande de Matagalpa (Foto: Stadt Wuppertal)

Weitere Umwelt- und Klimabelastungen sollen durch einen verantwortlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen vermieden werden. Insbesondere die Vermeidung, getrennte Sammlung und Verwertung von Abfallstoffen soll durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Bestehende Initiativen in der Stadt sollen fortgeführt und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Ein Konzept zur Anlage und zum Betrieb eines Recyclinghofes sollen gemeinsam erarbeitet werden. Hier können die Erfahrungen der Stadt Wuppertal hilfreich sein.

Umweltbildung fördern und Netzwerke ausbauen:

Für beide Städte ist es wichtig, die Umweltbildung zum Klimaschutz und zu den Folgen des Klimawandels an konkreten Beispielen erfahrbar zu machen und auf diesem Wege ein besseres Verständnis für die Lebenswelten zu fördern. Nicaragua kann als ein konkretes Beispiel die Folgen des eigenen Handels für das globale Klima deutlich machen. Dazu sollen Netzwerke zwischen Schulen und anderen Jugendgruppen ausgebaut werden. Informationskampagnen und Ausstellungen in beiden Städten sollen die breite Öffentlichkeit für das Thema Klimapartnerschaft und Klimaschutz sensibilisieren.

5. Fazit

Ein wichtiges Merkmal der zweiten Phase des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ist die Vielfalt. Sie zeigt sich bei den teilnehmenden Kommunen, bei den beteiligten Akteuren innerhalb der Kommunen, den inhaltlichen Schwerpunkten und natürlich auch bei den formulierten Maßnahmen.

Mit 14 teilnehmenden Klimapartnerschaften beteiligten sich deutlich mehr Kommunen als noch in der Pilotphase. Unter den beteiligten Kommunen konnte die Diversität kaum größer sein, von den Großstädten Rio de Janeiro, Buenos Aires, Berlin, Köln und La Paz bis hin zu den bevölkerungsmäßig kleinen – aber teilweise flächenmäßig sehr großen – und ländlich geprägten Gemeinden Solano, Belén de los Andaquíes (Kolumbien) und Corinto (Nicaragua). Den größten Teil stellen mittlere Kommunen mit zwischen 50.000 und 300.000 Einwohnern. Vertreten sind nationale Hauptstädte (Buenos Aires, Berlin), La Paz als Regierungssitz Boliviens, Hauptstädte von Bundesländern bzw. -staaten (Hannover, Rio de Janeiro) und von Departements bzw. Provinzen (Estelí, Matagalpa, San Carlos, Alajuela). In Deutschland sind mit dem Rhein-Kreis Neuss und dem Rhein-Sieg-Kreis zwei Landkreise vertreten.



Abbildung 41: Gruppenarbeit auf dem 3. Netzwerktreffen der deutschen Kommunen (Foto: Benjamin Lange)

Allen Kommunen ist gemeinsam, dass sie mit unterschiedlicher Intensität bereits von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme oder außergewöhnliche Trockenperioden, höhere Temperaturen und eine Verschiebung der Jahres- bzw. Regen- und Trockenzeiten sind die am häufigsten

beschriebenen Phänomene, Überschwemmungen eine der schwerwiegendsten Folgen. Diese Veränderungen wirken sich außerdem negativ auf die landwirtschaftliche Produktion, die Infrastruktur, die Wasserversorgung sowie die allgemeine Lebensqualität der Bevölkerung aus. In Extremfällen sind sogar Menschenleben selbst in Gefahr. Daneben ist der Verlust von Biodiversität zu befürchten. Die Stadt Corinto ist ein besonders extremes Beispiel. Hier gehen aufgrund der stärkeren Meeresströmung sowie der häufigeren Starkregenereignisse ständig Teile der Küstenlinie verloren und gleich mehrere Stadtviertel sind bedroht.

Unter den kommunalen Partnerschaften können sieben bereits auf eine längere Geschichte zurückblicken. Hier sind die fünf Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Kommunen zu erwähnen (Bielefeld – Estelí, Jena – San Marcos, Köln – Corinto, Nürnberg – San Carlos, Wuppertal – Matagalpa), von denen mehrere schon etwa 25 Jahre bestehen. Dass diese Partnerschaften die größte Gruppe innerhalb der Projektphase stellen, spiegelt die Verhältnisse bei kommunalen Partnerschaften deutscher mit lateinamerikanischen Kommunen insgesamt wider, wo die Gruppe der Partnerschaften in Nicaragua mit ca. 30 bei weitem die größte ist. Hinzu kommen Berlin – Buenos Aires (seit 1994) und Bonn – La Paz (seit 1997). In diesen Fällen konnte in der bestehenden Partnerschaftsarbeit ein neuer oder verstärkter thematischer Impuls gegeben und neue Akteure konnten hinzugewonnen werden. Zwei Partnerschaften haben eine etwas kürzere Vorgeschichte, bestanden aber schon einige Jahre vor der Teilnahme am Projekt (Lahr – Alajuela und Köln – Rio de Janeiro). Lahr und Alajuela nahmen die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel neu in die Kooperation auf. Im Falle von Köln – Rio bestand von Beginn an eine inhaltliche Ausrichtung auf den Klimaschutz. Hier bot das Projekt die Möglichkeit, den angelaufenen Austausch zu vertiefen und mit dem Handlungsprogramm eine strategische Grundlage für seine Fortsetzung zu erstellen. Als großer Projekterfolg ist zu bewerten, dass sich fünf der 14 Klimapartnerschaften neu gegründet haben (Bonn – Linares, Hagen – Portmore, Hannover – Belén de los Andaquíes, Rhein-Kreis Neuss – Solano, Rhein-Sieg-Kreis – Santarém). Hier bot die Projektteilnahme die Möglichkeit, die neue

Partnerschaft von Beginn an durch die Arbeit an konkreten Themen und die Entwicklung erster gemeinsamer Projekte mit Leben zu füllen.

Ein zentraler Aspekt zu Beginn des Projektes war die Etablierung von Arbeitsstrukturen auf beiden Seiten, die Voraussetzung für die Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme und deren langfristige Umsetzung ist. In allen Klimapartnerschaften sind dazu Kernteams und Steuerungsgruppen eingerichtet worden. Deren jeweilige Zusammensetzung ist gemäß der spezifischen Situation der Kommunen unterschiedlich. In fast allen Kommunen sind aber in beiden Gremien verschiedene Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beteiligt worden, was den inhaltlichen Austausch bereichert und die Zusammenarbeit auf eine solide und breite Basis gestellt hat. Positiv hervorzuheben ist, dass oft unterschiedliche Fachressorts der Verwaltungen im Kernteam beteiligt sind, so z. B. die Einheiten für Umwelt- oder Klimaschutz, für Internationale Angelegenheiten, Planung oder für die Lokale Agenda 21. Eine wichtige Rolle spielen gerade in dieser Projektphase zivilgesellschaftliche Akteure wie Städtepartnerschaftsvereine und andere NROs. Sie erbringen mit ihrer langjährigen Erfahrung oft essenzielle Beiträge nicht nur inhaltlicher Natur, sondern auch hinsichtlich der Koordination und Kommunikation zwischen den Partnern. Dies gilt vorwiegend für die deutschen, aber auch für einige lateinamerikanische Kommunen. In mehreren Klimapartnerschaften sind kommunale Eigenbetriebe und private Unternehmen – v. a. aus den Sektoren Abfallwirtschaft und Energie – sowie Universitäten oder Fachhochschulen an zentraler Stelle eingebunden und bringen ihre spezifischen Ressourcen ein. Auch Schulen stellen wichtige Akteure dar, z. B. im Rahmen von Schulpartnerschaften.

Um den politischen Rückhalt für die Klimapartnerschaften zu sichern, wurden die politischen Gremien seitens der Koordinatoren und Koordinatorinnen regelmäßig über die Fortschritte informiert. Dafür stellten die Besuche aus den Partnerkommunen anlässlich von Entsendungen gute Gelegenheiten dar. Die Entsendungen in beide Richtungen bzw. der internationale Auftaktworkshop wurden ebenfalls

genutzt, um die Öffentlichkeit über die Klimapartnerschaft und ihre Inhalte zu informieren, z. B. über Pressemitteilungen und Veröffentlichungen auf den Websites der Kommunen. Seitens der Projektkoordination konnte das Projekt auf zahlreichen Veranstaltungen präsentiert werden, so u. a. auf der Kommunalen Klimaschutz-Konferenz des Klimabündnis im Oktober 2013 sowie auf der von ICLEI organisierten Konferenz Resilient Cities im Mai 2014. Ein im April 2013 veröffentlichtes Dossier der Zeitschrift „welt-sichten“ zu kommunalen Partnerschaften und die Ausgabe 4/2013 der Europa kommunal mit dem Schwerpunkt kommunale Klimapartnerschaften im Juli/August 2013 stellten Höhepunkte der Informationsarbeit zum Projekt dar. Von großer Bedeutung war auch in dieser Projektphase wie in der Pilotphase die Unterstützung seitens der drei kommunalen Spitzenverbände Deutschlands: Deutscher Städtetag (mit zwei Präsidiumsbeschlüssen in 2010 und 2013), Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag.

Im Prozess der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme ist neben der Einrichtung der Arbeitsstrukturen die Bestandsaufnahme ein weiterer wichtiger Schritt. Hier erwiesen sich wie schon in der Pilotphase die Entsendungen von Fachexperten als zentrale Momente. Sie ermöglichten es, die Erfahrungen und Erfolge, aber auch die Problematik der gastgebenden Kommune durch Besuche vor Ort zu veranschaulichen, zu diskutieren und mit den wichtigsten Akteuren direkt ins Gespräch zu kommen. Nicht zuletzt trugen sie auch zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Schaffung einer Vertrauensbasis bei, die für die Partnerschaftsarbeit wesentlich ist. Schon der internationale Auftaktworkshop in Costa Rica wurde intensiv genutzt, um sich sowohl über die Akteurskonstellationen in beiden Kommunen als auch über die Ausgangssituation der Klimapartnerschaft auszutauschen. Dieser Austausch wurde neben den Entsendungen auch über den Versand wichtiger Dokumente, z. B. Zusammenfassungen von Klimaschutzkonzepten und weiterer relevanter Pläne ausgeweitet. Von Beginn an sprachen die Partner auch über die Schwerpunktthemen der Zusammenarbeit. Teilweise wurden diese schon in Costa Rica festgelegt und im weiteren Prozess vertieft und operationalisiert, teilweise

kristallisierten sie sich durch die Entsendungen, die Analyse der Informationen und Daten sowie durch die Kommunikation über Telefonkonferenzen, E-Mail-Korrespondenz etc., nach und nach heraus. Der von SKEW und LAG 21 NRW zur Verfügung gestellte Leitfaden bot hierfür die zentrale Grundlage hinsichtlich des methodischen Vorgehens. Die Netzwerktreffen der deutschen, der mittelamerikanischen/karibischen und der südamerikanischen Kommunen trugen dazu bei, im Austausch mit den anderen Kommunen und der Projektkoordination die eigenen Ideen und Vorschläge zu reflektieren, weiterzuentwickeln und neue Anregungen mitzunehmen.

Eine der Herausforderungen in der Zusammenarbeit der Partnerschaften besteht in der Aufrechterhaltung einer flüssigen Kommunikation unter den Partnern. In Partnerschaften deutscher mit lateinamerikanischen Kommunen ist die Sprachbarriere stärker zu spüren als in solchen mit englischsprachigen Partnern. Hier unterstützte teilweise die SKEW durch die Beauftragung von Dolmetschern, teilweise verfügen die Vertreter der Stadtverwaltung über entsprechende Kenntnisse. Vor allem leisten aber zivilgesellschaftliche Akteure sehr wichtige Beiträge. Dies ist auch für die Fortführung des Austausches von großer Bedeutung. Ein weiterer Aspekt sind Wechsel bei den Ansprechpartnern, mit denen immer gerechnet werden muss. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die beteiligten kommunalen Mitarbeiter und zivilgesellschaftlichen Akteure angesichts ihrer vielfältigen Aufgaben nur über recht begrenzte zeitliche Möglichkeiten verfügen. Umso wichtiger erscheint es, im Kernteam die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen und auch darüber hinaus verschiedene Akteure in die Steuerungsgruppe der Klimapartnerschaft einzubeziehen.

Die als Ergebnisse dieses intensiven Prozesses erstellten Handlungsprogramme, die für die einzelnen Klimapartnerschaften im vorangegangenen Kapitel vorgestellt wurden, sind durch ihren hierarchischen Aufbau (Oberziel – Ziel – Maßnahme) sowie die Angabe von Verantwortlichen, Zeitplanung, benötigten Ressourcen und Indikatoren klar strukturiert und bieten eine hervorragende Grundlage für

die Umsetzung. Dazu trägt auch bei, dass die Handlungsprogramme sowohl größere, ressourcenintensive Projekte als auch solche Maßnahmen aufweisen, die unabhängig von externer Finanzierung und basierend auf den vorhandenen personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen unterschiedlicher Akteure angegangen werden können. Die meisten Maßnahmen sollen in den kommenden ein bis zwei Jahren umgesetzt werden, aber es finden sich auch mittelfristige Zielsetzungen. In allen Fällen sollen diverse Akteure an der Durchführung der Maßnahmen beteiligt werden, was die Perspektiven der Umsetzung zusätzlich verbessert und der Nachhaltigkeit des Prozesses zugutekommt. Die Ressourcenplanung und Indikatoren sind teilweise noch recht allgemein gehalten und werden sicherlich verfeinert werden, wenn für die entsprechenden Maßnahmen eine detaillierte Projektplanung ansteht.

Jedes Handlungsprogramm enthält mehrere Schwerpunktthemen. Deren Zusammensetzung entspricht der spezifischen Situation und den Bedarfen der beiden Partnerkommunen. Am häufigsten sind folgende Themenbereiche aufgenommen worden:

- Abfallwirtschaft
- Sensibilisierung und Umweltbildung
- Erneuerbare Energien
- Energieeffizienz
- Hochwasser- und Küstenschutz
- Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Aufforstung
- Wasserversorgung und Abwasserbehandlung.

Dabei soll die große Mehrzahl der Ziele und Maßnahmen, die den Bau oder Ausbau von Infrastruktur bzw. die Anwendung bestimmter Technologien beinhalten, in den lateinamerikanischen und karibischen Kommunen durchgeführt werden, wobei die deutschen Kommunen die Partner mit fachlicher Beratung und beim gemeinsamen Projektmanagement (inkl. der Beantragung finanzieller Mittel) unterstützen. In den deutschen Kommunen geht es vorwiegend um Sensibilisierung, Bildungs- und Informationsarbeit. Hier ist etwa beabsichtigt, die massiven Folgen des Klimawandels in den Partnerkommunen zur Aufklärungsarbeit

über globale Zusammenhänge und zur Intensivierung des Engagements der eigenen Bürger zu nutzen. Es werden aber durchaus auch Lernfelder gesehen, z. B. zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels oder hinsichtlich der indigenen Weltanschauung in Bezug auf das Verhältnis zur Natur und deren Nutzung. In einigen Klimapartnerschaften spielt der Faire Handel eine wichtige Rolle und wird bereits praktiziert (z. B. Bielefeld – Estelí, Hannover – Belén de los Andaquíes, Rhein-Kreis Neuss – Solano).



Abbildung 42: Installation von Solarpanelen auf Schulen in San Carlos (Foto: Wolfgang Müller)

In mehreren Klimapartnerschaften werden Teile der Handlungsprogramme bereits umgesetzt. Dabei werden Angebote der SKEW der Engagement Global zur personellen und finanziellen Unterstützung von kommunalen Partnerschaften, die zum größten Teil im Jahr 2013 neu eingerichtet wurden, intensiv genutzt. So sind 2013 vier Projekte angelaufen, die im Rahmen des SKEW-Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert werden. Vier größere Projekte wurden innerhalb des Förderprogramms für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (Klimafazität) 2012 und 2013 bewilligt. Zwei Klimapartnerschaften der zweiten Projektphase nehmen 2014 am Programm ASA-Kommunal (Süd-Nord) teil, das die SKEW und das ASA-Programm gemeinsam durchführen und in dem Studierende aus beiden Kommunen während jeweils dreimonatiger Aufenthalte in den Partnerkommunen kleine Vorhaben umsetzen. Dieser frühzeitige Beginn von konkreten Aktivitäten der

Umsetzung erhöht die Sichtbarkeit der Klimapartnerschaft und die Motivation aller Akteure. Ihm wurde deshalb von Beginn an von den Kommunalvertretern eine große Bedeutung beigemessen. Wichtig aus Sicht der Projektleitung ist es, die Einzelprojekte in den größeren Zusammenhang der Handlungsprogramme zu stellen. Aufgrund ihrer erweiterten zeitlichen und inhaltlichen Perspektive ermöglicht dies, über die einzelne Maßnahme hinaus Folgeprojekte sowie komplementäre Maßnahmen im selben oder in anderen Handlungsfeldern vorzusehen und damit Grundlagen für eine nachhaltige Fortführung der Klimapartnerschaft zu schaffen.

6. Ausblick

Mit der erfolgreichen Erarbeitung der bilateralen Handlungsprogramme der Klimapartnerschaften ist ein erster und essentieller Meilenstein für die gemeinsame Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen aus Lateinamerika, der Karibik und Deutschland gesetzt worden. Der gemeinsame Wille zum Klimaschutz und zur Bewältigung und Abmilderung der Folgen des Klimawandels hat die teilnehmenden Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung bisher getragen und innovative Ziele und Maßnahmen entstehen lassen. Durch die zielgerichtete thematische Arbeit, den Austausch und die Begleitung von SKEW und LAG 21 NRW konnten in den vergangenen eineinhalb Jahren inhaltliche und organisatorische Grundlagen geschaffen werden, die sowohl in den lang bestehenden Städtepartnerschaften als auch in den neu begründeten Klimapartnerschaften, ein Fundament für die künftige Zusammenarbeit bilden.

Mit der so erarbeiteten Basis gilt es fortan die Klimapartnerschaften zu verstetigen und die selbst gesetzten Ziele und Maßnahmen umzusetzen. Hierbei erscheint es wichtig, dass die Handlungsprogramme Eingang in die alltägliche Praxis der jeweiligen Kommunen finden und eine regelmäßige Überprüfung von Umsetzungsstand, Berichterstattung und Fortschreibung stattfindet. Um dies zu garantieren, ist eine Verknüpfung mit oder sogar Integration in die kommunalen Klimaschutzkonzepte empfehlenswert. Sowohl im internen Verwaltungsgeschehen als auch durch eine Vorstellung in den politischen Gremien sollte über den Fortschritt und bestehende Hemmnisse bei der Umsetzung kontinuierlich berichtet werden. Hierzu bieten sich die Fortschrittsberichte der kommunalen Klimaschutzpläne oder auch Berichte von Partnerschaftsvereinen an. Die Handlungsprogramme sind als dynamische Dokumente zu sehen und sollten daher im Zuge der Berichterstattung angepasst und weiterentwickelt werden.

Beide Kommunen sind gleichermaßen verantwortlich für die kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung der geplanten Maßnahmen und Projekte. Unabdingbar dafür ist ein geregelter Wissenstransfer zwischen den handelnden Akteuren auf beiden Seiten. Dieser Wissenstransfer

zwischen den Klimapartnerschaftskommunen sollte durch einen weiteren regelmäßigen Austausch der Partnerstädte gewährleistet werden, um die Handlungsprogramme fortschreiben zu können und neues Wissen und Expertise kontinuierlich zu ergänzen. Der Austausch sollte so weit wie möglich unabhängig von externer Finanzierung erfolgen, um die kontinuierliche Fortführung der Zusammenarbeit zu sichern. Hier verfügen gerade die langjährigen Städtepartnerschaften über umfangreiche Erfahrungen und kreative Lösungen, von denen auch die neuen Partnerschaften profitieren können. Neben den Aktivitäten aus dem Handlungsprogramm erscheint es sinnvoll, einige übergeordnete Aktivitäten zur gemeinsamen Gestaltung der Partnerschaft zu planen, z. B. regelmäßige Telefonkonferenzen oder Delegationsreisen.

Wie schon in Kap. 5. erwähnt, sollte innerhalb der Verwaltung darauf Wert gelegt werden, dass die Klimapartnerschaftsarbeit nicht nur von einer Person betreut wird, damit bei einem Wechsel von Zuständigkeiten und Personen kein Bruch in der Zusammenarbeit entstehen kann. Zahlreiche Maßnahmen der erarbeiteten Handlungsprogramme leben zudem von der Einbindung externer Akteure. In jedem Handlungsprogramm sind aus diesem Grund auch schon mehrere solcher Akteure genannt. In Zukunft wird es wichtig sein, weiterhin zivilgesellschaftliche Gruppen, wissenschaftliche Einrichtungen oder auch Unternehmen als Partner des Erfolgs zu sehen, entsprechend transparent den Kontakt zu pflegen sowie den Kreis der beteiligten Akteure entsprechend der Natur der Maßnahmen kontinuierlich zu erweitern.

Immer wird sich in den Klimapartnerschaften bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele die Ressourcenfrage stellen. Eine Vielzahl der in den Handlungsprogrammen beschriebenen Projekte sind ambitioniert und kostenintensiv, andere durch Eigenengagement und innovative Einbindung von Partnern umsetzbar. Die vorliegende Zeitplanung für die Maßnahmen entspricht einer ersten Priorisierung und gibt wichtige Anhaltspunkte für eine schrittweise Durchführung. In einigen Fällen ist die Umsetzung schon angelaufen. Da sich eine Vielzahl der Aktivitäten auf die

kommen ein bis zwei Jahre konzentrieren, sollten sich beide Partner weiterführend darüber verständigen mit welcher Priorität und mit welchem Zeitbudget die einzelnen Projekte verwirklicht werden können, damit es auf keiner Seite zu einer Überforderung kommt.



Abbildung 43: Baumschule in San Marcos als Teil eines Projekts der Klimafazilität im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Jena
(Foto: Martin Berger)

Die auf hohem Niveau und mit erheblicher Expertise entwickelten und im Handlungsprogramm dokumentierten Vorschläge zu Klimaschutz, präventiven Maßnahmen zur Vermeidung oder Abmilderung von Folgen des Klimawandels oder auch zu Bildungsprojekten sind eine sehr gute Voraussetzung zur Beantragung von Mitteln staatlicher und nichtstaatlicher Fördergeber. Sie beruhen auf einer gemeinsamen Analyse, einem Stärken- und Schwächen-Profil und konkreten gemeinsamen Zielsetzungen. SKEW und LAG 21 NRW haben von Beginn des Projektes an Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und werden die Suche nach Finanzierungsquellen zur Umsetzung der Maßnahmen gerne in Zukunft weiterhin unterstützen. Wie im Fazit dargestellt, werden bereits mehrere Projekte durch das Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (Klimafazilität) und im Rahmen des Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) aus Mitteln des BMZ gefördert. Diese Optionen soll es auch weiterhin geben.

Die SKEW und die LAG 21 NRW möchten die beteiligten Akteure in ihrem Engagement bestärken und weitere

Akteure zum Mitmachen ermutigen. Die Weiterführung der kommunalen Klimapartnerschaften werden wir mit großem Interesse verfolgen und auch über den Aspekt der Finanzierung hinaus mit Rat und Tat unterstützen. Die SKEW als Kompetenzzentrum der kommunalen Entwicklungspolitik sowie Engagement Global als Dachorganisation mit vielen weiteren relevanten Programmen bieten kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren unterschiedliche Beratungs- und Unterstützungsleistungen an, die auch zur Weiterentwicklung der kommunalen Klimapartnerschaften genutzt werden können. Mehrere davon wurden den Kommunen auf den Netzwerktreffen in Deutschland sukzessive vorgestellt. Zu nennen sind hier u. a. auf dem Gebiet des Personalaustausches ASA Kommunal, CIM-TFM (s. Kap.5) und der Senior Experten Service sowie die Beratung zu Förderprogrammen der EU von Bengo. Auch zu den anderen beiden Zukunftsthemen der SKEW, Fairer Handel/Faire Beschaffung sowie Migration und Entwicklung, bestehen konkrete Anknüpfungspunkte und wichtige Synergiepotenziale. Wie schon im Prozess der Erarbeitung der Handlungsprogramme kann der Austausch im Netzwerk der Klimapartnerschaften auch zu deren Umsetzung und der weiteren Gestaltung der Partnerschaften wichtige Beiträge erbringen. Daher werden die SKEW und die LAG 21 NRW die Vernetzung der Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin unterstützen. Einen konkreten Anlass kann die „1. bundesweite Konferenz zu kommunalen Partnerschaften in Lateinamerika“ bieten, deren Durchführung von der SKEW für 2015 geplant ist. Diese Konferenz soll dann regelmäßig alle drei Jahre stattfinden (im jährlichen Wechsel mit Konferenzen mit regionalem Fokus auf Afrika und Asien). Um das Netzwerk lebendig zu gestalten, sind allerdings die Beiträge der Kommunen unerlässlich.

Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2015 insgesamt 50 deutsche Kommunen Klimapartnerschaften mit Partnern im Globalen Süden aufbauen. Hierzu wird das Projekt in einzelnen Phasen erweitert. In 2014 startete die 3. Phase des Projektes mit zehn deutschen und zehn afrikanischen Kommunen aus Burkina Faso, Ghana, Kamerun,

Lesotho, Senegal, Südafrika und Tunesien. Somit zählt das Projekt mittlerweile 33 Klimapartnerschaften. Auch für die Folgejahre ist eine kontinuierliche Erweiterung geplant. Ein neuer Aufruf zur Teilnahme ist im Juni 2014 erfolgt und richtet sich wiederum an Partnerschaften deutscher und lateinamerikanischer Kommunen. Interessierte Kommunen können sich auch darüber hinaus bei der SKEW und der LAG 21 NRW jederzeit über die Möglichkeiten eines Projekteinstiegs informieren.

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 31: Hauptstadt des Fairen Handels 2013. Dokumentation. Bonn, Dezember 2013
- Nr. 30: Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, 19.-20.4.2012 in Ludwigsburg. Bonn, September 2013
- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation. Studie. Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts, Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 64: Drittes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene am 7. Mai 2013. Bonn, März 2014
- Nr. 63: Zweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“, 24. bis 26. Oktober 2013, BallinStadt, Hamburg. Dokumentation. Bonn, März 2014
- Nr. 62: Pressespiegel 2013. Bonn, Dezember 2013

- Nr. 61: Neuntes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. 19. und 20. September 2013. Dokumentation. Bonn, November 2013
- Nr. 60: International Workshop 50 Municipal Climate Partnerships by 2015 – Presentation of the Joint Programmes of Action, 11th-13th June 2013, Würzburg, Germany. Dokumentation. Bonn, November 2013
- Nr. 59: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ - Phase II: Lateinamerika, 26. bis 28. November 2012, La Fortuna (Costa Rica). Dokumentation. Bonn, April 2013
- Nr. 58: Drittes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Dokumentation vom 15. November 2012. Bonn, Februar 2013
- Nr. 57: Pressespiegel 2012
- Nr. 56: Achtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 22./23. Mai 2012. Bonn, September 2012

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2013 [Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch]
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten).
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungs-politische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenlos! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH - Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de
www.facebook.com/engagement-global
www.twitter.com/EngGlobal
Infotelefon 0800 188 7 188



Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partnern im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir, kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Köln, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.